2,50 €

incipito

08

Magazin für aktiven Widerstand



JULI / AUGUST

inhalt

inhalt

Impressum

Titelbild: http://www.krasse-zeiten.de
V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
Abonnement: incipito-abonnement@left-action.de
Druck: Eigendruck
Auflage: 525.000
Kontakt: incipito-kontakt@left-action.de oder c/o incipito | Bornaische Str. 3d | 04277 Leipzig

Editorial

„Die Behauptung, die Deutschen seien fremdenfeindlich, ist eine Lüge. Denn Fremdenfeindlichkeit ist ein Beleg für eine aufgeklärte kapitalistische Gesellschaft. In Deutschland dagegen ist man von jeher fremdenfreundlich. Und Fremdenfreundlichkeit ist das Herzstück der antirassistischen Ideologie" (Sören Pünjer, cee ieh #100). mit der bahamas lässt sich diese art argumentation, die nichts erklärt, sondern nur behauptet, schlicht und einfach als „geschwurbel" bezeichnen. es wäre aber auch möglich, zynismus zu vermuten, aber wahrscheinlich musste sören pünjer auch noch nie in ostsächsischen provinzen vor „fremdenfreundlichen" deutschen wegrennen, nachdem er nur mit mühe die grenze via neiße passiert hatte. sorry sören, aber dem deutschen mob auch noch erklären zu wollen, dass es schon ein schritt richtung aufklärung wäre, wenn sie „die fremden" hassen würden und dies mit dem kampf gegen den politischen islam zu erklären, ist dumpf und ohne bezug zur realität. natürlich stehen sich deutsche ideologie und politischer islam inhaltlich nahe, aber jedeR kann wissen, dass der rassistische otto-normalverbraucher vielleicht dem politischen islam positiv gegenübersteht, dies aber für seine rassistische gedankenstruktur im fall der fälle keine rolle spielt. vielleicht geht auch ein sören pünjer noch mal einen schritt zurück und begibt sich an ostdeutsche kaffeetafeln und sperrt seine ohren auf.
wer nach all dem noch lust hat, sich selbst einen eindruck davon zu verschaffen, wie viel deutsche ideologie in antira-gruppen steckt, dem sei ein blick in dieses heft empfohlen: auf die ankündigungen zum diesjährigen antirassistischem grenzcamp in köln. der besuch des camps in den ersten augusttagen dürfte sich nicht zuletzt dank eines theoretischen auftaktforums lohnen. und vielleicht kommen ja die anwesenden auch zu der einschätzung, dass deutschland fremdenfreundlich ist (vielleicht hält otto schily ein input-referat?) und das camp muss sich neue betätigungsfelder suchen.
die (neuen?) betätigungsfelder verschiedener leipziger politgruppen sind auch schwerpunkt der vorliegenden ausgabe der incipito, die nun pünktlich zum selbstauferlegten erscheinungstag die leipziger locations verschönert. doch wer schon immer mal wissen wollte, warum die antirassistische gruppe trotz sören immer noch in antira macht, welche demos das leipziger „Bündnis deutscher Ideologen für Wahrheitsverzicht und Kulturrelativismus" (sören pünjer, cee ieh #100), kurz bgr, (nicht) organisieren möchte und was die tomorrow-gruppe außer cafe machen vor hat, die und auch der sind auf den nächsten seiten mehr als bedient.
zusammen mit den restlichen artikeln ist uns wieder ein mehr als nur wunderbares heft geglückt, nicht zuletzt, weil uns die aka erklärt, „warum das Ende der Ideologie der monogamen Paarbeziehung die kommunistische Revolution begünstigt." nachdem dann in der leipziger emanzipativszene alle menschen ihren beziehungsgefügen entflohen sind, um sich einem neuen sinnlichen leben zuzuwenden, bleibt immer noch genug zeit, um sich auch mit dem immer mal wieder aufkommenden gerede über soziale bewegungen zu beschäftigen, um zu erfahren, was denn justus wertmüller in leipzig zum thema „Über den Widerspruch von Antikapitalismus und kommunistischer Gesellschaftskritik" (ankündigungstext) (nicht) zu sagen hatte, um zu lesen, warum sich die antifaschistische jugendfront auflöste und um dem antikriegsbündnis bei der schilderung ihrer friedlichen sicht auf die leipziger verhältnisse zu lauschen.
das alles und noch viel mehr in diesem heft, nummer eins in der nach-möllemann-ära. der fall möllemann beweist, dass sich manche sachen doch noch zum guten wenden können. und mit dieser gewissheit geht die incipito gestärkt in eine neue vorrevolutionäre, immer krisenhafter werdende epoche, in der es unter umständen einigen schwer fallen wird, sich zwischen antikapitalismus und überwindung durch affirmation entscheiden zu müssen.
in diesem sinne, bekämpft euer notwendig falsches bewusstsein, fahrt aber niemals auf kongresse, welche die globalisierungsbewegung zum thema machen. erstens ist es teuer, zweitens langweilig und drittens muss mensch dort manchmal neben der phase 2 sitzen und das ist nun mal ein blatt des „organisierte(n) analphabetentum(s)" (nochmal sören pünjer, cee ieh, #100).

laatsch (incipito)

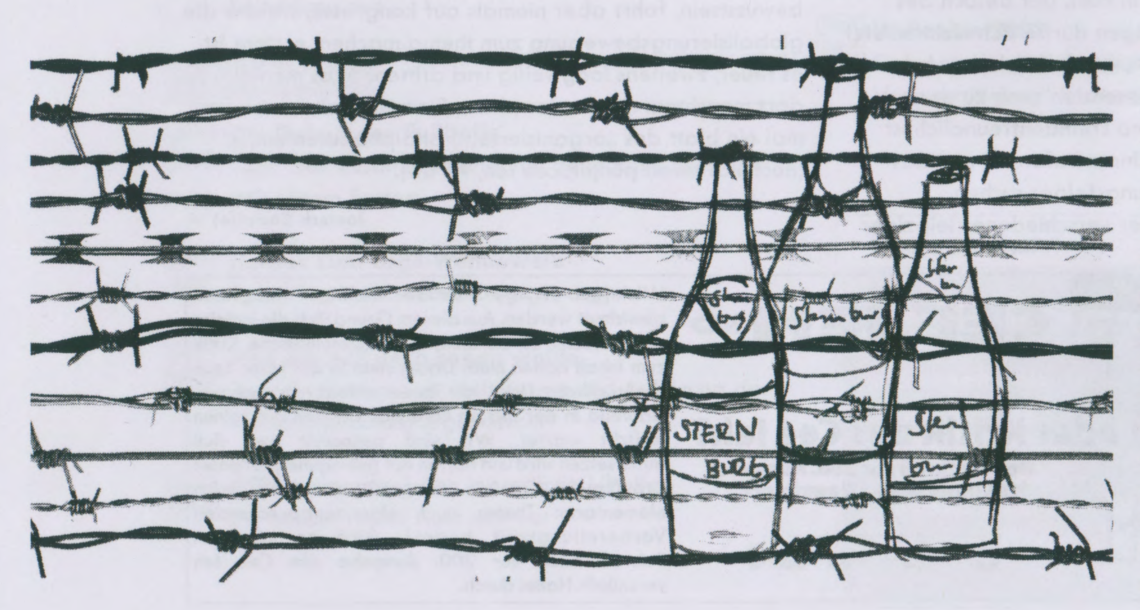


Wichtigen Fragen sollten wichtige Kongresse gewidmet werden. Aus diesem Grund lädt die Incipito ein, darüber zu beraten, was kommunistische Kritik zum Inhalt haben muß. Dabei steht in der roten Ecke die radikale Linke mit ihrem offensivem Anhang, während in der blauen Ecke das Cee Ieh auf seinen Auftritt wartet. Wir sind gespannt wer sich durchsetzen wird und hoffen auf gelungenes, verbales Draufhauen. Da ein Kongreß zu einem solch elementaren Thema auch einer entsprechenden Vorbereitungszeit bedarf, wird er mit den Feierlichkeiten zur 200. Ausgabe des Cee Ieh verknüpft. Haltet durch.

(h)interprovinziell

▸ Der Sternburg-Skandal

„Randalierer haben in der Nacht zum Samstag im Leipziger Szene-Viertel Connewitz mehrere Bauzäune umgestürzt und einige Fensterscheiben eingeworfen. Ferner versuchten sie, ein Baufahrzeug in Brand zu setzen." (LVZ, 10.05.03)
Auf die übliche Weise reagierten die offiziellen Vertreter der Behörden: „Das Kreuz entwickelt sich wieder zu einem Kriminalitätsschwerpunkt", so Holger Tschense, Bürgermeister (LVZ, 14.05.) und deshalb brauchen wir die Videoüberwachung. und so gibt es jetzt eine Kamera am Connewitzer Kreuz, die einer/m gelangweilten MitarbeiterIn der Polizei live die neuesten Entwicklungen der aktuellen Verkehrslage übermittelt. Schon aus dem Grund, nur diesem einen Menschen ein LEBEN zu ermöglichen, wäre der Abriss der Kamera ein Ziel für jede emazipatorische, gesellschaftliche Gruppe.
Neben dieser klassischen, autoritären Methode der Überwachung, entwickelte sich im auch vom Glasbruch betroffenen Marktfrisch ein kreativer Umgang mit dem Problem der Gewalt. Da als Täter Chaoten ausgemacht waren, dachte der beliebte Connewitzer Szenetreffpunkt über adäquate Maßnahmen nach, die den Erhalt des Supermarkts langfristig sichern. Und tatsächlich: Sie wurden fündig. Sie nahmen einfach das Sternburg, in Fachkreisen auch Sterni genannt, aus dem Angebot und versetzten damit ganz Connewitz einen Schlag, der nicht einmal mit einer Komplettüberwachung des Stadtteils hätte erreicht werden können. Vernunftbegabte Menschen schlichen durch ihre altbekannten Einkaufsgänge und suchten mit den Augen die Getränkeabteilung ab. Doch das einzige, was sie entdecken konnten, waren wie zum Hohn aufgestellte Kästen mit Grafenkrone-Pils, eine unvergessliche Schmach für den/ die geneigteN SternikonsumentIn. Und so ließ der Marktfrisch ein paar Wochen die Muskeln spielen, machte klar, wer in Connewitz am längeren Hebel sitzt und ließ sich erst Anfang Juni wieder erweichen, wenigsten ein paar der begehrten Kaltgetränke dem Sortiment hinzuzufügen. Künftige Generationen werden sich überlegen müssen, ob Scheiben des Marktfrisch angemessene Ziele für Wurfgeschosse abgeben. Doch damit noch nicht genug, machte dieses Beispiel Schule. Als im Berliner Szeneviertel Friedrichshain die Scheiben des dortigen Kieztreffpunkts Edeka den Einflüssen einer feindlichen Umwelt zum Opfer fielen, wurde auch dort vom Extremmittel des Sternburgentzugs Gebrauch gemacht. Entsetzte Friedrichshainer SzenegängerInnen, die meinten mit der Berliner Knüppelpolizei bereits das schlimmste gesehen zu haben, waren absolut sprachlos über dieses nochmalige Anziehen der Gewaltschraube.
Da die Kampagne nahezu zeitgleich in beiden Städten gestartet wurde, kann mensch von einem organisierten Vorgehen der kapitalistischen Staatsorgane ausgehen. Doch und dies ist ausdrückliche Hoffnung: Es wird eine Zeit kommen, wo sich die linksradikale Lähmung, die durch das Sterniverbot ausgelöst wurde, überwinden lässt und wir alle gemeinsam gegen die fiesesten Unterdrücker vorgehen und laut ausrufen „Eins, zwei, drei, lasst das Sterni frei."



▸ „Wir wollten ihm ... ein bisschen Angst einjagen"

„Er sagt einfach irgendwann: „Ja, ich bin ein Jude." Zwei Stunden schon dauert sein Martyrium, dann ist der Widerstand von Marinus Schöberl, dem 16-jährigen, schmächtigen Sonderschüler aus Gerswalde in Nordbrandenburg, gebrochen; gezeichnet von zahlreichen Faustschlägen ins Gesicht, getreten mit Springerstiefeln, nass bis auf die Knochen, weil sie auf ihn uriniert haben, in der Wohnung in Potzlow in der Nacht vom

12. auf den 13. Juli vergangenen Jahres, in deren Verlauf der Junge sterben wird.
Die Brüder Marco Sch. (24) und Marcel Sch. (17) sowie Sebastian F. (18) sitzen seit gestern vor der Jugendstrafkammer des Neuruppiner Landgerichts und müssen sich wegen des Verbrechens verantworten.
(...)
Was sie vom Mord in dem Schweinestall der stillgelegten LPG in Potzlow berichtete, der der Tortur in der Wohnung folgte, ließ den Zuschauern im überfüllten Gerichtssaal den Atem stocken. Das Opfer musste in die Kante eines steinernen Schweintrogs beißen. Dann sprang Marcel Sch. mit beiden Füßen auf den Hinterkopf von Marinus. Durch die Wucht des Stoßes wurde das Gesicht des Teenagers zerschmettert, möglicherweise starb er dabei.
Um „sicher" zu gehen, nahm Marcel Sch. eine 30 mal 30 Zentimeter große Betonplatte und ließ sie auf den Kopf des Jungen krachen. Zweimal. Dann verscharrten die Täter den entstellten Körper in der Jauchegrube vor dem Schweinestall.
„Ein Blackout", ließ der 17-jährige Marcel Sch. durch seinen Anwalt Volkmar Schöneburg gestern erklären. „Unbegreiflich", sagte der Anwalt in einer Pause, „zumal Marcel und Marinus sich gut gekannt und sie keine Probleme miteinander hatten."
Die Brüder räumten die grausame Tat gestern in den Erklärungen ihrer Anwälte ohne Umschweife ein, betonten jedoch, nicht vorgehabt zu haben, den Jungen zu töten. „Wir wollten ihm im Stall noch ein bisschen Angst einjagen", sagten sie."
(Berliner Morgenpost, 27.05.03)

Deutsches Denken

„Wenige Tage nach einem Angriff auf einen Mann mit Davidstern meldet die Polizei in Berlin erneut einen Überfall mit antisemitischem Hintergrund. Ein an seinen Schläfenlocken und der Kopfbedeckung als orthodoxer Jude erkennbarer 19-jähriger US-Amerikaner ist demnach am Dienstagabend an einem U-Bahnhof in Neukölln von Jugendlichen attackiert worden.
(...)
Am Sonntagabend war ein Mann von einer Gruppe ausländischer Jugendlicher vermutlich angegriffen worden, weil er einen Davidstern um den Hals trug. Das 56-jährige Opfer erlitt den Angaben zufolge Prellungen.
Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) wertete den Übergriff als „beschämend". Die Täter müssten nicht nur mit strafrechtlichen, sondern gegebenenfalls auch mit ausländerrechtlichen Konsequenzen bis zur Abschiebung rechnen."
(Frankfurter Rundschau, 15.05.03)
Nichts kann Leben und Denken in Deutschland besser beschreiben als dies. Die Täter gehören nicht einfach bestraft, sondern, weil es eben „Ausländer" sind, gleich abgeschoben. Ist ja auch assoziativ das erste Wort, das einem zu „Ausländern" einfällt. Und in der selben Logik sind die Angriffe auch nicht antisemitischer Dreck, sondern „beschämend" für ein Deutschland, das über Antisemitismus nicht reden, sondern in Form des „Ausländers" einfach abschieben will.

Karsli is back

„Der ehemalige Grünen- und FDP-Politiker Jamal Karsli hat eine neue Partei gegründet. Die Partei trage den Namen Fakt, was für ihre vier Grundsäulen Frieden, Arbeit, Kultur und Transparenz stehe, teilte der fraktionslose Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag am Donnerstag mit. Sie sei interkulturell und multireligiös und setze sich für „beispiellose Meinungsfreiheit" ein. Karsli war im vergangenen Jahr bundesweit bekannt geworden, als er Israel „Nazi-Methoden" vorwarf und über eine einflussreiche „zionistische Lobby" in Deutschland klagte."
(Frankfurter Rundschau, 30.05.03)
Beispiellose Meinungsfreiheit? Was das bei Karsli heißt, wissen wir ja inzwischen. Wenn die Partei keinen Erfolg hat, gibt es bestimmt irgendwo ein paar Juden, die Schuld daran sind.

Arbeitslosigkeit und Freiheit

„Wenn ein Arbeitsloser wegen ausländerfeindlicher Äußerungen beim Einstellungsgespräch den Job nicht bekommt, kann ihm das Arbeitsamt vorübergehend die finanziellen Leistungen streichen. Dies hat jetzt das Sozialgericht Düsseldorf entschieden.
Das Düsseldorfer Arbeitsamt hatte einem Arbeitslosen für 12 Wochen die Arbeitslosenhilfe gestrichen, weil er bei einem Einstellungsgespräch erklärte, er könne keine Türken ausstehen und würde mit diesen Menschen nur ungern zusammenarbeiten. Der Arbeitgeber hatte den Mann nicht eingestellt, um Streit im Betrieb zu vermeiden.
Das Gericht urteilte, der Arbeitslose habe mit der Äußerung seine Nichteinstellung vorsätzlich provoziert. Deshalb sei ihm die Hilfe zu Recht gekürzt worden. Die Behauptung des Arbeitslosen, er habe nur von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, ließ das Gericht nicht gelten."
(taz, 20.05.03)
Wenn es um Staatskohle geht, hört der Spaß derzeit auf. Da gilt sogar das Recht auf freie Meinungsäußerung, welches bekanntermaßen einschließt, Türken nicht leiden zu können, nichts mehr. Schon traurig wenn mensch in Deutschland solchen Tabus ausgesetzt ist. Ein Fall für Karsli?

„Ich vertraue immer meinem Instinkt"

Dass die HotelreporterInnen im Irak-Krieg ein recht merkwürdiger Haufen waren, wurde bereits festgestellt (vgl. Incipito #7). Doch um sich dessen noch mal zu versichern, führte die LVZ ein Interview mit Stephan Kloss, der für die ARD im Irak erzählen durfte, was er alles nicht wusste. Und um sofort klar zu stellen, dass Journalismus und Denken nicht zusammengehören, plaudert Kloss frei von jeder Logik über seine Entscheidung nicht aus Bagdad abzureisen: „Warum sollte ich vor einer Sache wegrennen, von der ich nicht

wusste, wie sie wird?" Und dies hat System: Stephan Kloss weiß einfach nichts. Nicht, dass ihn das irgendwie stören würde. Nein, er benutzt dieses Nichtwissen noch als Erklärung seiner Handlungen bzw. der Welt. Und wenn dann noch die LVZ zum Interview lädt, kann nur ein Dokument des Wahns herauskommen. Doch spreche er selbst:

„*Woher nehmen sie Ihren Mut?*

Zum einen ist die Vorbereitung das A und O. Ich lese sehr viel, halte Kontakt zu Auslandskorrespondenten, pflege private Verbindungen im Ausland, und ich lerne arabisch. Zum anderen hat mir die Erfahrung aus zwölf Jahren Auslandsberichterstattung jetzt im Irak das Leben gerettet. So habe ich mich nie in der Nähe von Regierungsgebäuden aufgehalten, habe jeden Fliegeralarm ernst genommen und bin abgetaucht. Ich vertraue immer meinem Instinkt.

Trotzdem wurden Sie schon schwer verletzt.

Auf dem Balkan. Eine Granate schlug drei Meter vor uns ein. Der Kameramann starb, ein Schweizer Kollege und ich wurden von den Splittern schwer verletzt. Ich war lange Zeit danach traumatisiert.

Was hält Ihre Frau davon, wenn Sie sich immer wieder in Gefahr begeben?

Meine Entscheidung, in den Irak zu gehen, habe ich ohne meine Familie getroffen. Das ist mein Job und den mache ich gerne.

Kollegen argwöhnten, dass Sie sich profilieren wollten.

Jeder Journalist hat die Möglichkeit, im Irak zu berichten. Wer den Mut hat, vor Ort zu sein und das Risiko auf sich nimmt, sollte im Nachhinein nicht mit dem Vorwurf konfrontiert werden, schnell Karriere machen zu wollen. Was am Ende zählt, ist eine gute Berichterstattung.

Harald Schmidt spöttelte in seiner Show, Sie hätten nichts zu sagen gehabt.

Obwohl es manchmal so schien, dass der Kloss nichts weiß, dann war das eben nur Schein. Ich wollte nicht erzählen, wie viele Amerikaner bei der Einnahme des Flughafens möglicherweise gefallen waren, weil die Irakis massiven Widerstand leisteten. Um keiner Partei strategische Infos zu liefern, habe ich nicht en detail über den Sender vermeldet, wo sich Raketenabwehr und Gefechtsstände der Irakis befinden. Deshalb war es schwierig, Tiefgang in die Beiträge zu bekommen und nicht an der Oberfläche herum zu kratzen. Die Pressekonferenzen der Irakis waren zu 80 Prozent unglaubwürdig. So habe ich mich auf das beschränkt, was ich selbst sehen, drehen und recherchieren konnte. Ich bin der ARD dankbar für das Vertrauen in meine Arbeit. (...)

Wie haben Sie auf den Tod des deutschen Focus-Journalisten Christian Liebig reagiert?

Sein Tod ist mir sehr nah gegangen, obwohl ich ihn persönlich nicht kannte. Auch der Angriff auf das Journalisten-Hotel „Palestine", bei dem zwei Kollegen starben, hat mich berührt. Nach einer Live-Schaltung zur Tagesschau habe ich geweint. Wir sind keine coolen Typen, denen das Schicksal der Kollegen egal ist. Wir haben über Wochen zusammen gelebt und sind zusammen gewachsen. Wie eine Familie.

Welche Eindrücke haben Sie aus diesem Krieg mitgenommen?

Nach wie vor bleibt dieser Krieg für mich sehr mysteriös. Wenn es heute möglich ist, dass eine Streitmacht innerhalb von zwei Wochen - eine Woche Sandsturm unbeachtet - ein Land militärisch überrennt und ein Regime stürzt, dann macht mich das misstrauisch. Keine Guerillakämpfe, offenbar keine wirksame Gegenwehr der Republikanischen Garden. Es ist mir ein Rätsel, wie die Amerikaner so schnell vordringen konnten. Es muss Abkommen gegeben haben. Von 380 000 irakischen Soldaten wurden knapp 3000 getötet und 7000 gefangen genommen. 370 000 Mann sind spurlos verschwunden. Vielleicht wurde der Feind absichtlich überschätzt." (LVZ, 07.05.03)

Und notwendig muss des Reporters Unwissen letztlich in Verschwörungstheorien münden, um damit die Wissenslücken kompensieren zu können. Eigentlich lustig dieser Kloss, wenn er denn eine Karikatur und kein realer Journalist wäre.

Moderne Kriegsführung

„Im Berufungsprozess gegen einen Palästinenser, der seinen drei Kindern bei einer Demonstration in Berlin Sprengstoffattrappen umgehängt hatte, wird das Landgericht Berlin den Völkerrechtler Norman Paech als Gutachter laden. Damit gab es am Mittwoch einem Antrag des Verteidigers statt. Der 33 Jahre alte palästinensische Familienvater war im November 2002 vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen öffentlicher Billigung von Straftaten zu fünf Monaten Haft auf Bewährung und 300 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der staatenlose Asylbewerber Berufung eingelegt.

Das Foto seiner sechsjährigen Tochter, die bei einer Kundgebung für „Solidarität mit Palästina" auf dem Berliner Alexanderplatz mit einem Sprengstoffgürtel aus Pappe auf den Schultern ihres Vaters saß, hatte weltweit für Aufsehen gesorgt.

Der Verteidiger will nun von dem Hamburger Gutachter klären lassen, ob Selbstmordanschläge im Nahen Osten als kriegerische Handlung gelten. Von diesem Vorgehen erhofft er sich einen Freispruch für den Angeklagten. Abgesehen davon habe sein Mandant nicht Selbstmordanschläge gebilligt, sondern im Rahmen freier Meinungsäußerung auf die Not seines Volkes aufmerksam machen wollen." (Frankfurter Rundschau; 08.05.03)

Auf die Not seines Volkes sogar auf Selbstmordanschläge zurückgreifen zu müssen? Aber was will mensch machen: Es ist ja schließlich Krieg. Und genau dies wird vermutlich auch der Völkerrechtler erklären, da dies Inhalt des Völkerrechtsgelabers ist: Israel zur kriegsführenden/ kriegsverursachenden Partei zu machen und dies als Grund für die unkonventionelle Kriegsführung der Bekriegten, die ja keine Armee haben, zu beschreiben. Der „Gegenstandpunkt" oder auch Jürgen W. Möllemann (rest in peace) sag(t)en das schon lange.

Jetzt geht's los

„Einige Tränen flossen, viele hatten einen „Kloß" im Hals und auch der Hauptperson des Abends merkte man die Gefühle deutlich an: Rund 300 Gäste verabschiedeten am Mittwoch in der Stadthalle „stern" Riesas Ex-Oberbürgermeister Wolfram Köhler in sein neues Amt als sächsischer Olympia-Staatssekretär. Videos zeigten wichtige Stationen seiner 13-jährigen Arbeit in der Kommunalpolitik der Stadt. Mehrere Wegbegleiter ließen im Film oder live auf der Bühne noch einmal Sequenzen der Zusammenarbeit aufleben, vom Start als umstrittener Dezernent bis zur Nominierung Sachsens als deutscher Olympiakandidat für 2012. Die olympische Vision wäre ohne Ideengeber Köhler nicht entstanden, betonte Ministerpräsident Georg Milbradt in seiner Grußrede ausdrücklich.
Unter den vielen Geschenken fand sich eine Zuckertüte für den Regierungs-Neuling, wertvolle Briefmarkensammlungen, das Olympiabuch von Los Angeles 1932, mehrere Gemälde und Foto-Collagen. Von der Riesaer Polizei gab es einen Helm als Schutz gegen Widerstände und einen Schlagstock, um auch mal auf den Tisch zu hauen. Dazu erhielt Köhler unter anderem die Ehrenurkunde der Kreishandwerkerschaft und wurde Ehrenmitglied der Marinekameradschaft Riesa. Prominenz aller Couleur erwies dem scheidenden OB die Reverenz. Neben dem Ministerpräsidenten war Regierungspräsident Hasenpflug ebenso gekommen wie MDR-Sportchef Wilfried Mohren oder die Sportgrößen Axel Schulz, Harald Czudaj, Marc Huster und Jens Kruppa. Tanz-WM-Organisator Michael Wendt flog extra aus Hamburg ein und zu späterer Stunde traten die Rockstars Dirk Zöllner und IC Falkenberg auf. Dazu war natürlich nahezu die gesamte Riesaer Politik-, Wirtschafts-, Kultur- und Sportszene geladen, die von Wolfram Köhlers Fähigkeit profitierte, die unscheinbare Stahlstadt zur weltweit beachteten Sport- und Kulturstadt zu führen. Andersherum konnte der OB seine vielen Ideen nur umsetzen, weil eben diese Freunde und Unterstützer mitzogen, die Visionen mit Leben erfüllten. In Riesa ist eine tolle Phalanx Gleichgesinnter entstanden, die offen war für die Ideen des „Machers von Riesa" und denen er sich zu Dank verpflichtet fühlt. Besonders die „kleinen Leute" hätten ihn immer wieder auf den Boden zurückgeholt, wenn es nötig schien. „Da wird nicht gelabert, die sagen einem deutlich, wenn es stinkt.""
(Pressestelle der Stadt Riesa, http://www.riesa.de/menu/news.php?rubrik=Aktuelles)
Die ganze Welt kennt Vernunft zumindest vom Namen her. Die Ganze? Nein! Ein kleines Dorf, irgendwo in den faschistischen, ostdeutschen Tiefen, wehrt sich noch. Mit großem Erfolg. Doch Wolfram Köhler, soviel steht fest, wird den „weltweit beachteten Sport- und Kultur"-Riesaern fehlen im Kampf gegen die Realität. Aber und dies ist plausibel, er wird anderenorts gebraucht. Er muss den olympischen Kampf gegen die provinzielle Leipziger Realität kämpfen. Ein großer, wenn nicht entscheidender Schritt Richtung Olympia 2012 in Leipzig. Der Kampf gegen die Vernunft hat einen neuen Rahmen.

„Raus mit New York, nieder mit Rio. (...) Städte die keiner kennt, die haben nichts zu bieten. Ich sage nur Bach!" (Harald Schmidt, LVZ, 16.05.03)

Ihr werdet es nicht vermuten, ihr seid nicht die Guten

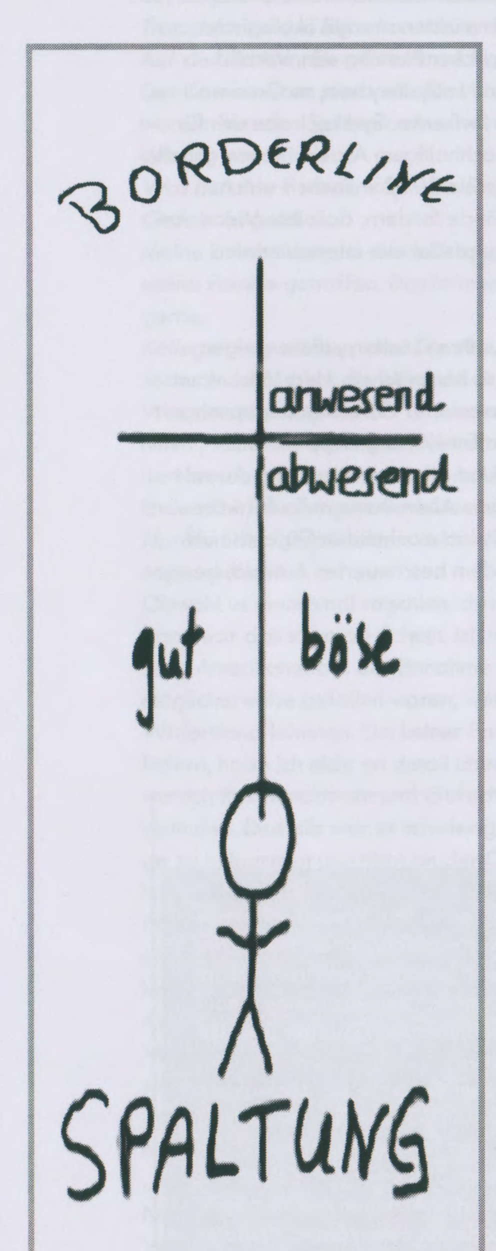
„Leipzigs Bürger haben das Recht, auch nach 2012 in einer grünen, von einer intakten Auen- und Seenlandschaft umgebenen Stadt wohnen zu können", so (Ökolöwen-Geschäftsführer) Axel Schubert. Deshalb müssten strenge ökologische Maßstäbe bei jeglicher Planung sein. Vorbild könnten die „Green Games" in Sydney sein, so Greenpeace-Vertreterin Nadine Swihenko. Sydney habe sich für seine Organisation unter nachhaltigem Aspekt Bronze geholt. „Für die Austragung der Spiele 2012 wünschen wir uns Gold." Beide Umweltverbände fordern, dass ihre Vision von „Grünen Spielen" ein Grundpfeiler der internationalen Bewerbung wird."
(LVZ, 06.06.03)
Da krauchen sie wieder aus ihren Löchern, diese ewigen UmweltnörglerInnen, die - so hat es schon „Herr Wichmann von der CDU" in bewundernswerter Offenheit angeprangert - überall die wirtschaftliche Entwicklung stoppen. Und tatsächlich: Schon wieder. Und alles nur wegen des Auwaldes und ein paar Müllbergen. Aber was zum Teufel wäre Olympia ohne seinen alles platt machenden Gigantismus? Eben. Deswegen, weg mit dem bescheuerten Auwald, besser heute als morgen.

Abenteuerspiele

„Feuerwerkskörper werden gezündet, Steine geworfen, Wasser schwappt aus einem Eimer. Eine Menge von rund 30 Personen versucht ein friedliches Fest zu stören. Die Polizei muss einschreiten und bekommt bei ihrem Einsatz die fast schon üblichen Beschimpfungen zu hören. „Bullenschweine - haut ab", skandiert der wütende Mob. Die rivalisierenden Gruppen werden schließlich getrennt, einige Leute festgenommen ...
Realer Polizeialltag - diesmal wird er auf dem Gelände der ehemaligen GUS-Kaserne in der Olbrichtstraße geprobt. Rund 750 Bereitschaftspolizisten aus Leipzig und Dresden sowie Kräfte aus den Revieren nehmen an der einmal im Jahr stattfindenden Übung teil. Sieben Stationen gilt es zu absolvieren. Ein eigens entworfenes Drehbuch, das den Akteuren natürlich nicht bekannt ist, bietet das volle Programm: Randale an einem Stand, illegales Feuer, Drogenhandel, Steinewürfe, Sitzblockaden. (...)" (LVZ, 14.05.03)

Futurama in 04277
Fahrenheit 04277

Incipito. Wir eröffnen Horizonte



Bagdad ist geplündert. Die deutschen Friedensbewegten ziehen sich zurück in ihre Wohnzimmer oder wahlweise in den Johannapark. Die neu erworbenen Pace-Fahnen werden eingemottet.
Die Anknüpfungspunkte für eine Radikale Linke, öffentlich wahrnehmbar aufzutreten, verschwinden. Im aufgestoßenen Vakuum schweben die linken Gruppen auf der Suche nach neuen Perspektiven.

Das am Puls des semiintellektuellen Zeitgeistes aufsetzende Monatsmagazin INCIPITO setzt sich den Anspruch, gesellschaftskritische Diskussionen in Leipzig wieder zu spiegeln und diese voran zu bringen. Notgedrungen muss die Redaktion registrieren, dass eine offene Auseinandersetzung derzeit ausbleibt. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als die Frage nach linken Perspektiven ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit zu stellen.

Dabei scheint ein verstärktes Thematisieren der zukünftigen Ausrichtung, ob nun zufällig oder bedingt, mit dem Ende gesellschaftlich breit diskutierter Ereignisse wie dem Irak-Krieg verknüpft. Bewegungen mit oberflächlichen „antikapitalistischen“ Ansätzen wie der Antifa bzw. der Antiglobalisierungsbewegung sind anfänglich für eine Radikale Linke attraktiv, doch springt sie früher oder später vom falschen Zug ab.

Die Hoffnung, auf eine als links konnotierte Massenbewegung einzuwirken, sie zu radikalisieren und im Zuge dessen öffentlich wahrnehmbar aufzutreten, erweist sich als nicht realisierbar. Sei es die Erkenntnis, dass der Kampf gegen Nazis nicht zwingend systemüberwindend erscheinen muss, oder die Globalisierungsgegnerschaft sich mitunter reaktionärer Denkmuster bedient. Neben Attac und Konsorten bleibt eine umfassendere Kritik der Verhältnisse nur marginal.

Als Antikriegsaktivisten kehren viele No-Globals in anderer Gestalt zurück.
Deren Motivation, sich gegen den Irak-Krieg auszusprechen, teilen viele Linke. Ein deutscher Frieden allerdings, der sich nicht zu letzt am Antiamerikanismus konsolidiert, steht einer radikalen Gesellschaftskritik entgegen. Das Bewusstsein darum erwies sich einer Frieden-bewegung wiederum als nicht vermittelbar.

Mit den Versuchen, publikumswirksam zu agieren, verbindet sich immer wieder die Frage nach einer wirkungsmächtigen antikapitalistischen Praxis. Da dies in aller Regelmäßigkeit im Sande verläuft, sollte eine umfassende Aufarbeitung vergangener Bemühungen stattfinden. Das bedeutet unter anderem, die einzelnen Phänomene in der Gesammtheit zu betrachten und die Gründe ihres Scheiterns für die Radikale Linke zu vergleichen. Daraus gezogene Konsequenzen könnten längerfristige Perspektiven zulassen, um mit einer immer wieder kehrenden Orientierungslosigkeit umgehen zu können. Ansonsten besteht die Gefahr, sich auf Dauer im Kreis zu drehen.

Die Redaktion hat daher einhundert Leipziger Gruppen zu ihren Perspektiven befragt.

Wir erhoffen uns davon, deren aktuelle Diskussion bzw. Entwicklung einerseits gegenüberzustellen und andererseits die Auseinandersetzung nach außen zu tragen. Drei von hundert haben uns geantwortet.

Die radikale Linke in der Krise? Eine Einschätzung des BgR.

:: There are too many questions – there is not one solution – there is no resurrection – there is so much confusion ::[1]

Wir teilen leider die pessimistische Einschätzung des Incipito. Die radikale Linke befindet sich in einer Krise. Gesellschaftliche Relevanz konnte sie seit der Wiedervereinigung nie erreichen. Dies kann aber derzeit auch nicht der Maßstab sein, obwohl die gesellschaftliche Marginalität durchbrochen werden müsste, um eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. Da sich die radikale Linke jedoch nicht an einem solchen Punkt befindet, muss sie daraus ihre Konsequenzen ziehen, um nicht in der Hoffnung einer Massenbewegung (z.B. Antiglobalisierungs- oder Friedensbewegung) die eigene Kritik an der Gesellschaft und die Notwendigkeiten einer emanzipativen Position zu vergessen.

Seit der Wiedervereinigung ist es der radikalen Linken nicht gelungen, eine antideutsche Position stark zu machen, die die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft (Staat, Kapital, Nation) radikal in Frage stellt und sich und den Widerstand gegen die Zumutungen dieser Gesellschaft unter diesen Prämissen zu organisieren. Im Gegenteil, inhaltliche Unterschiede und verschiedene strategische Ansätze haben in den letzten 3-4 Jahren zu einer weiteren Fragmentierung der Überbleibsel der radikalen Linken geführt.

Trotzdem sehen wir derzeit keinen Sinn, permanent auf der Krise der radikalen Linken zu beharren. Sicher, auch uns sind mit dem Zusammenbruch der Antifabewegung Grundlagen und Notwendigkeiten unserer politischen Praxis weggebrochen. Da ist zum einen mit der Auflösung der AA/BO die linksradikale Organisierung gescheitert, welche der Rahmen war, in dem wir bundesweit agierten. Diese bundesweite Organisierung hatte – da sie sich von Anfang an explizit unter dem Label Antifaschismus konstituierte – nur bis zum Ende der Antifa Bestand und ist dann fast sang- und klanglos untergegangen. Auch die Auflösung bzw. Spaltung der Antifaschistischen Aktion Berlin steht exemplarisch für die derzeitige Situation der Postantifabewegung. Allerdings kann dieser zwangsläufige Schritt, welcher sich aus unserer Sicht sowohl aus den unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen innerhalb dieser Gruppe als auch durch persönliche Querelen ergeben hat, auch Hoffnung für die Zukunft geben. Die Spaltung erfordert und ermöglicht zugleich eine Neubestimmung und daraus folgend neue Perspektiven innerhalb der

[1] Madonna auf ihrer neuen Scheibe

Exkurs Fußnote 2: veränderte gesellschaftliche Verhältnisse

Mit dem Regierungswechsel 1998, dem deutschen Kriegseinsatz in Jugoslawien 1999 (welcher mit der angeblichen Verhinderung eines „neuen Auschwitzes“ legitimiert wurde) und dem staatlich verordneten Antifaschismus nach den antisemitischen Anschlägen im Sommer 2000 formierte sich in Deutschland eine Zivilgesellschaft, welche innenpolitisch das völkische Projekt der 90-er Jahre zunehmend zurückdrängt, da dies als standortgefährdend begriffen wird. Außenpolitisch artikuliert sie sich als selbstbewusstes Deutschland, das aus der Geschichte gelernt hat und seinen politischen Siegeszug im Namen der Menschenrechte antritt. Das Projekt Zivilgesellschaft ist dabei als ein gesamtgesellschaftliches Konzept zu verstehen; es findet ein Wandel dahingehend statt, dass der Staat nicht mehr als die Allgewalt erscheint. Propagiert wird die Übernahme einst staatlicher Bereiche durch nichtstaatliche Institutionen. Damit werden autoritäre Konzepte jedoch lediglich auf eine breitere Basis gestellt. Die Grundlagen völkischen Gedankenguts, die Liebe zu Nation, Staat und Heimat, Autoritätsgläubigkeit etc. bleiben weitestgehend unangetastet. Ausführlicher im Text des BgR „Das Projekt Zivilgesellschaft - *Ziviles Engagement als Leitkultur*“ in der aktuellen Ausgabe 8 der „Phase 2“

beiden Gruppen.

Mit dem Wegfall des für uns jahrelang dominierenden Politikfeldes Antifaschismus stand für uns auch eine inhaltliche und praktische Umorientierung auf dem Plan. Unser Fokus richtet sich aufgrund der geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse[2] und durch das Aufkommen der Antiglobalisierungsbewegung, welche immerhin den Erfolg hatte, dass heute vom Kapitalismus nicht mehr als dem „Ende der Geschichte" gesprochen wird, darauf, uns eine fundiertere Kapitalismuskritik[3] zu erarbeiten. Wir hatten zwar schon seit dem Bestehen des BgR die verkürzte, personifizierende, plakative und floskelhafte Kapitalismuskritik großer Teile der Antifabewegung[4] kritisiert und mit der Analyse der ideologischen Grundlagen für die starke Nazibewegung und deren gesellschaftlicher Akzeptanz – welche wir in dem Begriff des rechten Konsens[5], später der rechten Alltagskultur[6] fassten – auch eine ideologiekritische Gesellschaftsanalyse vorgelegt. Unsere Kapitalismuskritik äußerte sich aber primär über die Kritik an der verkürzten Kapitalismusanalyse der Antifabewegung und gab daher nur implizit unser damaliges Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft wieder. Die Beschäftigung mit der Frage, was neben den völkischen Elementen hinaus noch beherrschend war, spielte damals eine untergeordnete Rolle. Auch heute stellt sich noch immer das Problem, dass ein Großteil der Linken, insbesondere die Antiglobalisierungsbewegung, eine personifizierende Kapitalismuskritik artikuliert, welche sich zudem noch positiv auf den Staat bezieht und damit im doppelten Sinne ihren kritischen Gehalt verliert. Daher ist es auch weiterhin notwendig, Kritik an solchen Positionen nicht zugunsten eines breiteren Bündnisses zurückzustellen und sich nicht in der Hoffnung zu verlieren, dass die Antiglobalisierungsbewegung eine Bündnispartnerin für die radikale Linke sein kann. Hier ist, wenn sich nicht innerhalb dieser Bewegung die Kritik an solchen Positionen durchsetzt (was wir derzeit leider nicht erkennen können), der notwendige Bruch zu ziehen. Die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen die Standortgefährdung durch die Nazis und die gerade mit den Konsequenzen der Geschichte argumentierende weltweite deutsche Interessenvertretung ließ die Beschränkungen des Antifa-Themenhorizontes in den letzten Jahren jedoch immer deutlicher werden.
Aus der Krise der radikalen Linken hat sich für uns also auch eine notwendige Überprüfung der jahrelang vertretenen Positionen ergeben und wir haben unsere Kritik und Praxis an die geänderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst. Dabei hat uns die Reflexion der letzten Jahre auch vor einem Verharren an nur einem bestimmten Themenfeld (wie z.B. Antifa/ Antira/ staatliche Repression) bewahrt.

Aus der Krise der radikalen Linken hat sich für uns also auch eine notwendige Überprüfung der jahrelang vertretenen Positionen ergeben und wir haben unsere Kritik und Praxis an die geänderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst.

Das BgR verstand sich seit seiner Gründung und versteht sich auch heute noch als eine Gruppe mit bundesweitem Anspruch. Die Rückkoppelung und Diskussion mit anderen Gruppen und Initiativen verlangt eine Reflexion der eigenen Positionen und fördert damit eine inhaltliche Weiterentwicklung und weist über das Verharren in lokaler Politik hinaus. Lokale Politik soll für uns nicht nur auf das Erzielen von Erfolgen vor Ort (Realpolitik) angelegt sein, sondern die lokal geprägte Analyse muss sich auch immer an den bundesweiten Verhältnissen messen lassen. Voraussetzung für eine verbindliche, aufeinander bezogene und nachhaltige bundesweite Diskussion ist ein organisierter Rahmen, in dem diese Diskussio-

[3] **Wir wollen uns eine Kapitalismuskritik aneignen, die sich nicht nur auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit bezieht, sondern versucht, über die Arbeitskritik Prinzipien der Warengesellschaft in die Analyse mit einzubeziehen. Dies bedeutet allerdings nicht eine Revision der ideologiekritischen Haltungen aus den 90er Jahren. Ungebrochen lässt sich auch heute in Deutschland eine Verschränkung von Arbeitsethos und antikapitalistischen sowie antiwestlichen Denken nachzeichnen, welche den Begriff der Arbeit zu einem Kernstück der deutschen Ideologie auflädt.**

Exkurs Fußnote 4: verkürzte Kapitalismuskritik

Die bis Ende der 90er Jahre beliebten Slogans „Hinter dem Faschismus steht das Kapital" und „Ausländer sind die falsche Adresse – haut den Bonzen in die Fresse" stehen exemplarisch für die verkürzte Kapitalismuskritik von großen Teilen der Antifabewegung. Diese Parolen zeigen zum einen, wie der Gegenstand der Kritik – die Nazis – als Marionetten des Kapitals bzw. irritierte Jugendliche / ModernisierungsverliererInnen missverstanden wurden und zum anderen das personifizierende Kapitalismusverständnis. Das Kapital, welches hinter dem Faschismus stehe, wird dabei nicht als die Einheit von Produktions- und Zirkulationssphäre begriffen, sondern ist auf Banker, Spekulanten und Großindustrielle gemünzt. Dieser linke Antikapitalismus, der „von Unten" gegen „die Herrschenden" antritt, richtet sich gegen die RepräsentantInnen der kapitalistischen Zirkulationsspäre und unterstellt diesen verschwörungstheoretisch einen Pakt mit den Nazis. Es ist kein Zufall, dass mit dieser „Analyse" die Kapitalismuskritik verschiedenster linken Gruppen und Parteien immer wieder vom völkischen Ressentiment gegen „abgehobene Intellektuelle" sowie von Antiamerikanismus und Antisemitismus (offen oder verdeckt als „Antizionismus") begleitet wurde.

nen geführt werden können. Dieser bundesweite Bezugsrahmen fiel für uns mit dem Ende der Antifa weg. Ein Projekt welches u.a. vom BgR getragen wird – die Zeitschrift „Phase 2" – versuchte diese Unzulänglichkeit zu kompensieren und sollte eine Diskussionsplattform für inhaltliche Positionen und Perspektivdebatten der noch bestehenden politischen Gruppen sein. Diesem Anspruch konnte die Zeitschrift allerdings bis auf wenige Ausnahmen nicht gerecht werden und musste deshalb eine an der Realität der Fragmentierung der radikalen Linken ausgerichtete Neuorientierung vornehmen. Durch das Wegbrechen der bundesweiten Organisierung gab es kaum noch Bezüge der diversen Postantifagruppen aufeinander, von einer Diskussion gemeinsamer Perspektiven ganz zu schweigen. Demnach besteht zwar der anfängliche Anspruch (Forum für Diskussionen bundesweit agierender Gruppen zu sein) noch immer, aber in der Praxis orientiert sich die Zeitschrift derzeit zwangsläufig fast ausschließlich an den theoretischen Diskussionen innerhalb der Linken.

In den diversen bundesweiten Positionspapieren und Aufrufen zum Irakkrieg lassen sich aber – allem Pessimismus zum Trotz – auch erstmals seit geraumer Zeit wieder Bezüge auf andere Gruppen und deren inhaltliche Positionen finden. Dies führte zwar noch nicht zu einer gemeinsamen überregionalen linksradikalen Aktion, was angesichts der zahlenmäßig viel stärkeren Friedensbewegung Voraussetzung für ein Sichtbarmachen einer linksradikalen Antikriegsposition gewesen wäre, aber vielleicht zeichnet sich daran ab, dass in Zukunft wieder gemeinsame Initiativen bundesweiter Gruppen möglich sind. Inhaltlich sehen wir derzeit diverse Ansätze, die unserer Position nahe stehen und die eine Bezugnahme auf andere Positionen erkennen lassen und somit wieder eine Verbindlichkeit in die Diskussion bringen. Sei es in der Positionierung zum Irakkrieg und der Friedensbewegung, zur Zivilgesellschaft oder in der Ablehnung jeglichen (linken) Antisemitismus und Antiamerikanismus. Auch wenn die teilweise unsäglich geführten „Diskussionen" innerhalb der radikalen Linken zu diesen Themen einen anderen Eindruck vermitteln: die verschiedenen Positionen haben – trotz aller Abgrenzungsbemühungen – gemeinsame Grundpositionen, seien sie auch anfänglich noch so schwammig. Nicht umsonst haben alle antideutschen Gruppen den vielfach postulierten Abschied von der Linken bis heute nicht vollzogen. Es gibt z.B. in der Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft und deren Zumutungen an die Menschen eine gemeinsame Grundlage, auf denen dann die Differenzen mit- und teilweise gegeneinander diskutiert werden können. Auch die prinzipielle Ablehnung jeglicher Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse kann trotz aller Streitigkeiten um deren Wertigkeit in der Gesellschaft und dem gesellschaftsstrukturierenden Prinzip als linksradikale Grundposition genannt werden, ebenso wie die grundlegende Ablehnung aller barbarischen und antiemanzipatorischen Erscheinungsformen gegen die herrschende Ordnung (z.B. 09-11 oder nationalrevolutionäre Befreiungsbewegungen), welche in dem Umfeld, in dem wir uns bewegen, Konsens sein sollte. Wir halten es an diesem Punkt nicht für hilfreich auf diverse (antisemitische) Statements auf Indymedia etc. zu verweisen. Mit VerschwörungstheoretikerInnen machen wir uns nicht gemein, sondern kritisieren diese. Wir haben ganz klar einen eingeschränkten Bezugsrahmen in dem Geflecht was sich diffus als „Linke" bezeichnet. Und um diesen Bezugsrahmen geht es uns.

Das BgR hält auch weiterhin an dem Konzept fest, dass radikale Kritik politikfähig sein sollte, sich also der Wirklichkeit stellen muss.

Das BgR hält auch weiterhin an dem Konzept fest, dass radikale Kritik politikfähig sein sollte, sich

Exkurs Fußnote 5: rechter Konsens

Ausgehend von der Analyse, dass die starke Nazibewegung der 90-er Jahre einen ideologischen Rückhalt in der Bevölkerung hatte und sich in einem gesellschaftlichen Klima artikulierte, welches die Wertevorstellungen der Nazis in vielen Bereichen teilte, haben wird im Zuge der Wurzenkampagne 1996 den Begriff des rechten Konsens geprägt. Darin erscheinen die Nazis nicht als eine Randgruppe, die so gut wie gar nichts mit dem Rest der deutschen Gesellschaft zu tun hat, sondern es zeigen sich verbindende Elemente, die konstitutiv für die gesamte deutsche Gesellschaft gelten.

Die Grundlage dieser deutschen Gemeinschaft sind gleiche Wertevorstellung und eine gemeinschaftlich konstruierte Identität, die sich auf das gemeinsame „Deutsch-Sein" bezieht. Dazu stützt sich die gemeinsame deutsche Identität auf typische deutsche „Sekundärtugenden" von Ordnung, Fleiß, Sauberkeit und Disziplin, einen deutschen Arbeitsfetischismus usw. Ergebnis dieser gemeinschaftlichen Identität war ein gesellschaftlicher (rechter) Konsens, auf dessen Grundlage sich die Nazis so sicher wie Fische im Wasser bewegen konnten.

also der Wirklichkeit stellen muss. Allgemeine Sachverhalte an aktuellen Themen aufzugreifen und zu vermitteln, ist für uns immer noch das beste Mittel um unsere Kritik sichtbar zu machen.
Ausgangspunkt jeder Gesellschaftskritik kann nur sein, sich selber als Teil der Gesellschaft zu begreifen und sich nicht außerhalb dieser zu wähnen. Die eigene Praxis unterliegt der immanenten Gefahr, als gesellschaftliche Vermittlungsform von Konflikten in der bürgerlichen Gesellschaft, in eine Affirmation der Verhältnisse umzuschlagen. Sobald sich die Linke an eine Öffentlichkeit wendet, bedient sie sich staatlicher Formen, indem sie z.B. mit Gesetzen konfrontiert ist und mit diesen umzugehen hat. Das eigene (politische und sonstige) Handeln spielt sich in den bestehenden gesellschaftlichen Formen ab und weist noch nicht über diese hinaus. Dies wäre erst der Fall, wenn linksradikale Politik auf die Abschaffung der Grundlagen der eigenen Politik hinauslaufen würde. Dies kann aber nicht heißen, dass durch die relativ banale Einsicht, dass jegliches Handeln auf dem Boden der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft stattfindet, jegliche Praxis damit schon diskreditiert wäre. Auch eine grundsätzliche Kritik an der Gesellschaft muss praktisch werden, wenn sie etwas bewirken will, sie muss sich sichtbar machen, wenn sie anderen ein Zustimmen ermöglichen will. Ohne einen Weg der Vermittlung eigener Gedanken gibt es keine Linke, hier brauchen wir nur an unsere eigene Sozialisation zu denken. Die radikale Linke muss sich organisieren! Sie muss die Gesellschaft, so wie sie sich konkret darstellt als Ausgangspunkt benutzen, um eine grundsätzliche Kritik entfalten und anderen vermitteln zu können. Sie muss darauf bauen, durch eine Polarisierung an konkreten gesellschaftlichen Konflikten, ein Mehrwerden zu erreichen, welches irgendwann diese Gesellschaft umwälzen kann. Natürlich hegen wir auch gegenwärtig keine revolutionären Blütenträume und wer diese vor sich herträgt, wird nicht lange auf die Enttäuschung warten müssen. Aber auch jenseits von sprudelndem Optimismus haben die Erfahrungen in Leipzig gezeigt, dass linke und linksradikale Projekte und Gruppen sich durchaus an konkreten Punkten finden und danach auch inhaltlich weiterentwickeln können. Dazu müssen sie jedoch in die Gesellschaft eingreifen und am Konkreten die Politisierung vorantreiben. Allerdings verbindet sich mit diesem Ansatz, konkrete Verhältnisse in der Gesellschaft auf- oder besser anzugreifen, auch ein Problem. Historisch sind bereits einige Bewegungen (z.B. die Arbeiter- und Ökologiebewegung, in Teilen auch die Antifa) an der positiven Aufnahme ihrer Forderungen gescheitert, weil es sie dazu verführte, ihre grundsätzliche Gesellschaftskritik aufzugeben und in der Realpolitik aufzugehen. Gerade angesichts dieser Erfahrung darf eine Linke ihre grundsätzliche Kritik nicht hinter ihre konkreten Forderungen zurückstellen und, sollten sich die Kräfteverhältnisse irgendwann ändern, sich nicht schon mit der Verbesserung gesellschaftlicher Teilbereiche zufrieden geben. Politisches Handeln muss auf die emanzipative Negation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinauslaufen.

Um das Ganze mal plastischer zu machen, sei auf unsere Intervention in das linksradikale Bündnis und unsere Mitwirkung an der linken Antikriegsdemo am Tag X verwiesen. Wir haben unter dem gemeinsamen Motto „Gegen Krieg, Antiamerikanismus und deutsche Wege" demonstriert. Dieses Motto wurde vom Bündnis getragen, auch wenn wir eine tiefere Kritik hatten und die (formale) Einigung ein langer K(r)ampf war. Unsere Einschätzung des linken Antiamerikanismus hatte nicht zu der von uns erwünschten Auseinandersetzung im Bündnis geführt und wurde auch nicht von allen TeilnehmerInnen des Bündnisses geteilt, sondern z.T. aus pragmatischen Gründen toleriert. In der Praxis setzte sich eine Pluralität durch, die dazu führte, dass unser gemeinsames Motto sich im Vorfeld nicht als Hauptmotto der Demonstration durchsetzen konnte und diejenigen, welche nicht über unseren separaten Aufruf mobilisiert wurden, erst am Tage der Demonstration mit dem Motto und Fronttransparent und deren Inhalt konfrontiert wurden. Am Tag selber wurden wir bitter auf den Boden der Realität zurückgeholt, als sich nach der Demo ausnahms-

Exkurs Fußnote 6: rechte Alltagskultur

Die rechte Alltagskultur, ein Begriff der von uns im Rahmen des Verstärkerkongresses 1999 eingeführt wurde, war quasi eine Weiterung des Begriffes rechter Konsens und zeichnete sich für uns durch einen Kanon verschiedener Ideologeme der Ungleichheit aus (z.B. Rassismus, Antisemitismus, Patriarchat). Diese sind fast immer an ein autoritäres Staatsverständnis gekoppelt und bilden die ideologische Grundlage und Gemeinsamkeit zwischen Nazis und Bevölkerung. Der Begriff des rechten Konsens ging in dem Begriff der rechten Alltagskultur auf, da auch dieser bereits von einer gesellschaftlichen Tradierung (über die so genannten deutschen „Sekundärtugenden") der verschiedenen Ideologeme ausging.

los alle TeilnehmerInnen der Friedensbewegungsdemo anschlossen und unsere Kritik an dieser somit nicht die notwendige Überzeugungsfähigkeit auf die TeilnehmerInnen der Demonstration und auf das Bündnis hatte.
An diesem Punkt war aufgrund unserer Position klar, dass hier für uns der notwendige Bruch zu ziehen ist. Die Friedensbewegung beschwor einen deutschen (angeblich weniger aggressiven) Weg gegen die „angloamerikanische" Politik im Nahen Osten und setzte damit der „Cowboy-Mentalität des Texaners" eine angeblich gezähmtere Politik des „Old Europe" entgegen. Damit erledigte sich jeder Anspruch einer grundlegenden Gesellschaftskritik und schlug in die Affirmation des scheinbaren Gegenmodells Europa um, welche wir bereits im Aufruf kritisiert hatten. Es wurde auf die angebliche „Zivilität" des europäischen und deutschen Weges verwiesen, ohne auch nur einmal auf den Krieg gegen Jugoslawien, die deutschen Bundeswehreinsätze in Afghanistan etc. einzugehen. Die Friedensbewegung griff im Gegenteil diejenigen an, die sie inhaltlich kritisierten und sich gegen sie stellten und offenbarte damit, wie wenig radikale Linke dort etwas zu suchen hatten. Der antisemitisch motivierte tätliche Angriff auf die AKG war dabei nur der Höhepunkt, die Abwehr kritischer Positionen fand bereits im Vorfeld der Demonstration statt.
Hier müssen wir uns schon fragen, inwiefern unsere Position zur linken Antikriegsbewegung nicht zu sehr getrübt war von der Hoffnung, dass wir mit unserer grundlegenden Kritik ein weiteres Umfeld für uns und unsere Position gewinnen können.
Wir hatten ja schließlich einen Aufruf mit einer schwer erarbeiteten aber letztlich klaren Positionierung zum bzw. genauer gegen den Irakkrieg. Diese Positionierung haben wir anderweitig in Teilen der radikalen Linken schmerzlich vermisst. Das dichotome antideutsche „wer gegen den Krieg ist, ist für die blutigen Zustände im Irak" haben wir bereits im Aufruf dezidiert zurückgewiesen – leider mit wenig Erfolg bei den Angesprochenen. Des Weiteren haben wir auch jeglicher positiven Bezugnahme auf das deutsch-französische Gegenmodell eine klare Absage erteilt und nicht zuletzt hatten wir auch im Voraus eine Einschätzung zur Friedensbewegung geliefert, die wir auch heute noch so vertreten können.

Ohne einen Weg der Vermittlung eigener Gedanken gibt es keine Linke, hier brauchen wir nur an unsere eigene Sozialisation zu denken.

Unser Aufruf wendete sich in großen Teilen gegen den Antiamerikanismus und Antisemitismus von Teilen der Friedensbewegung und deren Suche nach nationaler Wärme im Schoß der Bundesregierung.
Allerdings haben wir im Vorfeld der Demonstration – teilweise zugunsten einer linken Bewegungspraxis am Tag selber, teilweise da wir selbst erst viel zu spät eine eigene feste Position hatten – elementare Grundsätze unserer Bündnispolitik außer Acht gelassen. Unser Wille, am Tag der Massendemonstration dagegen eine linksradikale Position sichtbar zu machen, hat uns bis zuletzt mit BündnispartnerInnen operieren lassen, mit denen kein linksradikales Bündnis zu machen ist (z.B. Attac). Im Nachhinein wäre ein polarisierender Ansatz auch in diesem linken Bündnis angemessener gewesen. Es war ja im Vorfeld bereits absehbar, dass sich das Bündnis nach der eigenen Demonstration, deren Inhalte (v.a. die Kritik an der verlogenen deutschen Position) auch heute noch zu verteidigen sind, an der antiamerikanischen Friedensbewegung beteiligt. Auf die von uns eingeforderten Konsequenzen unseres gemeinsamen Mottos, welches für uns ein Zusammengehen mit der großen Friedensbewegung ausschloss, haben wir nicht mit der notwendigen Vehemenz beharrt. An diesem Punkt hätten wir auf einer Spaltung bestehen müssen. Dies haben wir wohl aus Gründen der befürchteten Einsamkeit nicht getan. Die Frage war (und bleibt), wie mit unterschiedlichen Positionen innerhalb eines linksradikalen Bündnisses umzugehen ist; wo Grenzen zu ziehen sind, die eine Zusammenarbeit unmöglich machen und wo und in welchem Umfang Kompromisse gefunden werden können, ohne dass eigene Grundsatzpositionen aufgegeben werden. Hier haben wir diesmal leider nicht den richtigen Weg gefunden. Allerdings halten wir es auch im Nachhinein noch für richtig, zu versuchen, die anderen von der eigenen Position zu überzeugen. Nicht zuletzt haben wir aus diesen Diskussionen auch wichtige Punkte und Grenzen unserer Argumentation aufgezeigt bekommen.

jung.dynamisch.sexy.

Noch nie war die Linke so unbedeutend wie heute. Mit solchen oder ähnlichen Sätzen ist wohl jedeR, die/der sich zu dieser sogenannten Linken zählt, in letzter Zeit nicht nur einmal konfrontiert worden. Und zwar zu Recht.

Betrachtet man sich jenen buntgemischten Haufen, um ihn auf Inhalte und Ziele zu prüfen, so fällt einem die Wahl zwischen lautstarkem Gelächter und erschüttertem Gewinsel oft alles andere als leicht. Die meisten Linken sind immer noch damit beschäftigt ihre Kommunen zu pflegen, Transpis gegen Amerika zu malen, Friedensdemos zu organisieren oder neue verrückte Theorien über „die Herrschenden", „die Reichen" oder andere Unmenschen, die diese eigentlich so schöne Welt ins Verderben stürzen wollen, auszuspinnen. Ist die Rede von „der Linken", so kann dies leider immer noch kaum mehr bedeuten als Attac, die PDS, Antiimps und Autonome aller coleur oder andere mehr oder weniger organisierte Verrückte. „Die Linke", dass ist in erster Linie immer noch ein belastend reaktionäres Pack. Und doch, hier und da, wenn man Glück hat, lassen sich doch noch Gruppen, Initiativen oder Personen finden, denen an einer freien Entwicklung des Individuums, einer Gesellschaft des materiellen Überflusses für alle, einer freien Assoziation von Menschen, die bewusst mit Ressourcen und Produktionsmitteln umgehen oder kurz: am Kommunismus doch noch was liegt. Menschen, denen aufgefallen ist, dass keine Revolution, keine Wagenburg und erst Recht kein Steinwurf o.ä. der kapitalistischen Gesellschaftsmaschinerie und ihrer ewig selbstzweckhaften, unmenschlichen Bewegung ernsthaft etwas anhaben konnte. Und auch wenn jene, die sich um eine kritische Analyse der bestehenden Verhältnisse mühen und diese wirklich radikal abzuschaffen gedenken eine verschwindend geringe Minderheit sind, so gibt es sie doch. Schließlich ist es keine neue Weisheit, dass, und dies sollte wohl jedem/r bewusst sein, um so tiefer man in der Scheiße steckt, umso nötiger es ist, sich wieder herauszuwühlen.

Für uns als Jugendgruppe ist dies alles andere als einfach. Denn das angestrebte Publikum, jene die wir für ihr eigenes Leiden und das Anderer sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit der kritischen Auseinandersetzung mit Gesellschaft bieten wollen, hat alles andere als Gesellschaftskritik im Kopf. Ein jeder kennt das Gefühl: man denkt, man sei völlig am Boden und irgendjemand wirft einem eine Schaufel zu. Der Dialog über Gesellschaftskritik mit Jugendlichen erweist sich bei häufigem Versuch als wenn nicht nutzlos, so doch zumindest als verdammt schwer. „Die Jugend von Heute" scheint einfach keinen Bedarf dafür zu haben. Neben dem Privatleben der Popstars auf VIVA und der knuddeligen Hollywoodsternchen, Computerspielen, nagelneuen Handys, den Bravohits und nicht zu vergessen dem selbstverständlich lebenswichtigen und unverzichtbaren Schulalltag und dem noch weitaus wichtigerem Berufsleben ist einfach kein Platz mehr für so trockene, schwierige und überhaupt viel zu abgedrehte kommunistische Ideen wie einem schönen Leben für Alle ohne Geld, Arbeit, Staat und Kapital. Man braucht keine Shell-Studie mehr, um herauszufinden, dass die Jugendlichen von Heute schon genauso wie ihre Eltern sind. Wer, wie Robert Kurz, in einer Horde aufgeschreckter Teenies, die bei ihrer Lieblingssendung Interaktiv (oder Friedensaktiv) einander erzählen, wie doof Bush denn nun eigentlich ist, eine unverbrauchte oder gar kritische Bewegung sieht[1], dem kann entweder nur völlige Realitätsferne oder Blindheit oder Beides vorgeworfen werden. Wir jedenfalls wünschen ihm keinen einzigen Tag in der Schule.

Allerdings ist zu hoffen, dass, das wofür „die Jugend" eigentlich seit Jahrhunderten als verzogen, sittenlos oder romantisch geschimpft wurde, ihre Rebellion, ihre höhere Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit, ihr Mut verschmähte Gedanken zu äußern etc., noch nicht völlig im bunten Grau des kapitalistischen Normalbetriebs versunken ist. Auch, wenn Alter (oder Jugend) nicht vor Dummheit schützt, so ist doch mit Jugendlichen gelegentlich besser und konstruktiver zu diskutieren. Ihre ideologischen Konstrukte stehen noch auf wackeligen Beinen, keiner von ihnen hat sich seine Lebensweisheiten bereits jahrelang

[1] Zum Beispiel in seinem Pamphlet gegen die Antideutschen „Das Spiel ist aus": „Aber es gibt auch Zeichen der Hoffnung, zum Beispiel den bundesweiten Schulstreik gegen den Krieg. Vielleicht sehen wir die ersten Lebenszeichen einer neuen Bewegungsgeneration, die schon bald beide Fossilien [nach Robert Kurz die „völkisch-antizionistisch und antisemitisch heruntergekommenen „Anti-imperialisten" einerseits und antideutschen, proimperial-kriegshetzerischen Helfershelfern der kapitalistischen Weltmachtmaschine samt deren nützlichen Bündnisidioten andererseits"] gleichermaßen so alt aussehen lassen wird, wie sie wirklich sind."

selbst eingetrichtert um sie nie wieder abzulegen und gegen Kritik abzuschirmen. Einen Satz wie „Werd erst mal so alt wie ich!" oder andere auf die sogenannte Lebenserfahrung bezogene Ausflüchte wird man von einem/r SchülerIn nie hören. KeinE JugendlicheR hat ein abstumpfendes, eintöniges und belastendes Arbeitsleben hinter sich. Und wie gesagt, teilweise ist bei Jugendlichen noch auf jene Rebellion zu stoßen, die gemeinhin als pubertäre Erscheinung belächelt wird. Die Gewalt, die jedem Mensch im Laufe seiner Sozialisation angetan wird und das Unbehagen in einer Gesellschaft wie der jetzigen aufzuwachsen, kann von jungen Leuten einfach besser erkannt und empfunden werden, da die Gewöhnung an den normalen Wahnsinn noch weitaus weniger fortgeschritten und eine gewisse Abfindung damit noch nicht eingetreten ist. Somit wird auch der Wunsch nach Verbesserung weniger schnell als utopisches Geplapper denunziert.

Dies sind einige der Gründe, weswegen wir unsere linksradikalen Bemühungen der Jugendbildung widmen. Denn, sich mit Jugendlichen beschäftigen heißt nicht nur, ein paar der Flyer, die eigentlich für diese oder jene Veranstaltung bestimmt waren, in der ein oder anderen Schule auszulegen. Jugendbildung muss heißen, sich auch mit Jugendlichen selbst auseinanderzusetzen. Schüler und Schülerinnen leiden an teilweise anderen Alltäglichkeiten als Erwachsene. Sie haben andere Interessen, Treffpunkte und Ansprechmöglichkeiten und nehmen beispielsweise tagespolitische Ereignisse auch anders auf, da sie von anderen Medien (Clique, Musikfernsehen etc.) damit konfrontiert werden und der Raum der Auseinandersetzung ein anderer ist. Jugendliche sind daher auch mit teilweise anderen Begrifflichkeiten zu erreichen und die Diskussionen mit ihnen haben andere Schwerpunkte. All dies macht Jugendbildung umso wichtiger. Wir, Tomorrow, versuchen daher an Jugendliche mit Missständen, die sie betreffen und die sie nachempfinden können, heranzutreten und diese für sie möglicherweise in einem anderen Kontext begreiflich zu machen. Nur als kleines Beispiel: Das Leid, welches ausnahmslos JedeR beispielsweise in der Schule empfindet (Autorität, Stress, Leistungsdruck, Regeln...) und das, wenn überhaupt, meist nur mit einem simplen „kotzt an" geäußert wird, versuchen wir aufzugreifen und die Ursachen dessen in einer umfassenden Schulkritik (eingebettet in eine kommunistische Kritik kapitalistischer Zustände überhaupt) zu erläutern. Unsere Bestrebungen sind dabei, Jugendliche auf die alltägliche Gewalttätigkeit und Unzumutbarkeit kapitalistischer Zustände aufmerksam zu machen und sie dafür zu sensibilisieren. Zum Einen, um Leid und Gewalt besser erkennbar zu machen und zum Anderen um auch ihnen zu ermöglichen, das Unbehagen, in der jetzigen Gesellschaft leben zu müssen und die Qual Alltägliches zu ertragen, reflektieren zu können. Im Anschluss versuchen wir die Möglichkeit für Jugendliche zu bieten, radikale Gesellschaftskritik zu vertiefen und selbst zu betreiben. Zum Beispiel bei Vorträgen im Tomorrow-Theorie-Café oder bei Teilnahme an den Plena der Tomorrowgruppen.

Dies ist umso wichtiger, da die Schule ja wohl kaum als humane Bildungseinrichtung bezeichnet werden kann. In ihrer Gestalt als Institution, die Kinder auf ihr späteres Leben im Kapitalismus vorbereiten soll, kann sie nicht mehr sein als eine affirmative Zuchtanstalt für willige Arbeitskräfte. Diese bürgerliche Erziehung muss zwingend einen unkritischen Umgang nicht nur mit dem vermittelten Schulstoff, sondern auch mit Alltäglichkeiten nach sich ziehen. Die Gewöhnung an Geschlechterrollen, die Zerlegung des Tages in Zeiteinheiten und das Zurückstecken sinnlicher Bedürfnisse, um nur ein paar Dinge zu nennen, werden nicht mehr hinterfragt, sondern als gegeben und normal hingenommen. Diesem unreflektierten Denken und somit auch unbewusst affirmativen Handeln soll ein Konzept der Jugendbildung entgegengesetzt werden, welches kritisches Auseinandersetzen mit der Gesellschaft forciert.

Allerdings sind wir uns im Klaren darüber, dass die Beschränkung auf Diskussionen, Vorträge oder Lesekreise allein nicht zum Umsturz kapitalistischer Verhältnisse führen kann. Wir wollen in diesem Zusammenhang keineswegs in das plumpe Geschrei nach „Praxis um jeden Preis" mit einstimmen, da uns sehr wohl bewusst ist, dass vor einer richtigen Praxis zunächst eine richtige Kritik stehen muss. Jedoch sind auch wir bemüht eine gewisse Wirkungsmächtigkeit auch innerhalb bestehender Verhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Um uns also nicht ganz ins Aus zu stellen, versuchen wir, soweit dies möglich ist, uns von realpolitischen Geschehnissen oder auch innerlinken Diskursen ein Bild zu machen, also diese kritisch zu beleuchten und angemessen zu reagieren.

So hübsch diese Ansprüche an uns und an die Realität auch sind, wissen wir gut genug, dass wir ihnen nicht genügend gerecht werden. Der Vorwurf, wir müssten offensiver werden, mehr publizieren, Veranstaltungen machen usw. ist berechtigt und wir richten ihn oft genug an uns selbst. Jedoch ist der Entstehungsprozess eines Artikels, Vortrags, Flugblatts o.ä. in einer Jugendgruppe ein sehr langwieriger. Die Vermittlung von Kritik, das Auseinandersetzen mit für Gesell-

schaftskritik relevanten Themen und die Erarbeitung eigener Positionen nimmt schließlich einen wichtigen Teil der Plena ein. Jeder Veröffentlichung geht somit auch eine vermittelnde Auseinandersetzung mit dem Thema im Plenum voraus, was in einer Jugendgruppe enorm wichtig und unverzichtbar ist, die eben nicht nur aus Linken mit gefestigten und klaren Positionen besteht, sondern vorwiegend aus interessierten, sich Gesellschaftskritik annähernden Jugendlichen. Zudem besteht Tomorrow neben dem Theorie-Café aus derzeit zwei Jugendgruppen. Steht unter einer Veröffentlichung also „Tomorrow“, so müssen dieser zusätzlich gemeinsame Plena beider Gruppen und Auseinandersetzungen voranstehen.

Die Beschäftigung mit Jugendlichen sollte folglich eine Sonderrolle im Bereich linker Bildung einnehmen. Wir stehen dabei jeder inhaltlichen Kritik an uns, jedem Hinweis und jeder Hilfestellung offen gegenüber und begrüßen diese. In Diskussionen und bei der Entwicklung eigener Positionen unterstützt uns dies und hilft uns weiter. Leider haben wir in den letzten Jahren so gut wie gar nichts davon gehört. Kritiken an uns kamen kaum über Vorurteile, Ressentiments und inhaltsloses Geplapper hinaus. Die Kritik, die (meist nicht öffentlich, eher am Kneipentisch über Dritte oder über den szeneinternen Buschfunk) zu uns durchdringt, ist größtenteils einfach zu lächerlich, als dass man sich zu ihr positionieren müsste[2]. Wir haben schlicht und einfach keinen Bock uns dazu zu äußern, wenn wir als AKG-Jugendgruppe oder auch als Kadergruppe geschimpft werden oder das Theorie-Café in intellektuellenfeindlicher Manier als vorgezogenes Uniseminar belächelt wird. Ebenso tut es uns weh mit anzuhören, wenn diverse Personen sich ärgern, zuwenig mit uns gemacht zu haben und wir angeblich deshalb eine nicht wünschenswerte Gruppenposition annehmen. Wir sind nicht euer scheiß Nachwuchs und ihr nicht unsere scheiß Eltern, also spart euch diesen autoritären und bevormundenden Bullshit. Jede Unterstützung ist hilfreich und wir können sie mehr als benötigen (an dieser Stelle ein wirklich großes Danke an alle ReferentInnnen im und Organisatoren des Theorie-Cafés für ihre tatsächliche Hilfe). Doch wenn in Leipzig seit Jahren keine Sau bereit ist, sich mit Jugendlichen und linker Jugendbildung auseinanderzusetzen (Tendenz fallend), und diese sogenannte Kritik an uns über Vorurteile, Rumgenörgle oder ein plumpes „Macht mal mehr!“ nicht hinaus kommt, können wir gut und gerne auf sie verzichten und ihr sie euch stecken.

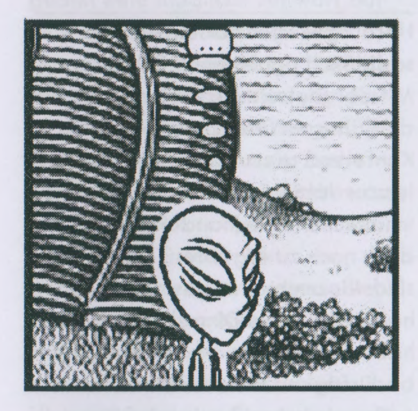
Zum Schluss nun noch ein paar Bemerkungen zu unseren Vorhaben für die nächsten Monate. Unsere Website ist gerade im Entstehen. Auf Ihr werden neben eigenen Veröffentlichungen von Früher, diskutierten Texten und Terminen auch Manuskripte von stattgefundenen Vorträgen aus dem Theorie-Café und aktuellen Äußerungen zur Tagespolitik zu lesen sein. Für den Spätsommer (Schuljahresanfang) ist ein Vortrag zur Kritik der Arbeit ausformuliert, der, wenn möglich, an verschiedenen Schulen und Jugendclubs gehalten werden soll. Etwa zeitgleich planen wir die Erstausgabe einer hoffentlich vierteljährigen Schülerzeitung, die an Schulen in ganz Leipzig verteilt werden soll. In ihr sollen Themen kritisch betrachtet werden, die sowohl im Unterricht als auch im Privatleben der SchülerInnen eine Rolle spielen. Wir erhoffen uns dadurch vielleicht einige neue Gesichter bei uns begrüßen zu dürfen. Sollte es sich ermöglichen, aufgrund von wachsendem Interesse der Jugendlichen das Vorhaben von vier Leipziger Tomorrowgruppen (Nord, Süd, West, Ost) in die Realität umzusetzen, benötigen wir definitiv strukturelle und organisatorische Unterstützung. Denn dies können wir derzeit als Jugendgruppe wahrscheinlich nicht alleine leisten (Gruß an „die Großen“). Das Theorie-Café[3] besteht selbstverständlich fort und wird wie immer jeden Freitag (außer Sommerpause) offen sein für alle Jugendlichen, die Interesse an gesellschaftskritischen Referaten haben. Bis dahin.......

[2] Ausnahmsweise mal öffentlich publiziert hier ein Paradebeispiel des CEE IEH-Autors Yves, der es wie kein Anderer versteht seine peinlichen, inhaltslosen und überflüssigen Äußerungen zur Leipziger Linken als Kritik auszugeben. Er lässt uns in seinem Abschiedsbrief von der CEE IEH-Redaktion in der Ausgabe 100 („(K)eine Gratulation zum Hundertsten“) wissen, dass er bei einer Kaderschulung in Berlin war. Dort sollte er „sich mit den Schriften Marx auseinandersetzen und die HausbesetzerInnnenbewegung kennenlernen.“ Alle Achtung, dies verschafft ihm bei uns schon einmal gehörigen Respekt. Yves wusste und weiß: „Das war auch die richtige Mischung. (Während Tomorrow-Kids heute nur die Bibliotheksordnung auswendig lernen und nicht die Regeln des Straßenkampfes[...]“. Sorry Yves, aber mal im Ernst, hast du keinen Frisör oder so, dem du so einen Nonsens erzählen kannst und der dazu vielleicht auch noch ein interessiertes Gesicht macht, wenn das Trinkgeld stimmt?

[3] Im B12 (Braustraße 20), Freitags 19:00 Uhr

Lost in Space

Von Antirassismus und der Gefahr, sich in den unendlichen Weiten der Kritik zu verlieren. Eine Bestandsaufnahme der Antirassistischen Gruppe Leipzig.



Die auch in der Leipziger Linken permanent schwelende - mal offen, mal verklausuliert ausgetragene – Auseinandersetzung um Kritik und Politik ist auch an der Antirassistischen Gruppe Leipzig nicht spurlos vorbeigegangen. Der Anspruch eine grundsätzliche Gesellschaftskritik zu formulieren und diese idealerweise auch noch zu transportieren, garantiert auch uns ständiges Kopfzerbrechen. Unser Schlingern und Neuausloten von Perspektiven soll Gegenstand der folgenden Betrachtung sein.

1 Im Meteoritenfeld der Kritik

Starken Einfluss auf uns hatte nach dem Frankfurter Grenzcamp 2001 insbesondere die von der damaligen ANG an uns heran getragene Kritik, Antirassismus würde nicht über die bürgerliche Gesellschaft hinaus weisen, sondern lediglich helfen, diese durchzusetzen. Antirassistische Ansätze würden auf die Etablierung der Gleichheit aller abzielen, die nicht mehr sei als die abstrakt gleiche Möglichkeit eines jeden, seine Haut zu Markte zu tragen. Diese abstrakt formulierte Gleichheit ginge einher mit der Definition dessen, was „Mensch sein" bedeutet. Mit dieser Erschaffung „des Menschen" in der Moderne, der gleichzusetzen ist mit dem bürgerlichen Subjekt, sei untrennbar die Unterteilung Mensch, Untermensch, Übermensch und damit die Wurzel von Rassismus und Antisemitismus verbunden. Wer auf eine allgemeine Gleichheit bestehe, mache damit letztlich den Bock zum Gärtner. In der Folgezeit versuchten wir, diese Argumentation nachzuvollziehen und unsere erheblichen Defizite in Sachen Gesellschaftsanalyse und -kritik zu verkleinern.

Die Ergebnisse dieser Anstrengungen wollten wir nicht für uns behalten, sondern in die bundesweiten antirassistischen Zusammenhänge tragen[1], in denen wir 9 von 10 Leuten Theoriedefizite und Nachholbedarf in Sachen Kapitalismuskritik attestierten.

Konkret umsetzen wollten wir unsere Anstöße mittels diverser Artikel, eines eigenen Aufrufs und einer zentralen Veranstaltung auf dem Grenzcamp 2002 in Jena. Artikel und Aufruf erschienen kurze Zeit später und lösten nicht gerade Begeisterungsstürme aus. Insgesamt gab es wenig Resonanz, gelegentlich wurden die Texte lobend erwähnt, öfter allerdings als zu akademisch, abgehoben etc. teilweise sehr unwirsch kritisiert. Inhaltliche Diskussionen fanden kaum – und unsere zentrale Veranstaltung auf dem Camp nur in verschlankter Form vor wenig Publikum statt. Gründe dafür gab es mehrere und auf verschiedenen Ebenen. Die inhaltlichen Zweifel an unserer Position, die sich innerhalb unserer Gruppe erst kurz vor dem Camp artikulierten, haben wir schon in Incipito # 5 dargestellt.

Zusätzlich und diese inhaltlichen Zweifel mitbedingend, hatten wir das Leipziger Szeneklima verinnerlicht: Auf der einen Seite wollten wir möglichst viel und am liebsten vollständig die verschiedenen Konzepte erfassen, wie Gesellschaft zu erklären sei und welche Rolle Rassismus in ihr spielt, andererseits bestand auch der Wunsch und die Notwendigkeit, nach außen zu agieren. Damit mussten manche Dinge schon spruchreif sein, bevor sie es eigentlich waren. Konsequenz dessen: die mitunter phrasenhafte Verwendung von Begriffen und bestimmter politischer Modeworte, ohne in der Lage zu sein, diese auch nachvollziehbar mit Inhalt füllen zu können.

[1] Den Versuch, auch in Leipzig über das Thema Antirassismus in Diskussion zu treten, gaben wir nach kurzer Zeit auf. Neben einem zumindest irgendwie nachvollziehbaren Desinteresse bzw. den üblichen Klischees von hippiesken Bongospieler-UmarmerInnen schlug uns die Position entgegen, dass jegliche Form von Antirassismus eigentlich die Speerspitze des deutschem Mobs sei und damit sehr eng verbunden mit Antisemitismus. Diese Ansicht, die für uns nicht nachvollziehbar ist, war sehr präsent und fand ihren Ausdruck unter anderem in der pseudo-investigativen Analogiebildung, dass Leute, die am Frankfurter Flughafen gegen Abschiebung demonstrieren ja irgendwie etwas mit Flugzeugen zu tun haben, genau wie die Anschläge vom 11. September (www.left-action.de/archiv/0110251531.shtml). Also liegt eine Wesensverwandschaft vor. Was zu beweisen war.

Für die/ den EinzelneN äußerte sich das Ganze wie folgt: mensch kann etwas nicht genau ausführen, hält es aber dennoch für richtig oder wichtig und möchte es deshalb auch artikulieren. Die öffentliche Artikulation geht aber mit dem Zwang einher, eine rechtfertigende Verantwortung für das Gesagte übernehmen zu müssen. Das Geäußerte wird nicht als Position mit vermutendem, vorläufigen Charakter wahrgenommen, sondern hat gefälligst als endgültig und wahr daherzukommen. Eine Atmosphäre der gemeinsamen Erarbeitung von Wissen - auch mit Hilfe solidarischer Kritik! - scheint damit aus der Sicht des/ der EinzelneN nicht mehr zu existieren. Vielmehr herrscht ein Klima der Verunsicherung das aus vielerlei nicht gerade emanzipatorisch anmutenden Verhaltensweisen resultiert: So wartet mensch vergebens, dass auf polemische Anwürfe, eine sachliche Erläuterung der Kritik folgt, sind Namedropping und das Jonglieren mit und Anreißen von Konzepten auf sehr abstrakten Ebenen an die Stelle der nachvollziehbaren Darstellung von Positionen bzw. der eigenen Sicht auf die Dinge getreten und kann nicht zuletzt auf Veranstaltungen ein immer resoluteres Verstecken hinter der eigenen Position beobachtet werden, das selbst Resultat einer Unsicherheit und einer ähnlichen Einschätzung der momentanen Lage sein könnte. Ein Kreislauf, der nicht selten zum Ausstieg aus linken Diskussionszusammenhängen führt... oder wie in unserem Fall zu einer Verlagerung politischer Artikulation auf den bundesweiten Grenzcampzusammenhang.



Auf Gruppenebene vergrößerte sich zu dieser Zeit die schon immer existierende Schere bezüglich Wissensstand und Diskussionsfreude der Leute. Texte und Positionen, die Gruppenmeinungen repräsentieren sollten, wurden nicht im gleichen Maße von allen durchdrungen und der Anspruch einer gemeinsamer Position somit ad absurdum geführt. Nur am Rande bemerkt ist aus unserer Sicht ist die Frage berechtigt, ob es sich bei den eben dargestellten Prozessen lediglich um antiragruppenspezifische Phänomene handelt, oder auch andere Leute ähnliche Erfahrungen machen.[2]

[2] Viel von dem gerade Erwähnten scheint uns exemplarisch bei der Veranstaltung des BGR zur Zivilgesellschaft am 13.05.2003 aufgetaucht zu sein. Solidarischer und/ oder konstruktiver Wissensaustausch? Fehlanzeige. Vielmehr waren (beiderseits des Grabens AKG – BGR) die Feindbilder klar und es wurde sich hinter der eigenen Position verschanzt. Dabei soll an dieser Stelle keinem/ keiner der Beteiligten die Kasperkarte zugeschoben werden, es reicht erst einmal die Feststellung, dass es Puppentheater war, an welchem mensch da teilgenommen hat. Als AkteurIn oder ZuschauerIn. Wäre nicht anstelle von Allwissenheit vortäuschender Zitierwut und Begriffsgefechten das Eingeständnis eines noch offenen Punktes oder einer nicht endgültig geklärten Frage, oder einfach eine Erläuterung und Diskussion der dahinter steckenden Logik der Auseinandersetzung förderlicher gewesen? Gefragt haben sich das sicher viele der Anwesenden, explizit eingefordert wurde dies allerdings auch von niemandem. Auch von uns nicht.

Mit den demotivierenden Erfahrungen des Jenenser Sommers im Rücken stürzten wir (uns) in eine zähe, teilweise bizarre Haken schlagende Perspektivendiskussion. Im etwa zweiwöchigen Turnus formulierte der ein oder die andere mehr oder weniger euphorisch Positionen, die nicht an die von vor 2 Wochen anschlossen. Die jeweils andere Woche verbrachten wir in eher lethargischer Grundhaltung, ab und zu unterbrochen von Orga-Aktionismus. Die Auseinandersetzung tobte zwischen den Polen Antirassismus als Hebel für eine generelle Gesellschaftskritik, Politik der ersten Person, Kommunikationsguerilla zur Schaffung kritischen Bewusstseins, Lesekreis zur tieferen Durchdringung gesellschaftlicher Zusammenhänge und „Projekt begraben". In dieser traurigen Zeit bekleideten wir bei diversen Veranstaltungen anderer Gruppen die StatistInnen- und gelegentlich SponsorInnenrollen, wurden brav mit auf die Ankündigungen gedruckt, hielten uns ansonsten zurück und verloren einige Gruppenmitglieder.

II Mit Lichtgeschwindigkeit überwinden wir das Politik vs. Kritik-Kontinuum

Herausgezogen haben wir uns schließlich am eigenen Schopfe: Mit der Zielsetzung, auf dem diesjährigen Grenzcamp eine Konferenz auszutragen und so die letztes Jahr verpasste Chance zur inhaltlichen Auseinandersetzung doch noch zu ergreifen. Inzwischen sind wir auch älter geworden und haben ein, zwei Dinge gelernt: So haben wir die Quote der Theoriebedürftigkeit bundesweiter antirassistischer Zusammenhänge von 90% auf etwa 40-60% korrigieren dürfen. Was zum einen daran liegt, dass in der Postantifasommer[illegible] der Trend hin zu einer verstärkten theoretischen Durchdringung der Gesellschaft ging und dieser natürlich auch auf die Antiraszene ausstrahlte.

FÜHRT BEI DEM VERSUCH

Hier fielen dann auch unsere Texte auf fruchtbaren Boden. Andererseits haben wir auch einigen Leuten aus dem Grenzcampzusammenhang zu leichtfertig das Etikett der Theoriefeindlichkeit/-bedürftigkeit angepappt. Sie weckten unseren agitatorischen Versorgungsinstikt wohl eher, weil sie nicht jede

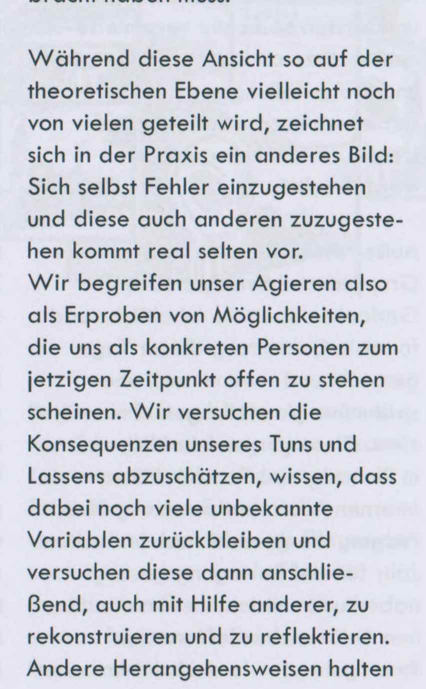
unserer Bewegungen mitmachten und auch andere Themen, als die ein, zwei, die wir als MittelstuflerInnen der Leipziger Schule gerade wichtig fanden, hochhielten. Beides interpretierten wir fälschlicherweise als Desinteresse und taxierten sie als mindestens eine Klassenstufe unter uns liegend. Mittlerweile können wir uns nicht des Eindrucks erwehren, dass einige von ihnen durchaus auch AbiturientInnen sein könnten, von denen wir noch eine ganze Menge lernen können. Denn sie geben eine mögliche Antwort auf eine Frage, die uns schon eine ganze Weile beschäftigt: Nämlich die nach der Konkretisierung des dialektischen Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis. Das heißt, sie zeigen Möglichkeiten auf, wie wir die Position, dass mensch Theorie und Praxis nicht gegeneinander diskutieren sollte, greifbar machen können, indem sie mithilfe und/ oder trotz eines differenzierten theoretischen Hintergrundes das Grenzcamp mit vorbereiten und konkrete Aktionen machen. Dies alles mag nicht immer den vollen Umfang ihre Ansprüche ausdrücken, es läuft ihnen allerdings auch nicht entgegen und ist somit theoretisch gedeckt.

Am Beispiel: auch moralische Entrüstung kann genutzt werden, um zum Nachdenken über Gesellschaft anzuregen und aktiv zu werden bzw. zu bleiben. Kritisches Bewusstsein zu entwickeln, funktioniert immer noch am besten über die Offenlegung der konkret sich manifestierenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft. So können an die Frage „Wie geht die Gesellschaft mit bestimmten Menschen um?" weitere Fragen angeknüpft werden: Warum gerade diese Menschen? Mittels welcher Mechanismen werden sie ausgegrenzt? Warum funktioniert das? Welche Logik/Prinzipien stehen dahinter? Was hat das mit mir zu tun? etc. Es zeigt sich, dass alle Wege zur Gesellschaftskritik führen *können*, Antirassismus bildet da keine Ausnahme.

Wir erkennen diese Versuche als solche an und wollen sie mindestens begleiten. Damit zusammenhängend sind wir zu dem Schluss gekommen, dass unsere alten Ideen nicht falsch, sondern „nur" ergänzungsbedürftig sind. Antirassismus führt nicht per se in die Sackgasse, es kommt vielmehr ganz darauf an, wie mensch dieses Politikfeld begreift und was man dann damit macht. Unser alter Ansatz, von dem Phänomen Rassismus loszulaufen, um zu einer allgemeinen Gesellschaftskritik zu kommen und von dieser aus wieder andere konkrete Felder zu erschließen, scheint uns somit wieder gangbar. Auf diese Art und Weise kann eine Vermittlung von konkreter und Metaebene stattfinden. Die abstrakten Begriffe und Relationen einer Gesellschaftskritik können konkret gefüllt und damit der Erfahrung zugänglich gemacht werden, andererseits färbt das eigene Bild von Gesellschaft natürlich auch auf die Wahrnehmung und Einordnung konkreter(er) Erscheinungen ab. Die Vermittlung der beiden Ebenen ist dabei nicht nur nett, sondern notwendig, um die Extreme des frei schwebenden Gedankengebäudes einerseits und des blinden Aktionismus andererseits zu vermeiden.



Das eben formulierte hängt eng zusammen mit einer weiteren Konsequenz unserer Entwicklung als Gruppe in den letzten Monaten: Wir wollen endlich raus aus der Ecke der Lähmung und Verkrampfung, die viel mit der oben geschilderten eigenen Unsicherheit und eines von allen irgendwie abgelehnten und doch von vielen mehr oder weniger am Leben gehaltenen szenekulturellen Umgangs zu tun hat. Es gibt, entgegen einem sich weiterverbreitenden Irrtum kein Patentrezept für die schnellstmögliche oder sanftest mögliche oder einzig mögliche Herbeiführung paradiesischer Zustände. Eine direkte Verbindung zwischen der Wahl eines im Nachhinein falschen Bündnispartners oder falschen Aktions- bzw. theoretischen Konzeptes und dem Scheitern der Weltrevolution existiert nicht und die Position „Das hätte ich dir auch vorher schon sagen können." zeugt nicht nur von mangelhaftem Verständnis der Natur von Erkenntnisprozessen, sondern ist auch Ausdruck davon, dass mensch zu viel Zeit mit seinen verbiesterten Verwandten verbracht haben muss.



Während diese Ansicht so auf der theoretischen Ebene vielleicht noch von vielen geteilt wird, zeichnet sich in der Praxis ein anderes Bild: Sich selbst Fehler einzugestehen und diese auch anderen zuzugestehen kommt real selten vor.
Wir begreifen unser Agieren also als Erproben von Möglichkeiten, die uns als konkreten Personen zum jetzigen Zeitpunkt offen zu stehen scheinen. Wir versuchen die Konsequenzen unseres Tuns und Lassens abzuschätzen, wissen, dass dabei noch viele unbekannte Variablen zurückbleiben und versuchen diese dann anschließend, auch mit Hilfe anderer, zu rekonstruieren und zu reflektieren. Andere Herangehensweisen halten

wir momentan für kontraproduktiv.

III ...und Jean Luc Picard sagt: „ Energie! „

Soviel zum Thema Aha-Erlebnisse und eigene Befindlichkeit. Nun zum viel beschworenen Konkreten: Wie schon erwähnt, beteiligen wir uns an der Vorbereitung eines, von uns ursprünglich als Konferenz betitelt- und konzipierten, Forums im Vorfeld des diesjährigen Grenzcamps. Unsere Ausgangsidee für diesen erstmalig verfügbaren Raum war es, eine Reihe von Veranstaltungen zu organisieren, die unserer gerade dargestellten Auffassung gerecht wird. In drei Stufen wollten wir Gesellschaftskritik und Rassismusanalyse einander näher bringen. Auf der ersten Stufe sollten verschiedene Herangehensweisen an das Phänomen Gesellschaft einführend vorgestellt werden (vom ollen Marx beeinflusst: Kritische Theorie, Regulationstheorie, (Post)Operaismus, weiterhin: postmoderne Ansätze und Systemtheorie). Auf einer zweiten Stufe sollte das Verständnis des Phänomens Rassismus-Antirassismus aus der jeweiligen Perspektive erarbeitet werden, bevor auf der dritten und letzten Stufe die verschiedenen Ansätze an konkreten Themen und Fragestellungen miteinander auf einem Podium in Diskussion treten und zusammengeführt werden sollten.

Außer uns haben sich auch andere Gruppen und Einzelpersonen Gedanken über die inhaltliche und formale Gestaltung dieser Tage gemacht und - wenn auch eher spät - ihre Vorstellungen kommuniziert. Diese gingen inhaltlich eher in Richtung einer ausführlichen internen Auseinandersetzung über Fragen, die gerade auch im letzten Jahr für viel Bewegung gesorgt haben und seitdem zu verschiedenen Anlässen vertieft wurden[3]. Ihnen geht es wie auch uns um eine Reflexion der eigenen Realität, die jedoch erst einmal andere Fragen nahelegt als unsere. Nach anfänglichem Hin und Her haben wir deshalb unsere Pläne modifiziert und in das offenere Konzept des Forums eingepasst. Dies sollte jedoch nicht als Akt der Beliebigkeit missverstanden werden, weil wir auch in dieser offeneren Form noch immer unser Ziel verfolgen und uns lediglich der Herausforderung bewusster geworden sind, die darin besteht, unsere eher abstrakte Ebene mit der konkreteren Ebene, auf der sich das Forum vorwiegend bewegen wird, zu vermitteln. Es geht um die selben Sachen, das eine hat eine Relevanz für das andere. Die Frage, an der wir uns auf dem Forum messen lassen wollen, ist, inwiefern uns die Kopplung gelingt.

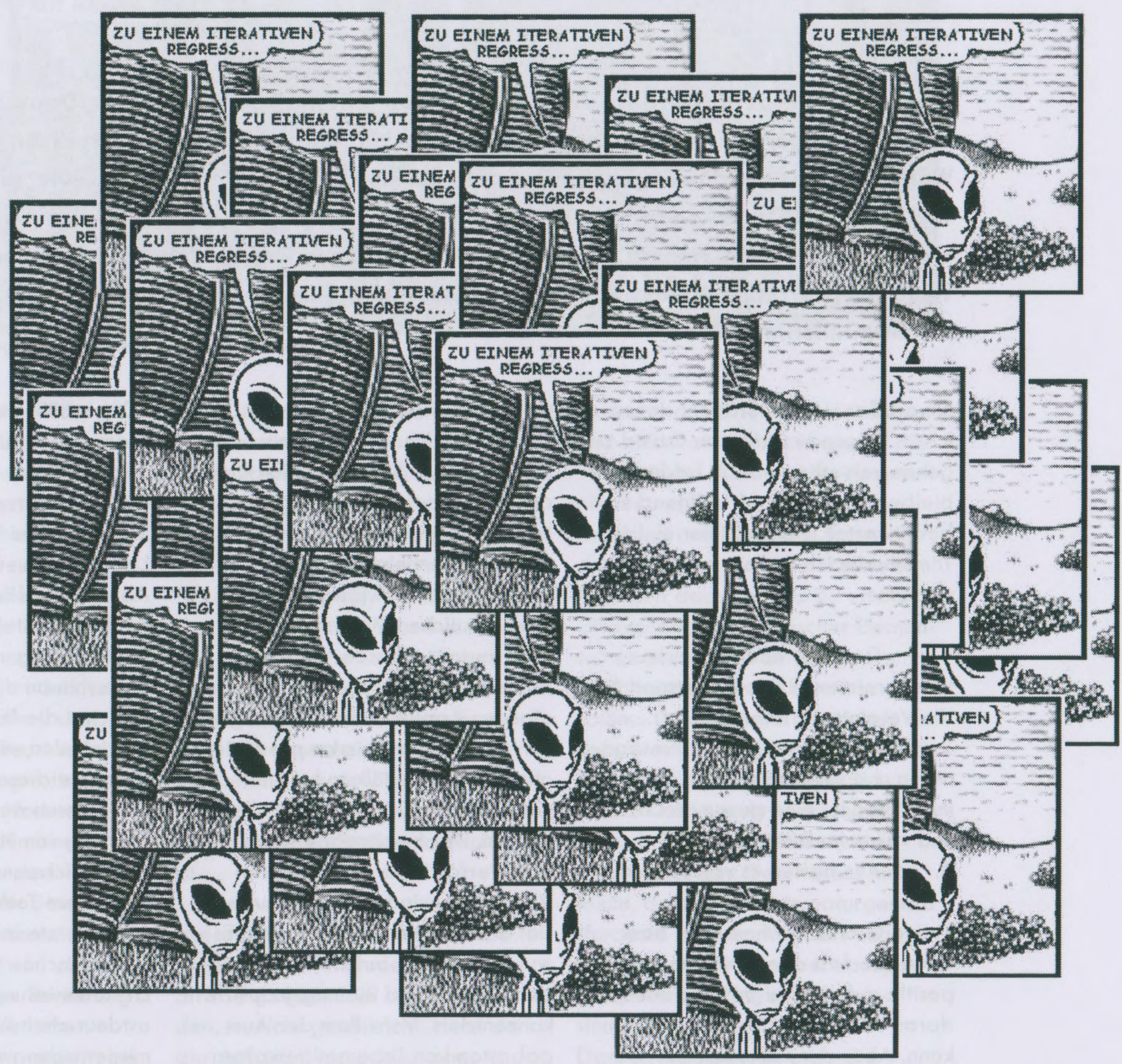
Doch hier nun die konkreten Pläne: Das Auftaktforum „Antirassismus ausbuchstabiert" (31.07. - 03.08.2003) soll die Möglichkeit bieten, Diskussionen, die sonst auf dem Camp stattgefunden haben, vorab in Ruhe und ohne Aktions- und Plenastress im Rahmen von Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen zu führen.
Zentral dabei wird die grundsätzliche Debatte um die verschiedenen Auffassungen von antirassistischer Politik sein, die sowohl im bundesweiten Grenzcampzusammenhang, als auch im kein Mensch ist illegal – Netzwerk seit geraumer Zeit geführt wird. Diese dreht sich vereinfacht gesprochen um folgende Fragen: Heißt Antirassismus notwendigerweise, eine intensive Kooperation zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund zu praktizieren? Inwieweit muss Antirassismus immer auch praktische Soliarbeit für und mit Flüchtlinge(n) und MigrantInnen beinhalten? Wie lässt sich das Verhältnis von staatlichem zu gesellschaftlichem Rassismus bestimmen? Sollte linker Widerstand stets alle Herrschaftsverhältnisse im Auge behalten, auch wenn er einen bestimmten, z.b. antirassistischen Fokus wählt?

Unser Beitrag zum Forum wird sich an der ursprünglichen Idee für die Konferenz orientieren. Wir haben verschiedene ReferentInnen angefragt, die ihre jeweiligen Ansätze, Gesellschaft und Rassismus zu denken, vorstellen sollen. Dabei handelt es sich grob um die Ansätze der kritischen Theorie, der Systemtheorie und postmoderner/ poststrukturalistischer Konzeptionen. Wesentliche Eckpunkte, die zusammen mit den ReferentInnen diskutiert werden sollen, sind: Veränderungen und Differenzierungen des Rassismus/ Neorassismus, Möglichkeiten und Grenzen von Aufklärung, Abhängigkeit bzw. funktionelle Autonomie von Kapitalismus und Rassismus. Die Positionierung zu diesen Fragen bildet unserer Meinung nach einen wesentlichen Hintergrund des eigenen politischen Verständnisses und ermöglicht dessen Reflexion: Welche Relevanz hat Rassismus in der Gegenwart, mit welchen anderen gesellschaftlichen Phänomenen muss Rassismus wie zusammengedacht werden, wie bestimmt sich das Verhältnis zur Bevölkerung, welche Aktionsformen können fruchtbar gemacht werden

[4] www.nadir.org/nadir/kampagnen/kongress03/

etc.

Desweiteren werden wir zusammen mit der Grenzcamp-AG Bremen die Auftaktveranstaltung vorbereiten. In dieser wollen wir die zentralen Herangehensweisen innerhalb des linken Antirassismus miteinander in Diskussion treten lassen. Eine der aktuellen Debatten, die an dieser Stelle dann fortgesetzt werden wird, firmiert unter dem Stichwort der „Reökonomisierung des Antirassismus" bzw. der „Autonomie der Migration". Im Zuge dieser Diskussion, aber auch aufgrund der verstärkten Selbstorganisation von MigrantInnen und damit deren Teilhabe an sonst fast ausschließlich weiß/deutsch geprägten Debatten, hat sich die Wahrnehmung von MigrantInnen stark gewandelt. Sie werden nicht mehr nur als Flüchtlinge, die unserer paternalistischen Zuwendung bedürfen, betrachtet, sondern zunehmend als handelnde Subjekte wahrgenommen. Damit verbunden wird die Prekärisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren je individuellen Ausformungen als eine Anschlussstelle verschiedener Ansätze heiß diskutiert werden. An diesem Punkt können und müssen u.a. Rassismus, Sexismus und Kapitalismus in Verbindungen gedacht und -bekämpft werden.



Angedacht ist ein Podium, auf dem VertreterInnen der unterschiedlichen Ansätze kurze Inputreferate halten, um diese dann gemeinsam mit allen Anwesenden zu diskutieren.

Als Orientierung für die inhaltliche Bandbreite und die Schwerpunkte des Forums möchten wir auf den im folgenden dokumentierten Aufruf verweisen und auf die Einladung zum Forum selbst[4].

[4] www.nadir.org/nadir/kampagnen/kongress03/

Resümee: Trotz aller neu gewonnenen Energie werden wir uns dieses Jahr vor allem vom Primat des Zuhörens leiten lassen. Wir werden in erster Linie als Fragende nach Köln reisen und hoffen an fruchtbaren Diskussionen teilnehmen zu können. Vielleicht sieht mensch sich ja...

THOMAS GOERTZ (incipito)

Geboren am 17. Juni – die deutsche Einheit?

Alleine in Leipzig werden am und um den ehemaligen „Tag der Deutschen Einheit" 60 Veranstaltungen stattfinden. Der absolute Overkill, um den Tag dem Vergessen zu entreißen. Worum geht es bei diesem Tag? Was ist da passiert? Was waren das für Leute, die sich am 17. Juni 1953 in der DDR erhoben haben? Faschistischer Mob? Kämpfer gegen den Kommunismus? Und wie macht den Umgang mit diesem Datum im heutigen Deutschland so besonders? Und vor allem: Warum schert sich niemand darum? Weder kommunistische Gesellschaftskritiker noch linke AntikapitalistInnen?

Ein großer Haufen Fragen, denen ich im Folgenden auf den Grund zu gehen versuchen wollte. Leider bleiben sie nur unbefriedigend zu beantworten. Deshalb hier einige Thesen, die ich im Text zu stützen versuche:

1. Der Aufstand war nicht von vornherein explizit ein Aufstand für die Vereinigung Deutschlands.
2. Sein Verlauf, seine Protagonisten und seine Rezeption geben ihm trotzdem eine gesamtdeutsche und völkische Dimension.
3. Alle haben es verschlafen.

Meine Grundannahme war, dass wenn sich fast alle Deutschen positiv auf ein Ereignis beziehen, daran rein gar nichts Positives sein kann. Aber der Reihe nach.

In einer politischen Weltlage, acht Jahre nach dem Ende des von den Deutschen verbrochenen zweiten Weltkriegs, liegt der sowjetische besetzte Sektor Deutschlands wirtschaftlich am Boden. Die Löhne sind erbärmlich niedrig, die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist weder gesichert noch zufriedenstellend.
Die Produktivität reicht nicht aus, um die notwendigen Güter wie Lebensmittel zu produzieren. Verschärft wird die Situation durch die aufzubringenden Reparationsleistungen an die Sowjetunion. Außerdem scheint ein Krieg zwischen dem sowjetischen und dem westlichen Machtblock nicht mehr ausgeschlossen, so dass außerdem mit dem Aufbau einer eigenen Armee in der DDR begonnen wird. Es wurde also produziert, ohne für die Bevölkerung die notwendigen Güter bereitstellen zu können. Der beginnende Kalte Krieg erforderte also weiteren Verzicht, zumindest in den Augen der Staats- und Parteiführung. Es wurde sich also auf den Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie konzentriert. Vor allem der Ausgabestop von Lebensmittelkarten an weite Teile der Bevölkerung führte dazu, dass der Unmut wuchs und die prekären Lebensumstände sich weiter verschärften. Von den ohnehin erbärmlich niedrigen Löhnen musste nun ein noch größerer Teil in den HO-Läden ausgegeben werden, in denen zusätzlich die Preise angehoben wurden. Schließlich verkündete die Regierung am 28. Mai 1953, dass die Arbeitsnormen in den Betrieben um 10% erhöht würden, um die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass dies für weite Teile weitere Lohneinbußen und eine weitere Absenkung des Lebensstandards zur Folge hatte. Die stalinistische DDR-Führung um Ulbricht hielt weiterhin an diesem Kurs fest und ersuchte die Regierung der Sowjetunion um wirtschaftliche Hilfe, die diese jedoch ablehnte. Stattdessen riet sie der DDR-Führung, von ihrer harten Linie abzuweichen.
Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 setzte in Moskau unter Chruschtschow eine Entstalinisierung ein, die von der ostdeutschen Regierung so nicht mitgetragen wurde, wie sich eben an der Erhöhung der Arbeitsnormen zeigen lässt. Die neuen Machthaber im Kreml erkannten, wie bedrohlich die Situation in der DDR wurde und verordneten ein anderes Vorgehen. Am 9. Juni schließlich verkündete das Politbüro nun einen „Neuen Kurs". Die unpopulären und für viele existenzbedrohenden Verordnungen der Regierung wurden größtenteils wieder rückgängig gemacht. So



17. Juni, 1953: Großkundgebung auf dem Oranienplatz in Kreuzberg

wurde z.B. am 11. Juni 1953 der Beschluss über die Beschränkung der Ausgabe der Lebensmittelkarten wieder zurückgenommen. Ein erklärtes Ziel des Neuen Kurses war auch die Einheit Deutschlands. Was jedoch in Kraft blieb, waren die Beschlüsse über die Anhebung der Arbeitsnormen. Knapp einen halben Monat nach ihrem letzten Beschluss, der dem Aufbau des Sozialismus dienen sollte, wurde also eine Kehrtwendung vollzogen, die sich fast schon als Notbremse bezeichnen lässt, um den immer offensichtlicher werdenden Unmutsbekundungen der Bevölkerung Herr werden zu können. Die Parteiführung gestand ein, „dass seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde." Da sich die Regierung aber weigerte, die Erhöhung der Arbeitsnormen zurückzunehmen, reichten die Maßnahmen des „Neuen Kurses" nicht aus, um die Stimmung zu beruhigen.
So kam es dann am Morgen des 16. Juni in Berlin zu einer ersten größeren Demonstration, die sich den ganzen Tag über hinzog. Im Laufe des Tages wurden es immer mehr Demonstranten, Betriebe und Arbeitsstätten wurden verlassen. Dies setzte sich am 17. Juni in der fast allen größeren Städten der DDR fort, obwohl die Regierung, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Herr der Lage war, die Rücknahme der Normerhöhung schon verkündet hatte, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Ich werde hier nicht näher beschreiben, wie genau die beiden Tage verlaufen sind, da dies nicht mein Hauptinteresse war und es an vielen anderen Stellen nachzulesen ist.

Interessant ist, mit welchen Forderungen die Streikenden auf die Straße gingen. Dies herauszufinden, ist nicht ganz leicht, denn da der Aufstand tatsächlich eher spontan war als durchorganisiert, sind auf Fotos kaum Transparente zu sehen, die klarmachen, worum es den Protestierenden ging. Auch sind die Berichte über den Aufstand meines Erachtens in weit größerem Maße zur Propaganda gebraucht und geschrieben worden, als es bei anderen geschichtlichen Ereignissen der Fall ist. Der Westen hat noch am selben Tag u.a. mit dem Sender RIAS versucht, den Streik zu beeinflussen und sofort als Aufstand gegen die stalinistische Diktatur, den Kommunismus und die angebliche Unterdrückung und künstliche Trennung des deutschen Volkes darzustellen. Im Osten dagegen wurde er als „Provokation faschistischer Elemente" gedeutet, die den jungen sozialistischen Staat zerstören sollten. Der Aufstand wurde als vom Westen inszeniert dargestellt. Beides ist, wie leicht vermutet werden kann, nicht wirklich haltbar. Jedoch fällt eine differenzierte Beurteilung des Geschehens nicht leicht, da die Berichte naturgemäß durchaus widersprüchlich sind und von beiden Seiten extrem propagandistisch aufbereitet worden sind.
Dass es nicht stimmt, dass die Aufstände vom Westen gesteuert wurden, lässt sich daran messen, dass selbst westliche Geheimdienste, u.a. die „Organisation Gehlen", Vorläufer des BND, französische Geheimdienste und andere Stellen den Aufstand in ihren Berichten als von Moskau gesteuerte Aktionen sahen, die dem Ziel der Vereinigung Deutschlands unter sowjetischen Prämissen dienen sollten. Sie waren eher überrascht, dass es zu

derartigen Ereignissen kam.

Die umgekehrte Deutung des Westens, es sei von vornherein ein Aufstand gegen die „Ungerechtigkeiten", die dem deutschen Volk angetan wurden (Teilung, Kommunismus) lässt sich so auch nicht uneingeschränkt halten. Aus Berichten von Teilnehmern und Beobachtern des Aufstandes ist zu entnehmen, dass es den Streikenden zunächst tatsächlich um die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen, niedrigere Preise im HO und also um bessere Lebensbedingungen ging. Auch auf Nachfrage des RIAS-Reporters sagen die meisten, dass weitergehende Forderungen, zumindest am 16. Juni, zunächst nicht erhoben wurden. Jedoch lassen sich hier auch andere Stimmen finden, die behaupten, dass das Ziel des Aufstandes von Anfang an ganz klar die Beseitigung des Regimes gewesen sei. Die Forderung nach Rücknahme der Normerhöhung und Senkung der Preise im HO jedenfalls waren zentrale Forderungen, die sich auch am 17. Juni wiederfanden.
In einem Geheimbericht des Prawda-Korrespondenten in Berlin, Naumow, an die Prawda in Moskau und Chruschtschow ist dies nachzulesen. Er hat u.a. die Parolen der Streikenden gesammelt. Es waren Forderungen nach Senkung der Normen, Preissenkung im HO, Verbesserung der Versorgungslage usw. Zwar wurden auch am 16. Juni schon freie Wahlen gefordert, aber für den 17. Juni vermerkt er: „Zu den Losungen des vorhergehenden Tages kamen neue hinzu: 'Nieder mit der Regierung Grotewohl!' 'Nieder mit dem SED-Regime!'"
Es ist also festzuhalten, dass der Aufstand nicht von vornherein einer gegen etwas war, den Sozialismus oder das, was man dafür hielt, sondern für etwas, nämlich bessere Lebensbedingungen.
Für sich betrachtet, ist das natürlich ein verständlicher Grund für die Streiks, die sie zunächst einmal nicht in ein schlechtes Licht rücken müssen. Trotzdem verbietet es sich, sich in irgendeiner Weise positiv auf den 17. Juni zu beziehen. Dafür gibt es eine Reihe von guten Gründen.

»Es gibt ein Maß von Demütigung, von seelischer und materieller Not, das kein Volk zu ertragen vermag. Diese Not war es, die friedliebende deutsche Arbeiter mit bloßen Händen gegen ihre Unterdrücker angehen ließ.«
Jakob Kaiser, Minister für gesamtdeutsche Fragen

Denn die Streiks sind keineswegs so unschuldig, wie sie zunächst erscheinen mögen.
So kam es am 17. Juni, ca acht Jahre nach Ende des von den Deutschen verbrochenen Zweiten Weltkriegs, bei den Streiks zu massiven Ausschreitungen gegen Russen und Leute, die man für 'Russenfreunde' hielt. Nachdem die sowjetische Armee in Berlin in den Straße zu patrouillieren begann, um das SED-Regime zu stützen, begannen Streikende, gegen russische Transportfahrzeuge und Panzer vorzugehen. Dabei blieb es aber nicht. In seinem Bericht spricht Naumow davon, dass er von Jugendlichen bedroht wurde und mit den Worten „Russen, steigt aus!" gezwungen wurde, sein Auto zu verlassen. Im Laufe des Tages wurden die Übergriffe heftiger, Scheiben russischer Geschäfte gingen zu Bruch. Die Angriffe der Menge richteten sich nicht allein gegen die sowjetische Armee. Menschen wurden beschimpft und bedroht, weil sie „bei Russen" arbeiten. „Man muss zugeben, dass in der Volksmasse ein Hass gegen die sowjetischen Menschen erhalten blieb und jetzt wieder aufflammte," schreibt Naumow über den 17. Juni.
Aus den Streiks für bessere Lebensbedingungen wurde im Laufe von nur zwei Tagen auch ein Aufstand gegen die als fremde Unterdrücker angesehenen Russen. Dieser Hass richtete sich kollektiv gegen alles russisch/sowjetische, nicht nur gegen die Sowjetarmee. Der Verdacht liegt nahe, dass es hier darum ging, als 'freies Volk' wiederaufzuerstehen. Diese These lässt sich noch weiter untermauern. So wurden auch Forderungen erhoben, die ganz eindeutig revanchistischen Charakter haben, z.B. nach Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland.
In der LVZ vom 2. Juni 2003 findet sich ein Artikel, in dem ein ehemaliger Angehöriger der Kasernierten Volkspolizei den 17. Juni aus seiner Sicht beschreibt. Laut seiner Schilderung tat er am heutigen Volkshaus, damals Sitz des FDGB, Dienst, um zu verhindern, dass es von der aufgebrachten Menge gestürmt wurde, wobei er sich als „Russenknecht" beschimpfen lassen musste. Angeblich wurden dabei keine Schußwaffen gegen die Demonstranten eingesetzt. Das mag der Wahrheit entsprechen oder nicht. Seine Frau berichtet, dass sie an ihrer Haustür kurz darauf einen Zettel vor fand: „Hier wohnt Krannich – er schießt auf Deutsche". Ein Schuss auf Russen wäre wohl nicht so schlimm gewesen.
Eines der bekanntesten Fotos vom 17. Juni zeigt Menschen, die mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne am Brandenburger Tor laufen. Mit Sicherheit hatte das Tragen dieser Fahne in dieser Situation einen anderen Bedeutungsgehalt als heute. Es war das Bekenntnis zu einer Einheit der beiden Teile Deutschlands und damit Ausdruck des Wunsches, die ungeliebte Besatzungsmacht zu vertreiben, um



Berlin, 17. Juni 1953: Arbeiter ziehen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durch das Brandenburger Tor

zur deutschen Souveränität zu finden. Wie man sich schon vor dem zweiten Weltkrieg in eine Verteidigungsposition gegenüber dem Bolschewismus halluzinierte, so wähnte man sich jetzt wieder der Bedrohung durch eine fremde Macht ausgesetzt.

Wie immer scheinen mit Steinen gegen Panzer vorgehende Protestierende zunächst die Sympathien zu Recht für sich zu gewinnen. Ein kurzer Blick auf die Geschichte würde schnell verraten, wer hier Opfer und wer Täter ist. Es soll nicht bestritten werden, dass es der Bevölkerung erbärmlich schlecht ging. Die Frage, warum eigentlich die Sowjetarmee Besatzungsmacht war, weil nämlich die Deutschen ganz Europa in Schutt und Asche gelegt hatten und Menschen zu Millionen industriell töteten, verschwand hinter dem Wunsch, einen neuen, großen deutschen Staat aufzubauen. Das Leid derer, die Europa von den Deutschen befreit haben, spielt bei den Streikenden natürlich keine Rolle. Die völkische Komponente hat sich also durchaus in den Ereignissen widergespiegelt.

In diesem Sinne haben also diejenigen Recht, welche heute in den Diskussionen zum Umgang mit dem 17. Juni behaupten, dass die 1989er Revolution erst das vollendet hat, was die Aufständischen bereits 1953 wollten. Nämlich ein neues, großes Deutschland ohne Kontrolle durch eine 'fremde Macht'. Die völkische Ideologie, welche auch 1989 sich Bahn brach, als mit der Parole „Wir sind ein Volk" die endgültige Rückkehr Deutschlands in den Kreis der 'normalen Staaten' besiegelt wurde, war auch 1953 nicht fremd. Sie haben aber Unrecht, wenn sie behaupten, dass der Aufstand von 1953 von Anfang an einer für eine Vereinigung der beiden damaligen deutschen Staaten gewesen sei, dass es der vorrangige Wunsch all derer war, die streikten.

In der westlichen Rezeption des Aufstandes von 1953 bis heute zieht sich trotzdem dieser Rote Faden durch: So hielt der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser auf einer Trauerkundgebung eine Woche nach den Aufständen eine Rede, in der er sagte: „Der 16. und 17 Juni waren der Aufstand des Menschen

gegen ein Diktatsystem ohne Menschlichkeit, es war der Aufstand gegen die Unnatur, ein Volk zu zerreißen, es war der Aufstand gegen den Wahn, 18 Millionen in menschenunwürdiges System zwingen zu wollen." Auch „Das Parlament" Nr. 24 vom 16. Juni 1954 wusste es schon: „Die Einheit des deutschen Volkes mag noch auf längere Zeit unterbunden werden, im Herzen aller Deutschen lebt sie unbeeinträchtigt fort, und dies gibt uns, [...], die Berechtigung, den denkwürdigen Tag des deckt, mit dem sich Deutschland als ein geläuterter Staat präsentieren konnte, der seine braune Vergangenheit abgeschüttelt hatte und nun zu einem Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie stilisiert werden konnte. Damit lässt sich eine moralische Überlegenheit begründen, die anzugreifen notwendig wäre.

Wenn sich dieses Datum also so nahtlos einreiht in deutsches Denken, wenn sich damit deutsche Politik begründen lässt, warum hat

»Wer die Kolonnen marschierender deutscher Jugendlicher hinter den Bildern *asiatischer* Machthaber betrachtet, wer die uns weltfremden Phrasen verbohrter Ideologen in Zeitungen deutscher Sprache liest, wer deutsche Männer und Frauen unter dem Zeichen aberwitziger Hochleistungsparolen ihr Dasein führen sieht, möchte zunächst daran zweifeln, hier noch Menschen und Äußerungsformen des eigenen Volkes vor Augen zu haben.«

aus: Das Parlament, Nr. 24, 16. Juni 1954, S.1

17 Juni als ein Unterpfand und ein Symbol nationaler Zusammengehörigkeit, auch wenn sie praktisch gegenwärtig nicht besteht, mit feierlichem Ernst zu begehen." War die Vereinigung eigentlich eher ein Ziel der DDR-Regierung gewesen, ließ sich nun mit der völkischen Karte auch im Westen gut Politik machen. Die Teilung Deutschlands wurde als leidvolle Erfahrung eines Volkes gedeutet, die es zu überwinden gelte.
Im Laufe der Jahre, bis 1989 geriet der Tag zunehmend in Vergessenheit, obwohl er im Westen der „Tag der deutschen Einheit" war. Nach 1989 gerieten die Aufstände von 1953 schließlich zu einer Entäußerung des Willens der Deutschen zur Einheit, die sich nun auch mit Fakten untermauern ließ. Manfred Stolpe nannte sie in einem Interview in „Die Welt" vom 31. Mai 2003 „eine mit Blut getränkte Aktion in Ostdeutschland für ganz Deutschland."
Der 17. Juni wurde als geschichtspolitisches Mittel entdann keine Gruppe sich dieses Datums angenommen? Es sollte in eine Reihe gestellt werden mit den Gedenken an den Jahrestags der Kapitulation bei Stalingrad, die jährlichen Festlichkeiten zur Vereinigung usw. Es wäre eine gute Möglichkeit gewesen, gegen deutsche Geschichtsmythen vorzugehen. Es hätte die Chance geboten, die Deutschen damit zu konfrontieren, wozu deutsche Freiheits- und Demokratieliebe befähigten und befähigen. Sowohl in den Aufständen selbst als auch und vor allem in der heutigen Rezeption hätten sich genügend Anknüpfungspunkte finden lassen. Es wurde verschlafen.

the hive mind

Warum das Ende der Ideologie der monogamen Paarbeziehung die kommunistische Revolution begünstigt.

Sexuelle Freiheit ist in einer unfreien Gesellschaft so wenig wie irgendeine andere zu denken.
(Adorno)

Beginnen möchten wir mit der Darlegung einiger uns grundlegend erscheinender Punkte aus dem Bereich des Gender-Diskurses. Diese sind an verschiedenen Stellen bereits ausführlicher diskutiert worden und sollen daher hier nicht intensiv ausgeführt oder argumentiert werden.

Das soziale Geschlecht (gender) ist im Gegensatz zum genetischen (sex) nicht biologisch fixiert, sondern wird durch strukturelle Merkmale der Gesellschaft und psychologische Prozesse ausgelöst und reproduziert. Damit ist das soziale Geschlecht und dementsprechend auch das ungleiche (asymmetrische) Geschlechterverhältnis zwischen Menschen keineswegs natürlich, sondern historisch geworden und im heutigen gesellschaftlichen Falschen von eben diesem durchdrungen. Der Wahnsinn der aktuellen Gesellschaftsform ist zwar wesentlich jünger als das asymmetrische Geschlechterverhältnis und doch ist er eine Voraussetzung dieser Asymmetrie.

Einer radikalen Kritik am Geschlechterverhältnis geht es demnach nicht um eine simple Gleichstellung der biologischen oder sozialen Geschlechter, die im bürgerlichen Sinne doch nur einen besseren Zugang zur Verwertung unter männlichem Prinzip[1] bedeuten kann, sondern um deren Abschaffung. Grundsätzlich also der Auflösung einer festen Zuordnung von Menschen zu Geschlechtern. In Konsequenz bedeutet dies „das Ende von Frau und Mann, wie wir sie kennen."

Die hier vorliegende Kritik soll ihr Augenmerk auf das im wesentlichen binarisierte[2] Geschlechterverhältnis richten und dabei seine religiöse und gesellschaftliche Prägung und das erzeugte individuelle Elend erhellen. Die im allgemeinen unreflektierte soziale Standardstruktur der Assoziation zwischen Menschen ist die monogame Paarbeziehung. Wie allem ist dieser unter den aktuellen gesellschaftlichen Voraussetzungen schon einmal grundsätzlich kritisch zu misstrauen. Speziell wollen wir von der üblichen gesellschaftlichen Ebene der Kritik auch auf eine eher individuelle Ebene übergehen. Dies hat den Vorteil einer plastischen, im Konkreten entfalteten Kritik am individuellen Verhalten der LeserInnen und den Nachteil eines gewissen Verlustes an gesamtgesellschaftlicher Abstraktion. Dieses Risiko gehen wir ein. Seine Entfaltung findet das falsche Verhältnis der Menschen untereinander in seiner Verwebung mit religiöser Ideologie[3] und individueller Reproduktion der die falsche Gesellschaftsform durchdringenden Herrschaft. Die Kritik der Religion als (zumindest historisch) formender Bestandteil des Geschlechterverhältnisses und der Binarisierung der Assoziation (Verknüpfung) von Individuen soll nur kurz umrissen werden. Die notwenige Denunziation vor allem der jenseitsbezogenen Religionen ist uns Voraussetzung für weitergehende Gesellschaftskritik.

Das religiöse Elend.

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist." *(Marx)*

Der vielgepriesene religiöse Trost ist nicht mehr als die Vertröstung auf das hochgelobte Jenseits. Auf dieses jedoch können und wollen wir beim besten Willen nicht warten.

Findet das „säkularisierte Judentum" noch durchaus Anknüpfungspunkte an kommunistische Kritik[4], so muss der messianische Glaube

[1] Siehe dazu den Text von Martin D. „Sexismus und Sexualität" im CEE IEH 74

[2] Binarisierung wird im Kontext dieser Veröffentlichung als „immer genau zwei Menschen betreffend" verwendet. Wir verwenden binarisiert (an Stelle von binär), weil unseren Thesen nach diese „Zweisamkeit" strukturell von verschiedenen Faktoren erzwungen ist.

[3] An dieser Stelle sei bemerkt, dass unsere Ausführungen einen eher westlichen Blickwinkel einnehmen. Die Verhältnisse in anderen Regionen der Welt sind uns unvergleichlich weniger detailliert und teilweise nur aus fragwürdigen Quellen bekannt. Es ist anzunehmen, dass diese zumindest in religiöser und gesellschaftlicher Hinsicht ähnlich scheiße sind.

[4] Nachzulesen beispielsweise in „Die Möglichkeit der Revolution" ...,

doch weit hinter einer praktischen, von Menschen gemachten - und nicht nur erwarteten - emanzipierten Aufhebung der Verhältnisse zurückbleiben. Die materielle Nichtexistenz des „Subjektes" Gott können wir natürlich nicht beweisen, da dies durch seine antimaterialistische Beschaffenheit logisch verunmöglicht ist.
Atheismus gewinnt allerdings gesellschaftskritische Relevanz, wenn Religion einer Befreiung des Menschen im Weg steht. Die religiöse Negation der Welt als solche, Fortschrittsverneinung und Lustverachtung stehen kommunistischer Gesellschaftskritik unversöhnlich entgegen.

Sich kritisch wähnende ChristInnen bringen ihren lieben Gott gern mit der Ablehnung seiner Kirchen, also des faktischen Christentums, aus der materialistisch geerdeten Kritik. Sie hoffen mit der bloßen Negation der Institution den Glauben und die Religion retten zu können. Die Tradition der Kreuzzüge, ein Papst mit jahrhundertealten und gefährlichen Moralvorstellungen und eine Kirche, die in ihrer Prunksucht die Lüge unerträglich werden lässt können einem(r) den Glauben schon verderben. Aber was bleibt an „Göttlichem", wenn sich auch die Märchen der Bibel von Adam und Eva an moderner Genetik blamieren müssen und aller Wahrscheinlichkeit auch die heute in greifbare Nähe gerückte Erkenntnis über den Ursprung des Universums absehbar zu Ungunsten Gottes ausgeht ? Wenn Gott aber Ausdruck menschlicher Bedürfnisse sein soll, wozu dann Gott ?
Die psychisch unreife (Freud) und irrationale Annahme eines Subjektes „Gott" ist uns überflüssig, weil sie nichts erklärt. Die Illusion ist der Feind der Veränderung. Gott wird daher abermals zum Feind der sinnlichen Vernunft und es wird von essentieller Bedeutung ihm den Krieg zu erklären.

Ohne Verständnis der Unwürdigkeit ihres „Glaubens" für sie selbst und für ihre Zeit werden die Gläubigen ohne Zweifel Gottes verwesten Kadaver weiter anbeten müssen. Und so muss ihr Glaube die Liebe und die Vernunft der Ehre Gottes opfern.[5]
Unser menschliches und damit kommunistisches Bedürfnis ist das „sinnliche Leben" in „Luxus, Lust und Intellekt"[6]. Dieses Leben fände in Abgrenzung vom bestehenden gesellschaftlichen Konsens von religiöser Moral statt. Es kann nur in Abwesenheit Gottes und in einiger Entfernung von Arbeit realisiert werden.

Das gesellschaftliche Elend: Arbeit

Durch den besinnungslosen Hass der VerteidigerInnen von Arbeit und Kapital[7], die selbst angesichts der unübersehbar anschwellenden Massen, der nicht mehr in die kapitalistische Verwertung zu integrierenden, aber ebenso besinnungslos Arbeitssuchenden, scheint unübersehbar die unreflektierte Ahnung davon hindurch, um wie viel schöner und sinnlicher das eigene Leben hätte sein können. Übertroffen werden jene, die ohne ihre geliebte Arbeit auch nicht essen möchten, nur von denen, die keine haben und umso rücksichtsloser nach ihr verlangen. Beiden Gruppen ist gemeinsam, dass ihnen für eine erfüllte sinnliche Assoziation zwischen Individuen kaum Zeit bleibt. Neben den vielen anderen guten Gründen[8] ist auch deshalb eine Abschaffung der Arbeit anzustreben. Die kümmerlichen Reste, die von den menschlichen Beziehungen der bürgerlichen Subjekte zueinander übrig bleiben, erinnern sie nur schmerzlich daran, wie sehr sie auch in dieser Hinsicht ihre Zeit vergeuden. Ihre museumsartig eingerichteten, verstaubten Wohnungen und Häuser spiegeln trefflich die Leere ihrer Leben wieder. Sie scheinen kein Empfinden für wirkliche Freiheit zu haben. Und wenn sie jemals eines hatten, als sie angeblich jung waren, dann ist dieses schon lange verloren.

Dies ist ihr Leben und soll auch unseres werden, wenn man ihnen und dem was sie einschließt glaubt. Dieses Angebot lehnen wir dankend ab.

Die Ideologie der monogamen Paarbeziehung

Eine Verknüpfung zwischen Individuen, die einen emanzipierten Zustand anstreben, müsste sich zwangsläufig von den Strukturen der in Herrschaft verkommenen sozialen Standardstruktur - der monogamen Paarbeziehung - entfernen. Diese Ansicht stützt zuerst auf vier Thesen bezüglich der gesellschaftlichen Relevanz einer solchen Praxis:

(1) Der gesellschaftlichen Dialektik von Produktion und Reproduktion sind eindeutig die sozialen Geschlechter Mann und Frau zugeordnet. Dieser Funktionalität des arbeitenden „Mannes" und der, sich dem männlichen Prinzip unterordnend, heute ebenso arbeitenden und zusätzlich für die Reproduktion verantwortlichen „Frau" ist perfekt die soziale Struktur der binarisierten und monogamen Paarbeziehung angepasst.
Die monogame Paarbeziehung und ebenso die durch Kinder angereicherte konventionelle Kleinfamilie entsprechen heute also strukturell der kapitalistischen Gesellschaft und sind für diese funktional.
Ein Bruch mit diesen Strukturen wäre eine potentielle und begrüßenswerte Störung und Infragestellung des gesellschaftlich dominierenden patriarchalen Prinzips und damit der Gesellschaft selbst.

...BgR Leipzig, in Phase2 Ausgabe 6 (www.phase-zwei.org)

[5] Frei nach Ludwig Feuerbach, in: K-H. Weger: Religionskritik von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Freiburg 1979, S. 78-93

[6] Entnommen aus „Solidarität mit Israel" (Antifa X Recklinghausen) www.re.antifa.net

[7] Ein(e) „VerteidigerIn des Kapitals" ist keinesweg eine(r), den VulgärmarxistInnen als KapitalistIn bezeichnen würden. Wir meinen jede(n) der/die am bestehenden Produktions- und Reproduktionsverhältnis nichts auszusetzen hat und damit Staat, Arbeit und Geld nicht abschaffen möchte. Das Kapital bzw. Kapitalismus ist grundsätzlich ein apersonales abstraktes Prinzip und Verhältnis, welches alle Menschen beherrscht. Nie sind also Einzelpersonen gemeint.

[8] Nachzulesen beispielsweise im „Manifest gegen die Arbeit" der Gruppe Krisis (www.krisis.org)

(2) Die in der abgeschlossenen Zweisamkeit dieser Paarbeziehungen praktizierte Unterwerfung aus Liebe realisiert und reproduziert das binarisierte Geschlechterverhältnis und macht damit seine Asymmetrie erst möglich. Eine nicht-binarisierte Assoziation zwischen Menschen würde die abzulehnende geschlechtliche Rollenzuordnung, welche nicht ohne Grund ebenso binarisiert ist, mindestens erschweren.

(3) Zwar sind *„wir selbst - Männer und Frauen - das Partriarchat“* (R.Scholz), doch ebenso sind die individuell falschen Strukturen historisch auch von Religion und warenproduzierendem Patriarchat geformt worden. Die falsche Struktur ist daher auf beiden Ebenen (individuell und gesellschaftlich) abzuschaffen.

(4) Den in der bürgerlichen Gesellschaft aufgewachsenen Individuen wurde zumeist eine Vorstellung von sinnlichem Glück implementiert, welche nur in der monogamen Paarbeziehung oder in deren fanatischer, aber ihr strukturell durchaus ähnlicher Ausprägung - der Ehe – zu realisieren sei. Diese Implantation überkommener Vorstellungen hält keiner kritischen (Selbst)reflexion stand.

Bezüglich dieser Verbindung von gesellschaftlich dominanter Struktur und individuell verantwortlichem Handeln bestehen Analogien in verschiedenen anderen Bereichen linker Politik. Die kapitalistische Produktionsweise zum Beispiel prägt der Gesellschaft eine i.A. unverstandene fetischisierte Struktur auf, die im Ernstfall der Krise die antisemitische Wahnvorstellung befördert und so den deutschen MörderInnen Auschwitz erst möglich machte. Die Aufteilung der Welt in Staaten, die zwangsläufig rassistisch über „die Andern“ konstituiert sind, prägt der Welt eine ebenso unschön antiemanzipatorische Struktur auf, die anzustrebendem Kosmopolitismus entgegensteht[9]. Während sich heute Teile der Linken dazu durchgerungen haben diese Erkenntnisse der antinationalen, anti-antisemitischen und auf gesellschaftlicher Ebene auch der antipatriarchalen Kritik zu verinnerlichen, ist dies auf individuellerer Ebene fern von bloßer Kritik des Ehe bisher kaum versucht worden.
Im weiteren werden wir uns der Kritik der monogamen Paarbeziehung und ihrer TrägerInnen auf individueller Ebene widmen.

Das individuelle Elend: Herrschaft und Zwang

Die monogame Paarbeziehung im speziellen integriert in Zuneigung, Lust und Sinnlichkeit, also kurz in Fragmente des „sinnlichen Lebens“, Herrschaft und Zwang und kompromittiert diese damit vollständig zum „entsinnlichten Leben“.
Diese falsche Assoziation von Menschen integriert Herrschaft, weil dem Gegenüber nicht in jedem Moment die freie Entscheidung über seine Handlungen zugebilligt wird.
Sie integriert Zwang, weil Herrschaft mit Zwang und Gewalt[10] untrennbar verwoben ist und die Sanktionen für in diesem Geiste „falsches“, also in Wahrheit freies Handeln schon vereinbart sind. Die implizite Drohung mit dem Ende der Zweierbeziehung ist allgegenwärtig. Die vorauseilende beiderseitige Unterwerfung ist dabei eine unappetitliche Form der wechselseitigen Herrschaft zweier vom gesellschaftlichen und religiösen Konsens versklavten Geister übereinander.
Jeder Partner der offensiv die Unterwerfung des Anderen einfordert, übt damit Herrschaft aus, die es aufzuheben gilt.
Beide verlieren mit der Nichtanerkennung des Anderen als frei entscheidendes Individuum die Möglichkeit, sich und den Partner als freien Menschen zu lieben. Beide werden stets nur einen Schatten lieben können und sie selbst werden nur ein Schatten der Liebe sein.

„[Auch] *in diesem Sinne ist die Kritik* [daher] *keine Leidenschaft des Kopfes, sondern sie ist der Kopf der Leidenschaft.* (Marx)“

Bereits an diesem Punkt wird deutlich, wieso uns diese Form der unfreien Assoziation in kommunistische Zeiten kaum hinüberzuretten scheint.

So sehr, wie gelebte Monogamie auch Hinweis auf überwindenswerte Affirmation eines mindestens christlichen Wertekonsenses ist, so sehr ist sie auch Ausdruck des bürgerlichen Wunsches, das kärgliches Leben innerhalb der warenproduzierenden Gesellschaft unter der abstrakten Herrschaft des Kapitals zu zementieren und es damit genauso übersichtlich, verwaltbar und kalt einzurichten, wie den (mindestens herbeigesehnten) täglichen Ausflug in die Produktionsphäre.
Angesichts der allgegenwärtigen Empirie verkommener und entsinnlichter monogamer Paarbeziehungen erscheint uns deren unreflektierte Praktizierung

AKA heißt jetzt AKA

Die Antikapitalistische Aktion heißt jetzt Antideutsch Kommunistische Aktion.

Kontakt:
aka-text@firemail.de

Diskussion:
www.welnet4u.de/wf/index.php?weluser=gruppe_aka

[9] **Bekanntlich ist Israel der einzige Staat, für den es, solange die falsche Gesellschaft existiert, einen Grund gibt.**

[10] **Dabei sind keineswegs nur die physischen Formen von Gewalt gemeint. Die psychische Gewalt, welche beispielsweise die Aussicht auf das Leiden des Anderen bei „Verletzung der Spielregeln“ der Zweierbeziehung enthält, ist im Allgemeinen weit ausgeprägter.**

reichlich merkwürdig.
Mit dem Fortschreiten der monogamen Partnerschaft muss sich die aufkommende Langeweile immer öfter als Vertrautheit verkaufen, die sich an wirklicher Vertrautheit in sinnlicher Assoziation blamieren muss und den im Laufe der Zeit immer deutlicher werdenden Durchschein des Falschen nur noch mühsam überdecken kann. Längst lächerlich gewordene Liebesbeweise und immer neue Bücher mit Anleitungen zur Verewigung dieser „Liebe" lassen die Ausweglosigkeit der Situation der Herrschaft über das eigene Selbst und das Gegenüber immer verzweifelter werden. Das hier und jetzt reicht den Gefangenen nicht. Sie müssen sich alles versprechen und alles erwarten, weil die Möglichkeit der Freiheit des Anderen unerträglich werden muss.
Auch wenn alle Beteiligten scheinbar freiwillig den Regeln der Beziehung zustimmen, muss diese vorauseilende Unterwerfung fern jeder freien Assoziation bleiben und offenbart gewöhnlich nur den Sklavengeist der Beteiligten. Die Akzeptanz dieser Unterwerfung dokumentiert den erkalteten Willen zur Freiheit. Ewige Treue schwört Mensch in Deutschland bekanntlich außer dem oder der „Geliebten" nur noch der Wehrmacht.

Besitz und Sicherheit

Das monogame Subjekt will geliebt werden. Vor allem aber will es diese Liebe sichern. Seine unerfreuliche Entfaltung findet dieser unbedingte Wille zu unerreichbarer und uns auch nicht wünschenswerter Sicherheit im immer wieder aufs neue um die paranoide Kontrolle des Gegenübers kämpfenden Subjekt. Die Freiheit des Anderen wird zur dunklen Bedrohung, die unauslöschlich und immer wiederkehrend den falschen Frieden in Gefahr bringt. Was bleibt sind Verhaltensregeln.
Die Drohung mit dem Ende der Beziehung oder - noch ekelhafter – mit dem eigenen Leiden bei Regelübertritt - wird zur Grundlage des Miteinanders.
Die eifersüchtelnde Kontrolle wird zur Normalität. Die Selbstbeschränkung der vom christlichen Werte- oder besser Schuldkonsens und ihrer dementsprechend elendigen Vergangenheit Durchherrschten ist ein bemitleidens- und aufhebenswerter Zustand. Nicht umsonst gleicht das Bedürfnis nach monogamer Sicherheit in der Partnerschaft dem Bedürfnis des Bürgers nach Sicherheit auf den Straßen, der sich die totale Polizeipräsenz herbeisehnt. Beide eint die Illusion.

Ähnlich wie die IsraelhasserInnen der abgestorbenen friedensbewegten Form der deutschen Zivilgesellschaft[11] uns mit ihren antisemitischen Wahnvorstellungen relativ egal wären, wenn sie nur das Maul hielten und zu Hause blieben, ist leider auch das strukturell aufgeherrschte, entsinnlichte und enterotisierte Leben nicht nur ein Problem des unkritischen Individuums, sondern impliziert in seiner Praktizierung auch immer die Unterwerfung eines Gegenübers und nervt damit potentiell uns. Während für sein eigenes Unglück immer noch jede[r] selbst verantwortlich ist, sich den ganzen Stress mit Eifersucht, Verlustangst und partnerschaftlichem Sicherheitswahn unnötigerweise anzutun, so muss die Herrschaft über den Anderen einer verschärften Kritik unterzogen werden. Wir dagegen können niemanden verlieren, weil uns auch niemand gehört.

Das Ende des Elends? - Sexualisierung als Abdruck des Bestehenden

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die reine Intensivierung von potentiell warenförmiger Sexualität - also mehr ficken mit mehr Menschen - ist keineswegs ein Vorschein von Emanzipation. Ist der quantitative Aspekt auch in gewisser Hinsicht verbunden mit der von uns angestrebten Praxis eines „sinnlichen Lebens", so wäre dies allerdings völlig unzureichend und weder frei noch wirklich assoziativ. Ein sinnliches Leben wäre immer ein erotisiertes und lustvolles, aber keineswegs ein sexualisiertes.

Der warenförmige Aspekt dieser Art sexuellen Konsums, der sich hauptsächlich über den Austausch von „Akten" konstruiert, ist vollständig unemanzipatorisch, weil er nichts mehr als den Wiederhall der Verhältnisse darstellen kann. Was eine solche Sexualisierung und auch Pornographie versprechen, können sie nicht halten, wie alles, was in der Warenwelt zirkuliert. Die entsinnlichte und enterotisierte Form der Sexualität als bloßer „Konsum der Leiber" kann gefährlich werden.

Die Fülle des wahllos Konsumierten wird unheilvoll. Sie macht es unmöglich, sich zurechtzufinden, und wie man im monströsen Warenhaus nach einem Führer sucht, wartet die zwischen Angeboten eingekeilte Bevölkerung auf den ihren. (T.W.Adorno)

Sinnliches Leben als Fragment besserer Zeiten

Denkbar wäre ein „sinnliches Leben" als auch nicht-monogame Assoziation von Individuen, also als radikales Ende der monogamen Paarbeziehung. Dies soll keineswegs als „Zwang" zur Polygamie verstanden werden, sondern als notwendige Integration ihrer Möglichkeit und als notwendige Ablehnung ihrer Unmöglichkeit. Da das Ende des Kapitalismus nicht nur mit einer Umstellung der

[11] Siehe Jochen Faun (BgR) in „Die Mobilmachung der Zivilgesellschaft" in Phase2 Ausgabe 7 (www.phase-zwei.org)

Produktionsweise einher gehen dürfte, sondern mit einer Transformation des Geistes hin zur Ablehnung von Herrschaft verbunden sein wird, so ist die private, durchherrschte Beziehungspraxis auch immer politisch – und zwar antikommunistisch. Ihre Existenz muss dementsprechend bekämpft werden – zuförderst auch im eigenen Bewusstsein.
Unsere Kritik an den Verhältnissen wird damit auch immer zur Kritik an den die Verhältnisse reproduzierenden Menschen. Das revolutionäre Individuum müsste auch innerhalb der gesellschaftlichen Totalität den Prägungen und Abdrücken dieser Zustände entgegentreten, um sie letztlich beenden zu können.
Wer kommunistische, also intellektuelle und lustvolle, und vor allem (herrschafts)freie Assoziation zwischen Individuen, ihrer Umsetzung näher bringen möchte, der/die kann auf der monogamen Paarbeziehung nicht beharren.

Jegliche Beziehungen mit zwei oder mehreren Partnern, vor allem die klassische binäre monogame Paarbeziehung, die das Gegenüber als frei handelndes Individuum einschränkt und sich dabei auf eine überkommene religiöse Moral oder deren Nachhall berufen muss, begünstigt auf gesellschaftlicher Ebene die geschlechtliche Rollenzuordnung und ermöglicht die ungestörte Operation des Patriarchats. Auf individueller Ebene wird – tatkräftig unterstützt durch den Einfluss des gesellschaftlichen Falschen - durch die zwangsläufige Implantation von Herrschaft, Zwang und Besitzanspruch in diese Art Beziehung ein „sinnliches Leben" beider PartnerInnen verunmöglicht.

Erst die sich gegen die herrschenden Verhältnisse sträubende „sinnliche Beziehung" zwischen zwei und mehr Menschen, für die Sicherheit immer nur die abstoßende Sicherheit der Unterwerfung sein kann, akzeptiert die beteiligten Individuen als solche und bietet einen leisen Vorschein emanzipierter Verhältnisse und kann so die nötige gesellschaftliche Umwälzung begünstigen.
Nun erwarten wir von der vorgeschlagenen sinnlichen Praxis keineswegs die Auflösung der warenförmigen patriarchalen Gesellschaft und doch könnte eine Aufweichung der aus gutem Grund sich so geformten Strukturen einen Bruch mit dem Falschen zumindest erleichtern. Sinnlichkeit und Zuneigung selbst sind nicht wertförmig organisiert, aber in wertförmige Strukturen eingezwängt. Die perfekt zur abzuschaffenden Dialektik von Produktion und Reproduktion passende monogame Paarbeziehung allerdings, muss nicht eingezwängt werden – sie ist selbst Zwang. Innerhalb einer Gesellschaft von binarisierten und monogamen Paarbeziehungen dürfte es weitaus schwieriger sein das asymmetrische Geschlechterverhältnis in ein freies und symmetrisches Verhältnis zwischen Menschen – eben in den Verein freier Menschen[12] - zu transformieren. Die Desertation des Individuums aus den Gefängnissen monogame Paarbeziehung, Familie und Volk ist dafür Grundvoraussetzung.

Mögen uns die ApologetInnen des Bestehenden, die ihre Einmaligkeit in anderen Menschen suchen und ihr hierarchisierendes Leistungsdenken im Anspruch reproduzieren, der/die „Erste" in ihren Beziehung sein zu müssen, ihr Tun auch noch so vehement mit ihrem Gefühl erklären, so sei folgendes noch erwähnt: Vor allem in Deutschland sind uns „Argumentationen", die dem „*abstrakten und unpersönlichen Charakter des reflektierten Gedankens, der sich das Recht herausnimmt, ohne Ansehen der eigenen wie der anderen Person einen gesellschaftlichen Zustand zu analysieren, dessen Teil alle Diskutant[Innen] selber sind*"[13], die Zumutung der bloßen Meinung oder des Bauchgefühles entgegensetzen, unerträglich.

Unseres Erachtens muss schmerzhaft und gewaltsam mit der eigenen entsinnlichten Ideologie und der von religiöser Überlieferung und den Verhältnissen aufgeprägten Vorstellungen von Assoziation zwischen Individuen gebrochen werden, denn genauso gewaltsam sind diese in uns integriert worden. Die Gewalt dieser Befreiung muss sich jede(r) selbst antun. Es zu tun oder es nur zu wollen ist ein Unterschied ums Ganze.

So „*muss die zukünftige revolutionäre Bewegung* [weiter] *in sich selbst alles abschaffen, was die entfremdeten Produkte des Warensystems zu reproduzieren droht*". „*Die Kritik der Ideologie* [muss] *in letzter Konsequenz das zentrale Problem der revolutionären Organisation sein*"[14]. Kompromisse sind in diesem Zusammenhang nicht duldbar, da sie nichts als Kompromittierungen wären.

Wenn das eigene ideologische Ich nicht zur Auflösung bereit ist, dann scheint jede Revolution verloren.

[12] „Verein freier Menschen" von Marx in Kapital I, MEW 23, 92-93 als Synonym und Voraussetzung für Kommunismus verwendet.

[13] Bahamas 32, www.redaktion-bahamas.org

[14] Situationalistische Internationale – Straßburg 1966, Übersetzt von Pierre Gallissaires

Nach der Schlacht...

Als Ende letzten Jahres immer klarer wurde, dass der Welt ein neuer Krieg der westlichen Zivilisation ins Haus stehen würde, diesmal gegen den Irak, gründete sich in Leipzig ein Bündnis linker Gruppen und Einzelpersonen. Der Grund dafür war der Wunsch, nicht wieder so hilflos zu reagieren, wie es die radikale Linke im Jugoslawienkrieg getan hatte.

In dem Bündnis waren altbekannte Leipziger Gruppen vertreten, wie z.B. Kahina e.V., Friedensweg e.V., Vereinigte Linke, Linke StudentInnengruppe und die DFG-VK, aber auch Gruppen, von denen vorher noch nichts zu hören war, wie die Linke Brigade GAA, oder ganz neu entstandene wie die Gesellschaft für eine lustigere Gegenwart. Hinzu kamen noch ein Vertreter von Attac und der PDS-MdL Steffen Tippach. Schnell war den Beteiligten klar, dass eine Veranstaltungsreihe mit kompetenten ReferentInnen der drohenden Ungewissheit entgegenwirken müsste. Doch dabei blieb es nicht. Mit dem Näherrücken des Krieges wurde auch das Bedürfnis nach konkreten Aktionen größer und so beteiligte sich das Bündnis (zum größten Teil) an den Leipziger Montagsdemos. Zum Tag X wurde schließlich gemeinsam mit BgR, FAU, wildcat und resist eine eigene Demonstration organisiert, die, von Siemens zum Markt führend, stärker die Rolle der deutschen Politik thematisierte und sich von antiamerikanischen Tendenzen der Friedensbewegung abgrenzen wollte. Als sich gerade erst neu etablierendes Bündnis haben wir also in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet und dabei auch – im guten wie im schlechten Sinne – einiges erlebt. In diesem Artikel wollen wir unsere Erfahrungen und Eindrücke rekapitulieren, uns zwischen Kriegstreibern, einer Friedensbewegung und einer linken Leipziger Szene positionieren.

Für gegen den Krieg: Komplexität und Emergenz

Von Anfang an war uns klar, dass das Thema Irakkrieg keines sein würde, bei dem man sich leicht und eindeutig entscheiden kann, welche der politischen Optionen die beste, welche der Konfliktparteien die „gute" ist. Gerade die Diskussion um die Gründe für den heraufziehenden Krieg zeigte dies. Im Angebot als Hauptursachen waren z.B. Öl oder das machtstrategisch motivierte Streben der USA nach Hegemonie am Golf. Krisentheoretiker konstatierten das Bestreben der kapitalistischen Zentren, in ihren Hinterhöfen die barbarischen Abfallprodukte der Krise unter Kontrolle zu bringen, während wieder andere den offenen Konkurrenzkampf zwischen den USA und der EU um Einflusssphären und Absatzmärkte in der Golfregion heraufziehen sahen. Wieder andere konzeptualisierten den Krieg als Vorstufe zum Empire. Anders formuliert lautete die Frage, ob das, was da passiert, mit dem Begriff „Imperialismus" noch beschreibbar ist, oder ob diese Kategorie nur noch ins Geschichtsbuch gehört. Hinzu kommen auch noch die Gründe, die immer gelten, wenn Krieg ist: von inneren Problemen wird abgelenkt, eine einflussreiche Waffenindustrie macht Druck, denn sie braucht Umsätze, die Armee kann ihre alten Bomben loswerden und sich erneuern. Auch der mögliche volkswirtschaftliche Nutzen in Form von Rüstungskeynesianismus darf nicht unterschätzt werden, ebenso die Wiederaufbau-Aufträge. Dass wohl keines dieser Argumente die Kriegsursachen sehr gut und vollständig beschreibt, ist der Komplexität der Welt geschuldet. Ob es zu Krieg kommt oder nicht, ist ein emergenter Effekt, d.h. Resultat von vielfältigen Handlungen, Entscheidungen und Interessen, die in einem hochkomplexen Wechselverhältnis zueinander stehen und sich gegenseitig beeinflussen.
Diese Komplexität, die sich gegen einfache Erklärungsmuster sperrt, war allerdings vielen, die sich zum Thema äußerten, bewusst. Sie war

auch Ausgangspunkt des Bündnisses, in dem es mehr darum ging, die Wirksamkeit verschiedener Ansätze praktisch zu testen, als die Lufthoheit über den linken Stammtischen zu erlangen.
In der moralischen Gretchenfrage „Wie hältst du's mit dem Krieg?" war eine Entscheidung vielleicht schwieriger als manches andere Mal – aber das enthebt einen nicht der Bringeschuld einer eigenen Haltung. Klar ist, dass Kriege für jede Linke, die eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung anstrebt, eine kaum unterstützenswerte Methode des Umgangs mit Konflikten darstellen (sollten). Doch diesmal ging es wirklich gegen einen ausgemachten Schurken. Mit dem Sturz Saddams konnte man hoffen, eines schrecklichen Regimes ledig zu werden, das Hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat, das Kriege mit dem Ausland und gegen seine eigene Bevölkerung führte, die es sogar mit Giftgas massakrierte.
Doch mindestens genau so gilt auch: Die historischen Beispiele für den Einzug von Demokratie und einem besseren Leben im Schlepptau der US-Armee sind rar.

Gegen den Krieg: Kriegsfolgen und Handlungsfelder

Die Frage „Bist du für oder gegen den Krieg?" ist falsch gestellt und entsprechend können alle parolenhaften Antworten auch nur falsch sein. Für nach messerscharfer Klarheit und nach fundamentalem Bruch strebende Linke ist das sicher keine besonders komfortable Situation. Trotzdem gibt es gute Gründe, warum wir meinten, uns an diesem Punkt engagieren zu müssen.
Zum ersten – und es ist traurig das heute hervorheben zu müssen – bedeutet Krieg immer das Leiden vieler Menschen, viele Tote, Verstümmelte, Verkrüppelte. Im Krieg, auch in diesem, werden die Lebensgrundlagen von vielen Menschen zerstört. Und auch die neuen Weltordnungskriege mit ihren „chirurgischen Eingriffen" führen nicht zu weniger Opfern.
Zum zweiten geht mit diesem Krieg eine Neuordnung internationaler Beziehungen einher, die den Vorstellungen rechter Ordnungspolitiker in der US-Administration folgt. Kampfparolen wie „Präventivschläge", „Schurkenstaaten", „Achse des Bösen" oder der berühmte Bushism „Either you're with or you're against us!" verdeutlichen, in welche Richtung diese Neuordnung gehen soll. Das, was Bush, Rumsfeld, Pearl oder Brzezinski in diesem Krieg verfolgen, ist ein Putsch von rechts innerhalb des etablierten Systems der Weltpolitik. Bei aller Kritik an diesem etablierten System zwischenstaatlicher Regulationsformen im Kapitalismus sollte einen das nicht kalt lassen.
Einer der Hauptaspekte, die es verlangen sich gegen jeden Krieg zu stellen, ist, zum dritten, die Frage, was mit ihm nach innen bewirkt wird. Im Gefolge des 11.9., der auch zur Legitimierung dieses Krieges diente, ist es dem deutschen Rechtsstaat geglückt, eine erhebliche Verschärfung von Kontroll- und Überwachungssystemen durchzusetzen, jede Menge Gummiparagrafen zu installieren, die Unschuldsvermutung auszuhebeln und, besonders im Falle von MigrantInnen, die Beweislast umzukehren. InnenpolitikerInnen überboten sich beim Aufbau einer allumfassenden Drohkulisse.
Ein vierter Aspekt, der für unsere Positionierung in diesem Krieg eine Rolle spielte, findet sich in der in den letzten Jahren immer deutlicher zu beobachtenden Verknüpfung von Medienberichterstattung und informationeller Kriegführung. Die Erfahrungen aus dem Jugoslawienkrieg ließen uns befürchten, dass jede kritische Bewegung auch



Die Fotos zu diesem Artikel sind von den Friedensdemonstrationen des 21. bis 23. Mai 2003 in Berlin. Zu den Protesten hatte das Bündnis „Achse des Friedens" aufgerufen

diesmal mit einer gewaltigen Manipulationsmaschinerie zu kämpfen haben würde. Da wir es nicht egal finden, wer hier mit welchen Gründen wie öffentliche Meinung bildet, sahen wir auch hier einen Ansatzpunkt für kritisches Engagement. Denn die Logik des Krieges an sich wurde bei aller Kritik kaum angezweifelt und wie nach dem 11.9. jeder abgehalfterte „Nahostexperte", wurden nun jede Menge alter Generäle reaktiviert und konnten ihre militärische „Lösungskompetenz" den ganzen Tag ans Fernsehpublikum weitergeben.

Insgesamt waren also eine ganze Reihe von Gründen für gemeinsamen Handeln präsent. Die Komplexität der Situation und die offensichtliche Hilflosigkeit existierender Ansätze im Umgang mit ihr legte es außerdem nahe, an den Anfang weder Aktionen noch

Abgrenzungen zu stellen, sondern den gemeinsamen Versuch, sich das notwendige Wissen anzueignen. Aus diesem Grund organisierten wir die Veranstaltungsreihe „Neuer Krieg – Interpretationen, Analysen, Fragen" in der nato, die im vierzehntägigen Rhythmus verschiedene Facetten des Themas beleuchten und verschiedene Positionen diskutierbar machen sollte. Ausgangspunkt unseres Engagements war also nicht eine klare Strategie, was im Fall des Krieges wie geschehen muss, sondern das Bedürfnis, sich dem komplexen Thema mit einem vergleichsweise offenen Ansatz in einem heterogenen Bündnis zu nähern.

Bezugsgruppen: Friedensbewegung und die Linke

Prinzipiell zwei nähere Bezugsgruppen hatte das Bündnis von Anfang an für seine Arbeit. Die Friedensbewegung war eine automatische Ansprechpartnerin, weil wir zumindest in der Ablehnung des Irakkrieges übereinstimmten. Die andere Bezugsgröße war die linke Szene (dieser Stadt), weil wir ihr nicht nur personell, sondern v.a. inhaltlich in einigen Punkten nahe stehen. Knackpunkt der Arbeit des Bündnisses war, diese Sachen unter einen Hut zu bringen. Unsere beiden Ziele lauteten:
1) auf die radikale Linke einzuwirken, um Bündnisfähigkeit und Diskussionsbereitschaft zu fördern sowie Anschluss an Diskurse der Otto-Normalverbraucher für eine gesellschaftlich isolierte Linke herzustellen.
2) in die Friedensbewegung Positionen hineinzutragen, an denen es ihr offensichtlich fehlt und Politisierungen bzw. politische Radikalisierungen zu unterstützen.
Bevor wir den eigenen Erfolg einschätzen, ein paar Worte zu den „Bezugsgruppen":

Die Friedensbewegung

Prinzipiell ist es begrüßenswert, wenn Leute ihrer moralischen Empörung über Kriege Ausdruck verleihen, die als Mittel zur Konfliktlösung propagiert werden. Doch diese Friedensbewegung war so schwach, wie sie zahlenmäßig stark war. Positionen, die sich klar von der Bundesregierung distanzierten waren nur marginal vertreten. Zu wenige bestanden auf Forderungen wie dem Stopp für die Überflugrechte der alliierten Truppen, für den Abzug der AWACS-Aufklärer aus der Türkei, für den Abzug der Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait oder der Truppen aus Afghanistan. Überhaupt war Kritik an der Bundeswehr nicht groß zu hören. Vielen erschien die äußerliche



„Wer von einem anti-amerikanischen Konsens der Montagsdemos spricht, war entweder nie dort oder hat Schwierigkeiten, mit einer Vielfalt von Meinungen umzugehen."

Antikriegsposition ihres Kanzlers ehrlich und unterstützenswert. Der Umbau der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionstruppe und der Aufbau einer EU-Armee fanden innerhalb der Friedensbewegung nicht nur zu wenige GegnerInnen, sondern sogar BefürworterInnen, die offensichtlich glauben, dass EU-SoldatInnen humaner töten. Die Erfahrungen aus dem Jugoslawienkrieg mit zerbombten Brücken, Zügen, Krankenhäusern, Botschaften und Kraftwerken waren wohl vergessen oder gar nie vorhanden. Der Grund für die Schwäche und Zahnlosigkeit der Bewegung war mit Sicherheit ihr Verhältnis zur offiziellen Politik. Im am Krieg beteiligten Spanien beispielsweise wurde eine viel größere Radikalisierung erreicht. Dort kam es nicht nur zu symbolischen Aktionen, wie täglichem 10-minütigem Topfschlagen mir ungeheurem Lärm in ganzen Stadtvierteln, sondern zu militanten Demonstrationen und großen Streiks gegen die eigene Regierung.
Ein solcher Protest hat einen deutlich größeren Realitätsbezug, weil nicht nur symbolisch der eigenen Abscheu Ausdruck verliehen, sondern auf konkrete Machtstrukturen Druck ausgeübt wird. Die deutsche Friedensbewegung erweckte zu Teilen den Eindruck, es sei sinnvolles politisches Handeln, wenn man sich hinstellt und erklärt, dass man mit Bushs Politik nicht übereinstimme und dieser sowieso ein „durchgeknallter religiös-fanatischer Öljunkie" sei. Diese Orientierung schloss auch eine kritische Beschäftigung mit den menschenunwürdigen Verhältnissen im Irak aus. Andererseits wurde uns die Frage „Wie hältst du's mit dem Irak?" von der US-Administration vorgegeben und offeriert die falschen Alternativen Saddam oder Intervention. Auffällig war jedoch, was für eine geringe Rolle in den Diskursen der Friedensbewegten die Lage der Menschen im Irak gespielt hat, wie wenig bekannt war, was diese Menschen wollen. Anders: wie sehr es um einen selbst ging! Richtiggehend peinlich wurde es dann, wenn die Leute hier von ihrer „tiefen Angst" sprachen, eine Äußerung die fast höhnisch anmutet, da doch wohl allen klar ist, dass hier weder irakische noch amerikanische Bomben fallen werden.

Zwei Dinge werden an dieser Politik des „Wir sind dagegen und wir müssen viele sein!" deutlich. Die Tatsache, dass es gegen Amerika (oder sagen wir gegen irgendwelche ausländischen Mächte?) geht, mobilisiert wohl mehr Leute, als der Mist im eigenen Stall. Umfragen bestätigen zwar eine hohe Ablehnung der deutschen Parteien, politischen Institutionen u.ä. durch die Mehrheit der Friedensbewegung – aber es blieb für die Auswahl der Redebeiträge oder Transparente ohne große Folgen. Ein Hauptmanko der Friedensbewegung bleibt: für sie steht der Hauptfeind wohl nicht im eigenen Land. Für manche „Friedensfreunde" reicht auch eine Provokation der AKG, um sämtliche Friedfertigkeit über Bord zu werfen. Zum zweiten Punkt: Es drängt sich der Verdacht auf, dass Teile dieser Friedensbewegung mit dem etwas selbstgefälligen Zuschaustellen der eigenen Antihaltung zufrieden und an realer Zielerreichung nicht interessiert sind. Dazu passt es wunderbar, das jeder verfügbare Sportlervertreter und sogar der SPD-Spitzenpolitiker Tiefensee auf den Montagsdemos reden durften. Das war gut für die Produktion einer Gruppenidentität, für eine ungeheures Geborgenheitsgefühl, für Einigkeit unter fast allen Deutschen. Aber es war nicht sinnvoll um Kriegsstrukturen anzugreifen und zu beseitigen.
Aus Leipzig versuchte beispielsweise resist mit Blockadeaktionen konkreten Widerstand gegen militärische Strukturen zu leisten. Sie entwickelten eigene Aktionsfähigkeit, blieben jedoch zu wenige, um wirklich einen Truppentransport zu stoppen. Anzukreiden ist ihnen jedoch ihre inhaltliche Beliebigkeit und damit auch eine fehlende strategische Orientierung, die über Aktionismus hinausgeht. Der gesinnungsethische Grundtenor der Friedensbewegung – „Ich bin hier, um meine Bestürzung zum Ausdruck zu bringen, ein Zeichen zu setzen, mit meiner Angst nicht alleine zu sein..." – hat hier effektiv alle Versuche, irgendetwas zu radikalisieren unterminiert und ist im Rückblick der entscheidende Grund für das Scheitern aller linken Interventionsversuche in Leipzig.

Die radikale Linke

Kaum besser erscheint uns das Agieren der radikalen Linken. Doch erst etwas Positives: Nachdem die ultralinken-rechten der Bahamas-Fraktion mittlerweile komplett delegitimiert schienen, war ein gewisses Maß an Unsicherheit zu spüren, es standen offene Fragen im Raum und es wurden Zweifel an klaren Positionierungen geäußert. Am offensichtlichsten wurde dies in der Diskussionsveranstaltung des BgR kurz vor Kriegsausbruch. Diese ungewöhnliche Offenheit der Diskussion, das Zugeben, dass man nicht nur Antworten parat hat, ist sehr begrüßenswert. Es kam dann zur Debatte darum, ob man denn mit dieser Friedensbewegung irgendwie könne und müsse oder doch lieber nicht mit diesen „antisemitischen Horden" losziehe. Damit war linksradikales Antikriegsengagement schon fast erschöpft. Wieder einmal war es großen Teilen der radikalen Linken nicht gelungen, die Initiative zu ergreifen, das Bild der Friedensbewegung mit zu bestimmen. Wieder einmal kam sie kaum aus

der Position der abwartenden kritischen Kommentatoren heraus. Auch dafür typisch das BgR: neben der Friedensdemo auf den Stufen der Deutschen Bank mit seinem Transparent auf dem die Friedenstaube wie sonst das Hakenkreuz zerschlagen wird.
Die zu Teilen auch verständliche Berührungsangst der radikallinken Szene mit dem „normalen" „Volk" führte wieder einmal zu Agonie.

Lässt man die Interventionsversuche der Leipziger Szene in den entscheidenden Wochen Revue passieren, offenbart sich, der Friedensbewegung ähnlich, eine gesinnungsethische Grundstruktur, die den Rahmen des Handelns diktiert: Entscheidend ist nicht die Wirksamkeit der eigenen Praxis, sondern die Reinheit des Argumentes, die nicht durch den Kontakt mit außerhalb des eigenen Mikrokosmos' stehenden Gruppen beschmutzt werden darf.
Leitendes Motiv linken Szenehandelns wurde deshalb die Abgrenzung. Das wurde schon auf unseren Veranstaltungen deutlich, auf denen die ReferentInnen genötigt wurden, sich sinnlosen Inquisitionsfragen zu stellen: „Wenn du gegen den Krieg bist, bist du wohl auch dagegen, dass die Rote Armee Nazideutschland schlug?"
Diese Tendenz steigerte sich bei den Versuchen des BgR, die gemeinsam mit dem Bündnis organisierte Tag-X-Demo mit eigenen Positionen zu dominieren (und darauf auch noch Stolz zu sein), und fand seinen Höhepunkt mit der Aktion der AKG vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Im Ergebnis ist der linken Szene erhebliche Versiegelung der eigenen Wahrnehmung zu bescheinigen, Anfälligkeit für stalinistische Reflexe sowie Verlust der Fähigkeit zum eingreifenden Denken. Um es an einem Beispiel klar zu machen: Wer von einem antiamerikanischen Konsens der Montagsdemos spricht, war entweder nie dort oder hat Schwierigkeiten, mit einer Vielfalt von Meinungen umzugehen. Dass es solche Tendenzen gab, ist unbestritten. Die Demos deshalb aber als monolithischen antisemitischen Block zu interpretieren, ist schon ein dicker Hund. Wer sich auf der Grundlage dieser interpretatorischen Fehlleistung dann mit völlig unverständlichen Transparenten an den Rand der Demos stellt und das als Versuch der Spaltung der Friedensbewegung verkaufen will, leidet wohl an einem übersteigerten Grenzziehungsbedürfnis. Man ist nicht einfach „entweder Teil der Lösung oder Teil des Problems"!

Was wäre möglich gewesen?

In der Praxis hat das Bündnis versucht, eine Brücke zwischen zwei außerordentlich komplizierten Protestmilieus zu schlagen – und ist damit gescheitert. Weder haben wir eine linke solidarische Diskussionskultur, in der Auseinandersetzung mehr zählt als ideologische „Geländegewinne", voranbringen können, noch ist es uns gelungen, nennenswerten Einfluss auf die politische Stoßrichtung der Leipziger Friedensdemonstration zu nehmen. Auch wenn sich ein Teil dieser Niederlage aus den ganz konkreten Bedingungen unseres Bündnisses ergibt (wenig Leute, Notwendigkeit sich erst kennenzulernen, wenig geteilter Diskussionsstand, komplizierte Mehrebenenverhandlungen in den beteiligten Gruppen), ist es vor allem Fehlern in unserer Strategie geschuldet. Besonders die Orientierung auf einen Brückenschlag zwischen den verschiedenen Szenen hat sich als Pferdefuß erwiesen, da sie die jeweils spezifischen Grabenkriege, ideologischen und milieuhaften Begrenzungen sozusagen in unseren politischen Möglichkeitsrahmen importierte. Die Lähmungen der Szenen und der Friedensbewegung wurden damit auch zu unseren Lähmungen. Aus diesem Dilemma hätte es prinzipiell zwei Auswege gegeben. Die erste Möglichkeit hätte darin bestanden, mit eigenen direkten und spektakulären Aktionen, eine andere, v.a. Kapitalismus und deutsche Verhältnisse kritisierende Antikriegsposition deutlich zu machen, und eine eigene Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Wir selbst haben so etwas zwar immer wieder andiskutiert, sind aber von der Geschwindigkeit der Ereignisse überfordert worden.
Eine zweite Option hätte darin bestanden, tatsächlich – und nicht nur appellativ – in die Strukturen der Friedensbewegung zu gehen, um dort die Machtfrage zu stellen. Anlässe hätte es dafür genug gegeben. Beispielsweise hätte in der Frage des Auftritts von Tiefensee auf der Montagsdemo im Vorbereitungskreis ein Richtungsstreit



„es (ist) begrüßenswert, wenn Leute ihrer moralischen Empörung über Kriege Ausdruck verleihen“

provoziert werden können.
Das „Leipziger Bündnis gegen Krieg“ ist mit seinen hehren Zielen z.T. gescheitert, weil es mit wenigen Leuten beides versuchte, doch beides nur halb schaffte. An der Organisation der Montagsdemos beteiligten wir uns nicht; der Lautsprecherwagen und die Transparenten, mit denen das Bündnis (außer die lsg) unterwegs war, wurden entsprechend nur von einem kleinen Teil der Demo wahrgenommen. Die Möglichkeit, z.B. eigene Reden zu halten und die Liste der RednerInnen mitzubestimmen, wurde fast nicht genutzt (und von den Organisatoren auch nicht unbedingt gefördert, vielmehr zeigten auch diese sich als hochgradig geschlossene Ingroup). Die hier verwendeten Zeitressourcen wären vielleicht in symbolträchtigen militanteren und konfrontativeren Aktionen besser angelegt gewesen.

Was bleibt?

Die Bilanz, die wir aus mehreren Monaten Engagement in einem gruppenübergreifenden Antikriegsbündnis ziehen können, ist also zwiegespalten. Auf der Habenseite steht sicher der Wissensgewinn durch eine Veranstaltungsreihe und der praktische Beweis, dass es möglich ist, strömungsübergreifend zusammenzuarbeiten. Für die Erlangung gesellschaftlicher Interventionsfähigkeit der radikalen Linken ist ein solches Vorgehen, trotz der Schwierigkeiten und der Ambivalenzen, die ausgehalten werden müssen, notwendig.
Auf der Sollseite steht der tendenzielle Autismus der Leipziger Bewegungsszene, ein Diskussionsklima, das v.a. von Ausschluss und Abgrenzung statt solidarischen Auseinandersetzungen geprägt ist, ferner die Unfähigkeit, dort, wo es darauf ankommt, zielgerichtet zu handeln und das Nichtvorhandensein von Strukturen dafür. An diesen Punkten wird zu arbeiten sein.

In diesem Sinne wird das „Leipziger Bündnis gegen Krieg“ auch weiterhin aktiv sein. Gespräche über die zukünftige inhaltliche Ausrichtung laufen derzeit. Selbstverständlich sind wir weiterhin offen für weitere Gruppen und Einzelpersonen, sowie bereit, uns an zukünftigen Bündnissen zu beteiligen.

Die Geburt des Fußballs

Über den Sport *Fußball* als realen Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse

Eine Veranstaltung der „Tatort Stadion“ - Gruppe Leipzig Mittwoch, den 25. Juni, 19 Uhr, B12 (Braustr. 20)

Linke Fußballfans wissen im Allgemein von den Veränderungen ihrer geliebten Fußballwelt bestens bescheid. Der Sport Fußball wird ausgebeutet, verstümmelt, verwertet, kommerzialisiert. Eine Kritik herrschender Fußballkultur und (viel zutreffender) Fußballproduktion ging und geht fast immer entweder davon aus, dass Fußball an sich subversiv ist oder aber dass Fußball weder gut noch böse sei, sondern erst dessen gesellschaftliche Überformung zu der derzeitigen Deformation führe. In der Veranstaltung soll hingegen die These aufgestellt werden, dass mit der derzeitigen Kommerzialisierung der Fußball zu sich selbst kommt und Fußball schon immer ein bestimmter realer Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse darstellte.
Ein Blick auf die Geschichte des Fußballs fördert zutage, dass der moderne Fußballsport keine bloße Weiterentwicklung des vormodernen „Fußballs“ der elitären *Public Schools* darstellt. Ganz im Gegenteil hat sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts derjenige Fußball herausgebildet, den wir heute kennen. Historisch fällt diese Etappe in eins mit der Entstehung des modernen industriellen Kapitalismus in England. Und verlängert man diese Beobachtung, zeigt sich, dass der moderne (proletarische) Massenfußball in den europäischen Staaten überall dort Fuß fassen konnte, wo die Ideen des Kapitalismus am fortgeschrittensten waren, in Deutschland konnte er sich deswegen erst sehr spät durchsetzen.
Auf struktureller Ebene wird der entstehende proletarische Fußball in England meist als Gegenentwurf zum Kapitalismus bzw. als außerkapitalistischer Ort begriffen. Ganz das Gegenteil ist jedoch der Fall. Mit der Erkämpfung von Freizeit wurde an die Stelle der Arbeitswelt Fußball hervorgebracht, der jedoch nichts anderes darstellte als die Verlängerung des Fabrikalltags in die Freizeit, den Sport, den Fußball. Damit ist der moderne Fußballsport eine bestimmte Seinsweise kapitalistischer Verhältnisse und nie gegen diese sondern immer nur mit diesen zu denken.
In der Veranstaltung wird die Entstehung des Fußballs in Verbindung zur kapitalistischen Umwelt beschrieben. Des weiteren soll gezeigt werden, dass Fußball und der Liebe zum Fußball immer schon kapitalistische Vermittlungsweisen immanent sind und jene nie ohne diese gedacht werden können. Gleichzeitig wird damit versucht, Kapitalismus nicht als reines Abstraktum oder reinen Formalismus aufzufassen, sondern eine konkrete Seinsweise kapitalistischer Verhältnisse in der bestimmten gesellschaftlichen Form des Fußballs zu analysieren. Letztendlich soll es darum gehen, welche Konsequenzen sich hieraus für Linke und vor allem für linke Fußballfans ergeben.

Anti-Grenz-Konferenz 26.-29. Juni 2003, Warschau (Polen)

Wir möchten zur Teilnahme an der Anti-Grenz-Konferenz einladen, die vom 26. bis 29. Juni 2003 in Warschau stattfinden wird. 4 Tage voller Veranstaltungen gegen Grenzen: mit Arbeitsgruppen, Lesungen, Ausstellungen, Aufführungen, Filmen, Konzerten, Diskussionen und schließlich Aktionen.

Geplante Arbeitsgruppen: Grenzthemen (Festung EUropa); Polnische Grenzpolitik; Kontrolle von Wanderungsbewegungen; Gesellschaften für MigrantInnen; Rassismus in Polen; Antisemitismus in Polen; Antirassistische Einstellungen verbreiten - Strategien in der Erziehung; Situation der Flüchtlinge in Polen; Aktuelle Kapitalismuskritik; Die Frage von Rassismus und Sexismus beim Thema Frauenhandel; Polen im Kontext von Kontakten mit den anderen osteuropäischen Ländern; Menschenrechtsverletzungen in Weißrußland; Wirtschaftliche und politische Situation in Litauen im Kontext der EU-Erweiterung

Außerdem: Filme und Ausstellungen.
Kontakt: latobezgranic@wp.pl Info: www.zcnjn.most.org.pl

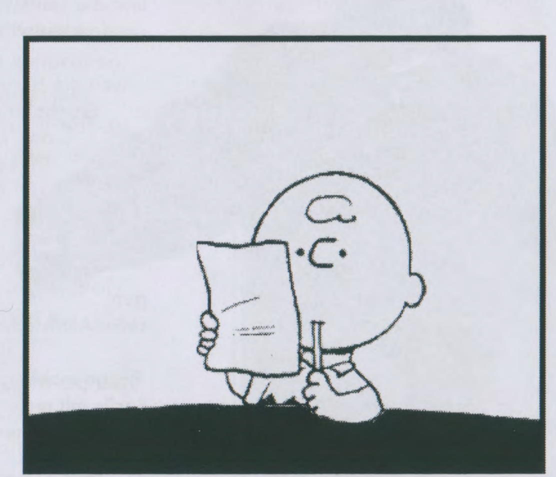
Heraus zum Logowettbewerb

Getreu nach dem Motto „Leipzig kommt“, erhebt sich ein neuer geistiger Erguss direkt in die Herzen der Menschen. Da mensch zurzeit ja nicht viel zu lachen hat und der ausgemachte Feind, die wirtschaftliche Rezession, ihr bestes dazu beiträgt, wurde ein Patentrezept gesucht. Die Idee ist alt, scheint aber immer noch gut zu greifen. Brot und Spiele für das Volk und alles wird wieder gut. Wer spielt, der lacht und wer lacht, ist glücklich.
Vergessen die Zeiten von Schatten und Dunkelheit. Die Erleuchtung in Form einer Fackel wird nach Leipzig geholt, um endlich wieder Licht und Glanz über dieser Stadt scheinen zu lassen. Natürlich hat jede Erleuchtung ihren Preis. Ein paar Kameras hier, ein paar Wachdienste dort, weniger Projekte dafür mehr Grünflächen im Hinterhof, wir werden es schon überleben...
Angesichts der bevorstehenden Repressalien für alle, die nicht glänzen wollen, ist es auch nicht verwunderlich, dass sich ein paar SpielverderberInnen finden, die versuchen, den ungewohnten Spieltrieb von allen Seiten zu ergründen. Nicht, dass wir nicht gerne spielen, nur suchen wir uns die Spiele meistens selber aus und nehmen es mit den Regeln auch nicht ganz so ernst.
Um nun aber den zukünftigen Besuchern des neuen Kolosseum von Leipzig unsere Kritik näher zu bringen und Sie vor einem erneuten Brand Roms, ...ähm Leipzigs, zu bewahren, brauchen wir für unsere Kampagne ein total schrecklich-schönes wohlgeformtes Logo und umwerfend hinreißendes Motto.
Wir hoffen das es noch genug LeserInnen mit viel Phantasie und Kreativität gibt und rufen zum Malen, Basteln, Fotografieren und was wissen wir nicht alles, auf.
Eure Logo und Mottovorschläge für unsere Antiolympia-Kampane könnt Ihr an folgende Emailadresse schicken:

aok-leipzig@gmx.net

Für die fünf schicksten Logos gibt's Sachpreise der übelsten Sorte und total viel Pomp und Gloria. Wer sich nicht am Wettbewerb beteiligt, kann sich schon mal darauf einrichten, nach der Revo zu putzen. Das aber nur so am Rande.

Natürlich freuen wir uns auch über jede andere Unterstützung und wollen noch einmal jede(n) zu unserem wöchentlichen Plenum donnerstags 20.00 Uhr in der B12 einladen. Neuigkeiten und Infos gibt wie immer unter http://www.nein-zu-olympia.de .





Was die Antifa-Jugendfront (ajf) noch sagen wollte ...

25.03.03: Genossen/in und Genossen

In den Zeiten wo sich Widerstand breit macht und sich wider bei beliebtheit erfreut wie es so schon auf den Montagsdemos zusehen ist. Sind aber auch wieder die Personen dabei,die mann eigendlich eine auf die Fresse hauen sollte. Wir meinen die Faschisten ,die Toleriert und Akzeptiert werden von den Bürgerlichen,Kirchlichen Spinnern(PDS;SPDusw.

Sie Maschieren mit in größerer Zahl und werden nach Beobachtungen jede Woche, mehr. Man fragt sich wo ist die Gegenwehr von Linken,Alternativen Menschen,oder der Sogenannten in sich zurückgezognen Antifaszene in leipzig. Diese die sich darauf beruht Texte zu verfassen und sich wichtig zutuhen aber auch immer wieder abschotten und auf Sektierertum machen, lassen sich nicht mehr auf ein als Photos zu schießen oder zubeobachten.

Ja wo ist die Szene die Vor jahren regelmässig diesen Spinnern die Hölle heißgemacht hat.

Wo sind die Antifaschisten/ Autonomen/ Jugendlichen/ Aelteren die Worsch und co. regelmässig in den 90-2002 Jahren die Aufmärsche behinderten konnten , mit Melitanten Mitteln oder Blockarden. Wo ist die Jugend Informations Arbeit der Antifa??? All diesen Fragen muss man sich immer wieder stellen wenn man als Einzellgruppe/Personen auf Demos fährt oder durch die Innenstadt läuft und Nazis sitzen siet oder die Fascholäden einen Boom erleben sich sich immer besser Organisieren können.

WO IST DIE ANTIFASCHISCHE ANTWORT UND GEGENWEHR?????

Ja und wenn sich nun eine Anzahl von Jugendlichen Linken aus verschiedenen Städten sich anschickt eine neue Antifa aufzubauen und sich nicht Unterordnen lässt, von Anti-Deutschen oder sich nicht versteift nur Große Sprüche zureißen werden sie als Spinnern oder als und Kinderabgehandelt und so auch behandelt.

Wir haben sie Nasevoll von den Sogenannten Linken in Leipzig und ihren Theoretischen Kramm. Die sich abschotten und neuen keine Chance lassen, sich mit in die Antifa einzubringen. Aus diesen Ergebnissen und Fragen haben wir uns zusammen geschlossen und verdeutlichen hier nochmal im ganzen......

Entweder die Antifa wacht entlich mal auf,aus ihren Schlaf und Sektierertum, oder wir werden ,oder viel mehr ihr werdet mit ach und Krach untergehen. Kommt Raus aus euren Connewitz,und euren Projekten, macht endlich mal was womit man die Jugendlichen für Unsere Arbeit gewinnen kann.

Wir werden es weiterhin brobieren, und versuchen nach unseren Methoden die Irgendwie besser zulaufen scheien als die von Offenen Antifaplenum,oder Tollwut usw.

Mit Antifaschistischen Grüßen
Autonome Antifa Jugend-leipzig

30.4.03: Genossen und Genosinnen

Mit bedauern und nach langer Überlegung haben wir uns Entschlossen unsere Aktivitäten einzustellen und unsere Gruppe aufzulösen. Durch Interne Streitereien und Auseinandersetzungen waren wir soweit geschwächt und Geschrumpft das wir, es nicht mehr geschaft haben uns wieder zu fangen und unsere Mitglieder neu zu Organisieren die aber auch aus Mangel von Erfahrungen und Interresse, es nicht mehr wollten.

Die wenigen die dennoch dabei geblieben sind , haben ebend darumm nach langer überlegung, den Beschluss gefasst aufzuhören. DEnn in Leipzig mit ihrer Dummen OI-Punk/ Skinszene die starken Einfluss hier auf Jüngere hat, sehen wir nicht mehr eine Große Chance dagegen zu halten und die Leute,zu Mobelisieren für Antifaschistische Aktionen.

Auch die bereitschaft was gegén Fascholäden zu machen die es in der Innenstadt gibt hat uns zu bedenken gegeben.

Aus diesen und anderen Anlässen sahen wir uns gezwungen aufzuhören, in Leipzig Linke Antifaschistische Arbeit zu tuhen.

Einige machen inziwschen was in Berlin mit mehr Erfolg, und ihnen und euch Wünschen wir weiterhin, viel Spaß und jede menge Wut,in ihrén Kampf. Lasst euch nicht erwischen....
Antifaschistische Jugend Front-Leipzig

Willkommen bei den Libertären Libellen!

Lust statt Frust - Raus aus den Nischen!

Seit einigen Monaten reift bei einigen Menschen die Idee, eine neue Location zu schaffen, um libertäre Ideen über die etablierte Alternativszene hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen. Dieses Projekt wurde deshalb bewußt nicht in den Connewitzer und Plagwitzer Kiezregionen angesiedelt. In einem ehemaligen Schreibwarengeschäft in der Leipziger Innenstadt eröffnete am 13. Juni der libertäre Laden „Libelle"!
Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten reinzuschnuppern, sich zu beteiligen und das Projekt mitzugestalten. Geplant sind Café-Zeiten mit wechselnden Themen, eine Bibliothek mit Literatur zu anarchistischer Theorie, selbstorganisierten Ansätzen, Kritik an Herrschaftsverhältnissen, und weiteren lesenswerten Büchern. Politische sollen sich mit kulturellen Veranstaltungen abwechseln, selbstorganisierte Seminare haben hier genauso ihren Ort, wie Ausstellungen und Filme. Ganz besonders wichtig ist der Anspruch, selbstorganisierten Projekten und Initiativen (Frei-)Raum zu verschaffen und zum Austausch und zur Vernetzung beizutragen.
Grundlage des Projektes ist es, sich möglichst unabhängig von Institutionen, wie Parteien, zu halten, nicht gewinnorientiert zu arbeiten und Hierarchiebildungen zu reflektieren und möglichst zu vermeiden.

Es ist uns wichtig, die entfremdenden Verhältnisse zu thematisieren, in denen wir leben, und nicht zu akzeptieren, dass die Menschen in Funktionen gezwungen und ihre Träume zerstört werden.
Es ist uns wichtig, ein weltweites ökonomisches System anzuprangern, das Milliarden von Menschen in Armut und Hunger zwingt und in den Tod treibt.
Wichtig ist uns ebenso die eigene Befreiung, die Sehnsucht nach einer anderen Gesellschaft, die nicht erst am St. Nimmerleinstag plötzlich da sein wird, sondern jetzt schon ansatzweise selbst organisiert werden muß und kann!
Dabei sehen wir uns nicht als kleine marginalisierte Randgruppe, sondern als Menschen, die etwas zu sagen haben, das für Viele von Bedeutung sein kann. Dabei wollen wir Theorie und Praxis gleichermaßen berücksichtigten, um sich weder in theoretischen Seifenblasen ständig im Kreise zu drehen, noch blind von Aktion zu Aktion zu taumeln. Wir wollen nicht gegen, sondern zusammen mit anderen Menschen agieren, wollen Anlaufpunkt sein für Interessierte an libertären Ideen, wollen diskutieren, uns austauschen und aktiv werden. Die „Libelle" soll in ihrem Rahmen ein kleiner aber feiner politischer, kultureller und sozialer Ort sein.
Libellen schwirren umher, lassen sich hier und dort nieder, Libellen sind bunt und flink, schillern in der Sonne, Libellen lassen sich nicht so leicht unterkriegen: Also Schluß mit dem Frust, besucht uns in der Kolonnadenstraße 19 in Leipzig, wir freuen uns auf Euch!

Kontakt

Libelle:	Kolonnadenstraße 19 04109 Leipzig
e-mail:	libelle-leipzig@gmx.de
finanzielle Hilfen:	Alternativ Leben e.V. BLZ: 250 100 30 Kto-Nr: 570 76 307 Verwendungszweck: Laden LE / Spende

* der Alternativ Leben e.V. stellt auch Spendenquittungen aus

Der folgende Text ist ein Überbleibsel einer nie gedruckten Incipito aus den Anfangstagen des diesjährigen Frühlings. Da wir die AutorInnen, den seit April wieder tätigen EA, und deren Bekanntheitsgrad unterstützen wollen, erscheint der Beitrag nun doch noch, trotz der zeitlichen Verzögerung. (d. Red.)

Nur weil man paranoid ist, heißt das noch lange nicht, daß man nicht doch verfolgt wird

Über eineinhalb Jahre nach den Protesten anläßlich des EU-Gipfels im schwedischen Göteborg ist die Repressionswelle gegen AktivistInnen nicht verebbt. Immer noch stehen Verfahren in Schweden oder im europäischen Ausland an. Auch in Deutschland laufen demnächst Prozesse gegen Leute, die in Göteborg selbst nicht eingefahren waren.
Bei der Arbeit der Soligruppen zeigte sich bald, daß die im Zusammenhang mit Gipfelprotesten stehende Repression eine andere Qualität „als gehabt" aufweist. Wir finden es wichtig, daß sich dessen bei Bedarf und auch sonst soviele Leute wie möglich bewußt sind, deshalb eine Zusammenfassung.

Bereits im Mai letzten Jahres wurde in den schwedischen Medien berichtet, daß die Göteborger Staatsanwaltschaft ihre Auswertung abgeschlossen habe und nun auch gegen ausländische Personen wegen ihrer angeblichen Teilnahme an den Ausschreitungen während des EU-Gipfels in den Herkunftsländern Anklagen anstrebe. Der Göteborger Staatsanwalt Thomas Ahlstrand äußerte gegenüber der schwedischen Zeitung „Göteborgs-Posten", daß die Ermittlungsergebnisse den jeweiligen Behörden ausgehändigt wurden. Es handele sich dabei um 18 Personen, davon sieben Personen aus Deutschland, die übrigen aus den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Finnland. Allerdings sind nach Angaben aus Ermittlungsakten 9 Personen betroffen, laut AnwältInnen wird gegen sogar gegen 11 Personen in Deutschland ermittelt. Der Tatvorwurf ist meist „våldsamt upplopp", zu deutsch „schwerer Landfriedensbruch".

Nach dem Europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafverfahren ist es möglich, daß solche Straftaten, auch wenn sie im Ausland begangen wurden, im Herkunftsland verhandelt werden. Allerdings können nur die Taten verurteilt werden, die in *beiden Ländern* strafbar sind. So konnte z.B. keine Anklage wegen „passiver Bewaffnung" oder Vermummung erhoben werden, da dies in Schweden keinen Straftatbestand erfüllt. Umgekehrt wird bei dem Ermittlungsverfahren in Holland gegen den Betroffenen beispielsweise nicht wegen „Landfriedensbruch" angeklagt werden können, da es dafür nur in Schweden eine juristische Grundlage gibt, nicht aber in Holland. Zwar wäre es theoretisch möglich, von schwedischer Seite aus nach Verbüßung einer etwaigen Strafe (zu der es in diesem Fall nur höchst unwahrscheinlich kommen wird) einen Auslieferungsantrag zu stellen und den „Strafüberhang" dann in Schweden verurteilen und verbüßen zu lassen; praktisch wird solcher Aufwand derzeit –sogar in Göteborg- Fällen- nicht betrieben.

Das Bundeskriminalamt (BKA) stellte den schwedischen Behörden –wie auch zuvor den italienischen- Auszüge der LIMO-Datei (linksextremistische Gewalttäter) zur Verfügung. In diese Datei zu geraten, ist heute nicht schwer, es reicht u.U. eine Personalienkontrolle in irgendeinem Zusammenhang mit einer Demo oder sonstigem. Die möglichen Folgen sind allerdings weitaus krasser: die Kommunen (Meldeämter) erteilen in einigen Bundesländern im Vorfeld Meldeauflagen/Ausreiseverbote für bestimmte Events, oder die Personen werden an den Grenzen umgehend zurückgeschickt, oder die Leute werden dann vor Ort im Ausland in Gewahrsam genommen und abgeschoben. Wer in Genua eingefahren war und auf der Liste stand, wurde noch mal schlimmeren

Schikanen ausgesetzt, als es so schon der Fall war. Einige der Personen, die jetzt im Nachhinein wegen der Ereignisse in Göteborg Verfahren am Hals haben, wurden mithilfe der LIMO-Datei ermittelt.

Auffallend hinsichtlich der Ermittlungen der schwedischen Behörden ist, daß diese einerseits einen enormen Aufwand betrieben, um die angeblichen TäterInnen zu ermitteln und andererseits im Vergleich zu deutschen Behörden der Stand der (Bild-)Technik viel weiter ist. Zumindest die jüngste Verhaftung in Berlin erfolgte nur aufgrund der Überprüfung von Bildmaterial; die schwedischen Behörden haben private, polizeiliche und Fernsehbilder/Fotos ausgewertet und lediglich daraufhin Leute identifiziert. Das schwedische Beweismaterial wird dabei von den deutschen Behörden als qualitativ hochwertiger eingeschätzt als die durchschnittliche hiesige Produktion. In einem anderen –ebenfalls Berliner- Fall gab es neben einem Foto der Person mit schwarzen Klamotten und Sturmhaube nur noch einen Beleg für eine mit Kreditkarte bezahlte Hotelrechnung für Göteburg.
Inwieweit bei den Prozessen sogenannte „humanbiologische Gutachten" eine Rolle spielen werden/könnten, ist noch unklar. Diese Methode, bei der z.B. Körperteile vermessen werden, wird seit mindestens 1997 als Beweismaterial verwendet und gehört inzwischen mit zum juristischen Standard. Abgesehen von Auffälligkeiten sind dabei besonders die Maße der Hand ausschlaggebend. Grundsätzlich gelten die Ergebnisse dieser Gutachten nie als so sicher wie die von Fingerabdrücken oder DNA-Analysen. Während deren Ergebnisse vor Gericht als 100% Wahrscheinlichkeit gewertet werden, liefert das Ergebnis einer Handvermessung also z.B. 85%. Wenn dann noch die anderen Körpermaße stimmen, andere Beweise vorliegen wie Kleidung, dann wird das gewöhnlich als 100%ig gewertet. Letztlich bleibt einiges im Ermessensspielraum des Gerichts.
Die Erfassung und juristische Verwendung gewöhnlicher Bewegungsprofile zu Beweiszwecken befindet sich noch im Anfangsstadium, was allerdings für polizeiliche Ermittlungen nicht zutreffen dürfte.

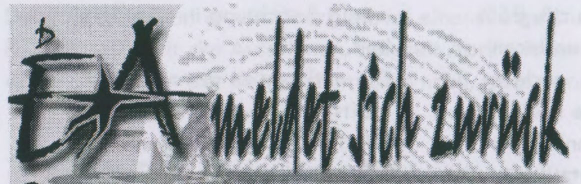
Daneben haben in Deutschland die Staatsanwaltschaften, BKA und LKA eigenständige Ermittlungen angestrengt. So wurden mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt, bei denen sich das Augenmerk auf durch Bildmaterial identifizierte Kleidungsstücke, Vermummungsutensilien, „passive Bewaffnung" (wie etwa Gasmasken, Helme) sowie Beweismaterial bezüglich der Anwesenheit in Göteborg (z.B. Stadtpläne) richtete.

Nach dem Gipfeltreffen wurden in Göteborg 62 Urteile gefällt. 55 endeten in einem Schuldspruch, 7 mit Freispruch oder Einstellung des Verfahrens. Von den Verurteilungen waren 41 Haftstrafen und 14 sonstige Strafen, wie z.B. Sozialstunden. Bei den Verurteilungen zu Haftstrafen liegt die durchschnittliche Haftlänge bei 13,6 Monaten. Die härtesten Haftstrafen bisher betreffen zwei Personen und liegen bei jeweils 2 Jahren und 6 Monaten. Im Gegensatz dazu wurden die Verfahren gegen die schwedischen Polizisten wegen ihres Schusswaffengebrauchs, der drei Schwerverletzte zur Folge hatte, alsbald eingestellt. Containerkessel um das Convergence Center, Kriminalisierung aller DemoteilnehmerInnen vor Ort durch ständige Personenkontrollen, willkürliche Festnahmen, Einsatz von Polizeihunden und -pferden fanden ebenso wenig Beachtung in der Öffentlichkeit.
Die evtl. nun zu erwartenden Haftstrafen werden „aus außenpolitischen Gründen" aller Wahrscheinlichkeit nach höher sein als bei vergleichbaren Vorwürfen im Inland (z.B. 1.5. Berlin).

In Schweden befindet sich eine Person seit ihrem Haftantritt am 22.01.2003 im Hungerstreik, aus Protest gegen die fragwürdige Beweislage der Verurteilung. Die Haftbedingungen sind miserabel (z.B. Fenster nicht schließbar). Am 08.02 traten in verschiedenen Haftanstalten acht Inhaftierte aus Solidarität in einen befristeten Hungerstreik.
Laut Aussagen der Polizei, aufgrund derer die Verurteilung erfolgte, soll er einen Göteborger Pflasterstein über 25 m weit geschleudert haben. Das sind 7,5 m weiter als ein trainierter Handballspieler laut einer unabhängigen Untersuchung der schwedischen Polizei schaffte. Ein offener Brief des Betroffenen an den Schwedischen Leichtathletikverband, in dem er die gerichtlich konstatierten „Tatsachen" anführte und um Aufnahme in das Nationalteam bat, blieb bisher unbeantwortet.

In Schweden mehren sich mittlerweile die Stimmen, die wenigstens eine Kommission zur Überprüfung der prozessualen Aufarbeitung des Gipfels fordern.

PS.: Solltet ihr oder Bekannte eventuell auch im Zusammenhang mit Göteborg oder anderen Gipfeln Ärger bekommen oder bereits bekommen haben, meldet euch bitte beim ex-kgb/EA Leipzig. (ea-leipzig@gmx.net)



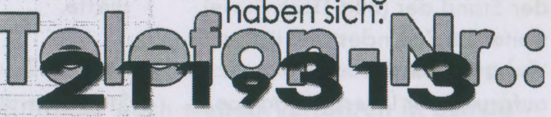
Wir freuen uns, euch allen mitteilen zu können, dass es ab sofort in Leipzig wieder eine UNABHÄNGIGE RECHTSHILFEGRUPPE gibt.
Vor über 10 Jahren gründeten einige engagierte Menschen das kgb (Koordinierungsgruppenbüro), um linke Leute zu unterstützen, die Streß mit Polizei und Justiz bekommen und machten seitdem kontinuierliche Antirepressionsarbeit.
Nach kurzer Unterbrechung für die letzten Monate aufgrund Auflösung der alten Gruppe haben sich jetzt wieder teilweise neue Menschen gefunden, die die Arbeit fortsetzen werden.
EA steht für ErmittlungsAusschuss und bedeutet erstmal, dass vor, während und nach Demos, Aktionen oder sonstigem Leute am Telefon (s. EA-Nr. unten) sitzen und sozusagen erste Maßnahmen ergreifen, wenn TeilnehmerInnen Probleme aller Art mit BeamtInnen bekommen, z.B. einfahren. Bei Bedarf werden sofort AnwältInnen des Vertrauens eingeschaltet. Weiter kümmert sich der EA meist auch darum, dass die Leute nach Entlassung aus dem Knast abgeholt werden. Sollte es danach zu einem Verfahren oder Strafprozeß kommen, vermittelt der EA ebenfalls AnwältInnen, für deren Bezahlung der EA ebenfalls angefragt werden könnte. Wenn die Betroffenen es wollen, wird auch Unterstützung durch Prozessbegleitung geleistet, d.h. Leute gehen als ZuschauerInnen mit, damit der/die Betroffene nicht alleine dasteht und der Justiz signalisiert wird, daß es "draußen" noch mehr Leute gibt.
Einmal pro Woche sind wir im Büro zu erreichen. Wenn Ihr außerhalb von Aktionen Ärger bekommt, z.B. Vorladungen, Anklageschriften usw., oder aber das Bedürfnis nach Anzeigen z.B. gegen Nazis, Polizeibeamte u.ä. verspürt, könnt ihr gerne erstmal im Büro vorbeikommen, damit wir euch bei Bedarf eineN AnwältIn vermitteln können.
Außerdem versuchen wir, zu den Themen Antirepression, innere Sicherheit, Befugnisse von Polizei und Staatsanwaltschaft usw., auch im europäischen Kontext, Menschen über die einschlägigen Szenepublikationen auf dem laufenden zu halten. Wir halten das einerseits für wichtig, damit die Betroffenen im Ernstfall ihre Rechte (und Pflichten) genau kennen, andererseits aber damit den Behörden ihre Ermittlungen nicht unnötig erleichtert werden. Bei Bedarf machen wir dazu nach Möglichkeiten auch Infoveranstaltungen.
Das alles kann aber auch nur funktionieren, wenn ihr mitmacht. Das heißt, die Initiative muß zuerst von euch ausgehen. Wir sind darauf angewiesen, dass ihr uns jeweils wichtige Dinge mitteilt.

UNABHÄNGIGE RECHTSHILFEGRUPPE

Das alles ist - eigentlich - nicht neu!

Wenn ihr z.B. auf einer Demo einfahrt, dann solltet ihr uns anrufen, damit wir entsprechend reagieren können.
Genauso solltet ihr aber auch anrufen, wenn ihr wieder entlassen seid, weil wir uns sonst vielleicht sinnlos die Nacht um die Ohren schlagen. Dasselbe betrifft Verfahren, d.h. wenn wir uns (nur) im Vorfeld gekümmert haben, wollen wir auch wissen, wie das ganze gelaufen und ausgegangen ist.

Ebenfalls nicht geändert haben sich:



und unsere

Büroadresse:
Bornaische Str. 3d in Connewitz.

Neu sind aber unsere

email-adresse:
ea-leipzig@gmx.net

sowie unsere



Und natürlich brauchen wir für unsere unbezahlten Bemühungen ständig viel Geld. Spenden sind deshalb stets willkommen.

Es gibt immer genug Gründe, überhaupt politisch aktiv zu werden. Im besten Fall laßt ihr euch natürlich nicht erwischen, was aber ja nicht immer klappt. Eine inaktive Szene jedoch braucht eigentlich keinen EA. In dieser Beziehung freuen wir uns deshalb über Arbeit.

KEINE AUSSAGEN BEI POLIZEI UND JUSTIZ!!!



6. Antirassistisches Grenzcamp in Köln vom 31.7.-10.8.

>> fuer globale bewegungsfreiheit
www.nadir.org/camp03
out of control
antirassistisches grenzcamp
6.
31.07.-10.8.2003 koeln
incl. 3-taegiges auftaktforum antirassismus ausbuchstabiert <<
>> verwertungslogik und rassistische ausgrenzung angreifen

Rund um den Globus...

machen sich täglich unzählige Menschen auf den Weg. Sie wandern in die Städte, die Nachbarstaaten oder die reichen Industrieländer, häufig mit Unterstützung eigener Community-Netzwerke oder professioneller SchleuserInnen. Die Einen fliehen vor Krieg, Verfolgung oder Diskriminierung, Andere handeln aus ökonomischer Not: Sie sind ihrer Existenzgrundlagen beraubt, nicht zuletzt durch die nackte Gewalt des kapitalistischen Weltmarktes. Ihre Hoffnung ist es, neue Einkommensquellen aufzutun, auch um das materielle Überleben zu Hause gebliebener Angehöriger sicherzustellen. Darüberhinaus ist die Suche nach neuen Horizonten ein ebenfalls zentrales Flucht- bzw. Migrationsmotiv, es mag um Fortbildung, Ausbrüche aus patriarchalen Strukturen oder einfach nur Glück gehen. Vielen passt der Mut und die Entschlossenheit nicht, welche Flüchtlinge und MigrantInnen an den Tag legen.

Vor allem die reichen Industrieländer scheuen keine Mühe, die von ihnen als zügellos und unberechenbar wahrgenommene Autonomie von Flucht und Migration unter Kontrolle zu bringen. Mittels Migrationspolitik versuchen sie, MigrantInnen und Flüchtlinge gemäß ökonomischer Verwertungslogik aufzuspalten: Auf der einen Seite stehen die, deren billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskraft erwünscht ist. Manche von ihnen verdingen sich als qualifizierte ExpertInnen - z.B. in der Computerindustrie. Die Mehrheit hingegen arbeitet im Niedriglohnsektor, nicht selten ohne Papiere: als Feld- und BauarbeiterInnen, als Textil-, Haus- und SexarbeiterInnen, als Reinigungskräfte, als Küchenpersonal oder DienstbotInnen. Sie sind Teil des globalen Arbeitsmarktes, der je nach Bedarf insbesondere die reichen Industrieländer mit zusätzlicher Arbeitskraft versorgt. Auf der anderen Seite stehen die Unerwünschten, für die es keine Verwendung gibt, aus denen kein Profit geschlagen werden kann. Sie sollen nach Möglichkeit gar nicht erst in die reichen Industrieländer einreisen. Schaffen sie es doch, so werden sie schikaniert, in Lager gesperrt oder abgeschoben. Zum Prinzip ökonomischer Verwertungslogik gehört, dass Flüchtlinge und MigrantInnen jederzeit von der einen in die andere Gruppe geraten können, auch ohne eigenes Zutun. Ausgesprochen zweischneidig ist die Situation für illegalisierte ArbeitsmigrantInnen: Werden sie erwischt, kommen sie in Abschiebehaft, noch ausstehende Lohnzahlungen gehen verloren.

Erklärtes Ziel des 6. Antirassistischen Grenzcamps...

ist es, dieser Politik samt ihrer ideologischen Wurzeln eine unmissverständliche und offensive Absage zu erteilen. Statt rassistischer Kontrolle und Ausgrenzung fordern wir das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo

immer und solange sie möchten! Wir sagen 'Nein' zu sämtlichen Techniken und Strategien globaler Migrationspolitik. Das Camp tritt an gegen rassistische und immer stärker transnational organisierte Kontroll- und Überwachungstechniken, gegen Abschiebe- und Lagerpolitik, gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen, gegen gezielte Illegalisierung und rassistische Abschreckung. Das Camp spricht sich auch gegen Nation und Nationalstaat aus, gegen rassistische und völkische Haltungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und weitere Entrechtungen, denen Flüchtlinge und MigrantInnen besonders stark ausgesetzt sind. Grundsätzlich geht es dem Camp aber um die Demontage von Herrschaftsverhältnissen insgesamt. Denn kapitalistische, patriarchale und andere Herrschaftsverhältnisse machen nicht nur das Leben von MigrantInnen und Flüchtlingen immer wieder zur Hölle. Nein, sie betreffen alle Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Weise: Weltweit werden, ob in der Peripherie oder den reichen Industrieländern, immer mehr Menschen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu immer mieseren Bedingungen zu verkaufen. Ein allgemeiner Mobilitäts- und Flexibilitätsterror greift um sich. Mit am meisten betroffen sind Menschen ohne Erwerbsarbeit. Das Grenzcamp begreift sich in diesem Sinne als ein Projekt unter vielen innerhalb des globalen Widerstandes. Unser Blickwinkel ist antirassistisch, unser Ziel die revolutionäre Globalisierung - eingebettet in die alltägliche Praxis sozialer und emanzipatorischer Basisbewegungen!

Auftaktforum

Am Anfang des diesjährigen Grenzcamps wird erstmalig ein 3-tägiges Auftaktforum unter dem Titel „Antirassismus ausbuchstabiert" stehen. In Workshops, Vorträgen, Plenumsdiskussionen, etc. kann in die Schwerpunkte des diesjährigen Grenzcamps eingetaucht werden. Außerdem soll eine prinzipielle Debatte darüber erfolgen, welche politische und strategische Bedeutung Antirassismus hat. Erst im Anschluss soll's auf die Strasse gehen, soll öffentlichkeitswirksam und gezielt interveniert und natürlich auch die eine oder andere Veränderung errungen werden. Antirassistisches Campen heißt für uns immer auch, experimentelle Schritte in Sachen Utopie zu unternehmen: Schließlich ist es immer wieder spannend, all die Fragen anzugehen, die sich ergeben, sobald bis zu 1000 Menschen mit zum Teil völlig unterschiedlichen Perspektiven und Lebensrealitäten aufeinandertreffen und 1 ½ Wochen lang Politik & Alltag kollektiv organisieren. Die Herausforderung wird um so größer sein, je vielfältiger und je internationaler das Camp zusammengesetzt ist und je stärker Flüchtlinge, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund gleichermaßen am Camp beteiligt sind. Politisch ist das Camp auch deshalb bedeutsam, weil es eine Plattform für Selbstorganisierung darstellt!

Schwerpunkte und Interventionsorte

Um es fassbarer zu machen, haben wir das Motto des diesjährigen Grenzcamps in drei Schwerpunkte untergliedert. Und auch haben wir einige der möglichen Interventionsorte etwas genauer unter die Lupe genommen:

1. Kontrolle & Überwachung:

Die vor allem im Auftrag der reichen Industrieländer operierende International Organisation of Migration (IOM) ist Inbegriff moderner Migrationspolitik schlechthin: Sie unterhält weltweit Büros zur Ausspähung von Flucht- und Migrationsbewegungen, betreibt gefängnisartige Flüchtlings(abfang)lager, unterstützt Regierungen bei der Aufrüstung ihrer Grenzregime und ist auch an der sogenannten freiwilligen „Rückführung" von MigrantInnen und Flüchtlingen beteiligt - allein im Jahr 2000 hat es 76000 IOM-vermittelte „Rückführungen" aus der BRD gegeben.



Umgekehrt ist die IOM in die Rekrutierung von Arbeitskräften involviert, z.B. aus Ecuador für den spanischen Arbeitsmarkt. Das internationale noborder-Netzwerk hat vergangenes Jahr eine weltweite Anti-IOM-Kampagne ins Leben gerufen, ein Grund mehr, der von Köln aus äußerst gut erreichbaren deutschen IOM-Zentrale in Bonn/Bad Godesberg einen entschlossenen Besuch abzustatten!

Ein weiterer Akteur innerhalb global ausgerichteter Migrationspolitik ist das in Köln ansässige Ausländerzentralregister (AZR): Es speichert Daten sämtlicher in Deutschland lebender Menschen ohne deutschen Pass. Erfasst werden nicht nur Personalien (inkl. Bild, Fingerabdruck und neuerdings biometrischer Informationen), sondern auch Daten über familiäre, soziale und sonstige Verhältnisse. Zugriff auf den AZR-Datenbestand haben Polizei, Staatsanwaltschaften und andere Behörden genauso wie Arbeits- und Sozialämter. Die rassistische Sondererfassung durch das AZR dient einerseits der möglichst lückenlosen Überwachung von MigrantInnen und Flüchtlingen - das AZR ist deshalb auch mit dem Schengener Informationssystem (SIS) kurzgeschlossen, einem elektronischen EU-Informationsverbund. Andererseits sind sämtliche dieser Techniken im Zusammenhang mit grundsätzlichen Überwachungstendenzen zu sehen: Ziel ist es, im Namen nationaler Wettbewerbsfähigkeit die Kontrolle und Disziplinierung der gesamten Bevölkerung auszubauen. Seit einem Anschlag der Revolutionären Zellen auf das AZR 1986 ist dieses bestens überwacht. Es wird sich dennoch auf so manches gefasst machen müssen.

Rassistische Personenkontrollen im Landesinneren gehören ebenfalls zum EU-Grenzregime: Einzig aufgrund ihres vorgeblich 'nicht-deutschen' Aussehens sind unzählige Menschen in Zügen, auf Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen permanent mit Personenkontrollen durch Polizei und Bundesgrenzschutz konfrontiert. Begründet wird dies offiziell mit der Suche nach papierlosen MigrantInnen oder Flüchtlingen, die gegen die Residenzpflicht verstoßen (eine Verordnung, welche es Flüchtlingen im Asylverfahren verbietet, den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen.). Regelmäßig werden auch rassistische Vorurteile wie z.B. das des drogendealenden 'Schwarzafrikaners' als Begründung angeführt. Die Selektivität solcher Kontrollen ist rassistisch und demütigend. Hinzu kommt, dass sie oft mit gezielten Beleidigungen einhergehen oder in handfeste Gewalt ausufern. Der Hauptbahnhof ist einer der prominentesten Orte rassistischer Kontrollen in Köln. Das Grenzcamp wird sein Bestes tun, der dortigen Kontrollmaschine zumindest kurzzeitig Sand ins Getriebe zu streuen.

2. Arbeit und Verwertung:

Wie autonom und subversiv Arbeitsmigration tatsächlich ist, darüber herrscht Streit. Klar ist lediglich, komplett verstehbar ist sie erst unter Bezugnahme auf kapitalistische Weltmarktstrukturen: Denn ohne Zerstörung konkreter Existenzmöglichkeiten in den Ländern der Peripherie und ohne vermehrte Nachfrage nach migrantischer Arbeitskraft in den reichen Industrieländern - beides im Zuge globaler Konkurrenz und Umstrukturierung - gäbe es Arbeitsmigration in der heutigen Form nicht. Ähnlich zweischneidig ist die Situation in den Zielländern: Zum einen organisieren sich viele ArbeitsmigrantInnen im Rahmen solidarischer Community-Netzwerke selbst, nur so ist es überhaupt möglich, dass allein in Deutschland ca 1,7 Mio. illegalisierte Menschen überleben können. Gleichzeitig ist die Mehrheit der ArbeitsmigrantInnen mit absolut miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert. Auf dem Grenzcamp soll Platz dafür sein, all dies so breit als möglich zu thematisieren. Unter anderem kann das bedeuten, sich praktisch auf aktuell laufende Kämpfe oder Streiks zu beziehen.

Wichtig ist es insgesamt, die Geschlechtsspezifik nicht aus den Augen zu verlieren: Im Zuge patriarchaler Verhältnisse sind die Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern weltweit unterschiedlich wenn nicht hierar

>>>film<<< volume 1 kanak TV<>40 Jahre Einwanderung>Weißes Ghetto>Das Märchen von der Integration

- Zum sechsten Mal jährt sich in diesem Sommer das antirassistische Grenzcamp. Erklärtes Ziel ist es, rassistische Ausgrenzung und Kontrolle, sowie die kapitalistische Verwertungslogik des globalen Arbeitsmarktes zu thematisieren und anzugreifen.
- In den Mittelpunkt von Interventionen und Diskussionen rücken einerseits die Kontrollmaschinerien moderner Migrationspolitik, samt ihrer repressiven Abschreckungs,-und Abschiebepolitik. Andererseits soll die kontroverse Frage um das emanzipatorische Potential und die Autonomie von Migration vor dem Hintergrund kapitalistischer Arbeits,-und Ausbeutungsverhältnisse ins Blickfeld rücken.
- Dem Camp voran geht in diesem Jahr ein dreitägiges Auftaktforum, um der Debatte um die strategische und politische Bedeutung von Antirassismus und seiner Verortung in einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik mehr Raum zu geben.
- In der Veranstaltung möchten wir über die Geschichte des Grenzcamps, die Interventionensmöglichkeiten und Inhalte des diesjährigen Camps in Köln, die Idee des Forums, sowie das Organisatorische berichten und diskutieren. Schließlich soll auch die Möglichkeit und Form einer gemeinsamen Aktion auf dem Camp zur Debatte stehen.

<www.nadir.org/camp03>
<<>> >><<
antira-leipzig@nadir.org
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/antira-leipzig

vorläufiges Programm Auftaktforum

Stand 18. Juni 2003
Aktualisierungen: http://public.nadir.org/camp03

Donnerstag 31.7.

18 Uhr
Eröffnungsgala. Vorstellung des Programms und der Workshops

Freitag 1.8.

10 Uhr
Auftaktveranstaltung „Antirassismus ausbuchstabiert" -
kurze Inputs (angefragt sind u.a. respect, kanak attak, Karawane, elexir-a), Diskussion

Freitag/ Sonnabend 1./2.8.

Vorträge und Workshops :
Mark Terkessidis: Rassismus ist KEIN Vorurteil.
Oliver Demny: Rassismus mit System.
Alex Demirovic: Rassismus: Ideologie und/oder Diskurs?
„Linker Rassismus und die Globalisierung von Rechten" -- Ein Workshop von kanak attak und den kritischen MigrantInnen Duisburg .
„Stop the Deportation - For Free Movement without Racist Persecution."
Arbeit und Migration
International Organisation for Migration
Freedom Toast
Lager/Knäste: Demontieren statt Internieren
Direct Action

Sonntag 3.8.

10 Uhr
Abschlussveranstaltung. „Antirassistische Praxis"

chisch strukturiert! Dies festzuhalten heißt nicht, dass Frauen auf der Flucht oder in der Migration prinzipiell schlechter gestellt wären als Männer. Denn für viele Frauen bedeutet Flucht und Migration einen antipatriarchalen Zugewinn an Autonomie, Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit. Zum Teil wird dies jedoch durch neue Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse in den Zielländern überlagert - z.B. in der Haus- oder Sexarbeit. Zugespitzte Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse betreffen im Zeitalter ökonomischer Globalisierung die allermeisten - wichtige Stichworte sind z.B. die Ausweitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse oder die zunehmende Repression gegen Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen (Stichwort ‚Hartz'). Unter antikapitalistischen Vorzeichen soll es auch darum auf dem Grenzcamp gehen.
Nicht minder notwendig ist es, immer wieder die historische Dimension von Arbeit und Verwertung in Erinnerung zu rufen: Bis heute ist die Mehrheit der noch lebenden NS-ZwangsarbeiterInnen nicht entschädigt worden. Um so skandalöser ist es, dass die neue schwarz-grüne Stadtregierung in Köln den Besuchsprogrammen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen die Gelder gestrichen hat. Wir werden das nicht unbeantwortet lassen!

3. Abschiebung & Abschreckung:

Aus der EU werden jährlich bis zu 500.000 Menschen abgeschoben. Und selbst das ist den Abschiebestrategen nicht genug: So hat z.B. Großbritannien vorgeschlagen, Flüchtlinge rund um den Globus in UN-verwalteten Lagern unterzubringen, etwaige Asylanträge müssten dann in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregionen errichteten Lagern gestellt werden. Entsprechend gibt es in der BRD schon seit längerem das Bestreben, Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens in Lagern unterzubringen, um so die Abschiebung zu erleichtern. Hamburg schwebt gar eine Kombilösung aus „Ein- und Ausreisezentren" vor - zynischer geht's nicht! Abschiebe- und Abschreckungspolitik gehören zusammen: Ob Unterbringung in Sammellagern, Residenzpflicht oder Chipkartensystem, alles das soll potentielle AsylbewerberInnen abschrecken. Das Grenzcamp wird dieser Politik einen heißen Sommer bereiten: Wir werden unsere guten Erfahrungen vom Frankfurter Camp nutzen und die Abschiebeflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn lahmlegen. Auch werden wir zum Frauenabschiebeknast Neuss fahren, nicht zuletzt um uns mit den weltweiten Antilager-Kämpfen von Flüchtlingen zu solidarisieren. Schließlich werden wir die Stadt Köln unter Druck setzen, aus der, wie es offiziell heißt, „Abschreckungspolitik" auszusteigen. Wir fordern konkret das Ende aller gegen Flüchtlinge gerichteten Schikanen und Repressionen, insbesondere fordern wir das Recht auf freie Wohnungswahl für alle Flüchtlinge, die das wünschen! Last but not least: Unser Widerstand gilt nicht nur dem Staat, sondern allen, die Abschiebungen und rassistische Abschreckung gutheißen, wenn nicht selber praktizieren - mag es sich um Stiefelnazis, Wohlstands-ChauvinistInnen oder wen auch immer handeln!

Politisches Selbstverständnis

Zu guter Letzt: Politisches Selbstverständnis des Grenzcamps ist es, immer wieder die inhaltlichen Verbindungslinien zwischen

themenspezifischen Einzel-Aktionen und genereller Kritik an rassistischen und anderen Herrschaftsverhältnissen sichtbar zu machen. Das aber ist einfacher gesagt als getan. Vor diesem Hintergrund gewinnen Projekte wie z.B. die von kanak attak und anderen Gruppen stark gemachte „Legalisierungsoffensive" ihre spezifische Bedeutung. Denn diese bezieht sich nicht nur auf Menschen ohne Papiere. Vielmehr geht es um sämtliche Varianten rassistischer Illegalisierung, das heißt um sämtliche Entrechtungen, mit welchen es Flüchtlinge und MigrantInnen zu tun haben - einschließlich der Vielfalt alltäglicher Widerstandsformen dagegen. In diesem Sinne ein abermaliger Appell: Das Grenzcamp begreift sich als offener Ort. Ob beim Auftaktforum oder auf dem Camp, Debatten um die bestmögliche Verknüpfung der verschiedenen Strategien, Schwerpunktsetzungen und Selbstverständnisse sind ausdrücklich erwünscht!

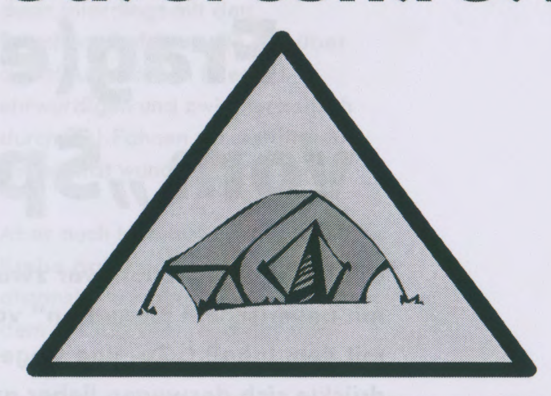
Geschichte der Antirassistischen Grenzcamps

Die ersten drei Grenzcamps (1998-2000) haben mit bis zu 700 TeilnehmerInnen an der deutschen EU-Außengrenze nach Polen bzw. Tschechien stattgefunden. Thematisiert wurden vor allem das europäische Grenzregime, die Denunziationsbereitschaft von Teilen der Bevölkerung und die zunehmend repressive deutsche bzw. EU-Flüchtlingspolitik. Am 4. Grenzcamp in Frankfurt haben bis zu 1.500 Menschen teilgenommen. Im Mittelpunkt stand insbesondere der Frankfurter Flughafen als größter Abschiebeflughafen Deutschlands. 2002 gab es mehrere Camps mit antirassistischem Fokus, unter anderem die Land-in-Sicht-Tage in Hamburg gegen ‚Autoritäre Formierung' und das 5. Grenzcamp in Jena, auf welchem erstmalig die Probleme in der politischen Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund näher beleuchtet wurden. Das Grenzcamp wird getragen von Gruppen und Einzelpersonen aus dem undogmatisch-linksradikalen Spektrum, von selbstorganisierten Flüchtlingen und MigrantInnen (The Voice und andere), von Menschen aus dem kein mensch ist illegal-Netzwerk, etc.

Kleines Köln-ABC

Köln liegt am Rhein, knapp 100 km von der belgisch-niederländischen Grenze entfernt. Gerne präsentiert sich die Stadt als weltoffen und multikulturell. Immerhin haben ca 20 Prozent der knapp 1 Millionen KölnerInnen einen migrantischen Hintergrund, häufig in 2. oder 3. Generation. Unterm Strich entpuppt sich Köln jedoch als genauso rassistisch wie jede andere Stadt auch. Erwähnt seien nur die gezielte Unterbringung von Flüchtlingen auf Container-Schiffen, die Stigmatisierung bestimmter MigrantInnen-Kinder als kriminelle Gangs durch große Teile der lokalen Presse oder die rechtsradikale „Bürgerbewegung" ProKöln. Köln ist desweiteren nicht nur Industrie-, sondern auch Medien- und Wissenschaftsstandort. Die sozialen Gegensätze sind dementsprechend groß. Politisch ist Köln jahrzehntelange in sozialdemokratischer Hand gewesen. Nach zahlreichen Korruptionsskandalen hat Köln heute als bislang einzige Großstadt in Deutschland eine konservativ-grüne Stadtregierung. AktivistInnen sollten sich auch notieren, dass Köln insbesondere im Sommer zum Tummelplatz für TouristInnen wird - schließlich dürfte sich hieraus so manches Aktionsfeld ergeben.

Out of control !



Praktisches

JedeR von euch sollte nach Möglichkeit Zelt, Schlafsack und einen Campbeitrag von 10-15 Euro mitbringen. Auf dem Camp wird es einen FrauenLesben-Zeltbereich geben. Fürs Essen sorgen Volksküchen - mit tatkräftiger Unterstützung durch Euch! Moderierte Plena finden täglich statt, und auch warten auf euch ein Infozelt, eine Pressegruppe, eine Willkommensgruppe, ein Internet-Zelt und vieles mehr. Der genaue Ort für die Campwiese steht noch nicht fest.
Das Auftaktforum findet in der Fachhochschule Köln-Deutz, Betzdorfer Straße 2, 50679 Köln statt.

Kontakt

e-mail: camp03@infoladen.net
Camp: http://www.nadir.org/camp03
Auftaktforum: http://www.nadir.org/kongress03
Montags und Donnerstags **telefonisch:** (+0049) (0) 221/9526367

Weitere Camps in Europa

19.6 - 21.6.: EU-Gipfel in Thessaloniki/Griechenland
2.7. - 5.7.: Noborder-Camp in Krynki/Polen
26.7.-3.8.: Noborder-Camp in Bari/Italien
11.- 14.9.: Anti-Lager-Camp in Nürnberg/Deutschland

Mark Schneider

Frag(en und Mo)mente vom „Spiel ohne Grenzen“

Die Incipito-Redaktion war zwar fast vollständig zum SPOG – dem „Multinationalen Kongress mit bayerischem Biergarten“ vom 23.-25. Mai 2003 in München – angetreten, konnte dann aber mit dem Inhalt („Zu- und Gegenstand der ‚Antiglobalisierungsbewegung‘„) nicht viel anfangen, drückte sich deswegen lieber am eigenen Verkaufstisch rum und bewachte auch vorbildlich den benachbarten der Phase 2. Deren RedakteurInnen waren somit nicht nur in der Lage, Referate auf dem Kongress zu halten, sondern wurden auch von der Incipito-Redaktion gebeten, Fragmente zum SPOG abzuliefern. Dem sei hiermit Genüge getan.

Als erstes ist der Incipito-Redaktion zu bescheinigen, dass sie nicht viel verpasst hat. Der Kongress war – entgegen dem Wirbel davor und danach – recht langweilig. Fast alle ReferentInnen recycelten alte Artikel oder lasen sie gleich unverändert vor. Wer in den letzten Jahren die Jungle World, konkret, Phase 2 oder Bahamas gelesen hatte und über ein gutes Gedächtnis verfügt, konnte sich an dem Spiel „Aus welchem Text stammt die gerade verlesene Passage?“ beteiligen. Als Spielverderber outeten sich u.a. der Bahamas-Autor Marcel Malachowski, der zu Referatsbeginn die Quellenangabe seines Textes lieferte (Bahamas 38/ 2002), den er dann recht leidenschaftslos vortrug, sowie der Stefan Eggerdinger, der mit seiner Münchner Zeitschrift „Streitbarer Materialismus“, die nördlich von Bayern unbekannt ist, die beiden Leipziger Rate-Teams vor den Kopf stieß. Spannend hingegen die konkret-Autoren Trampert und Ebermann, die eine brilliante Revue durch ihre mehrjährige Veröffentlichungspraxis präsentierten, und selbst konkret-Herausgeber Gremliza veröffentliche sein Auftaktreferat dankenswerterweise erst nach dem Kongress in seiner Zeitschrift – und nicht wie Peter Bierl schon vorab in der Jungle World.

Die Taktik des Incipitos, am Verkaufstisch herumzulungern, erwies sich – zumindest was die Bahamas-Kriterien betrifft, die vom SPOG als „Marketingevent von vier linken Zeitschriftenredaktionen inklusive schlechter Erlebnisgastronomie“ schreibt – als erfolgreich: „Die nun folgende Mittagspause nutze ich einerseits für einen Happen Humus und andererseits für ein gemütliches Schmökern bei den anwesenden Ständen in der ‚Uni-Wendelhalle‘. Dort erwarb ich eine Ausgabe der Leipziger Zeitschrift ‚Incipito‘, in der ja die ‚Wertkritischen Kommunisten Leipzig‘ ihre Antwort auf das Bashing von Robert Kurz bzgl. des Kongresses veröffentlicht haben. Aber ich war eher enttäuscht, da ich dachte, auch die restlichen Texte hätten dieses Text-Niveau. Hatten sie aber nicht. *grummel* habe ich mir gedacht, denn ich hatte geschwankt, ob ich mir vielleicht doch lieber die neue alte PHASE ZWEI hätte holen sollen. Zwar sind die Texte von denen online, aber so zum reinstreichen macht sich so eine Printausgabe irgendwie doch besser“ schreibt der einzige, wenigstens noch halbwegs ernstzunehmende Schreiberling auf Indymedia im vierten Teil seines Kongress-Berichtes, dessen eigenes Text-Niveau nun nicht dem Spott preis gegeben werden, sondern zur Bebilderung des Diskussions-Niveau auf dem Kongress dienen soll.

Den ReferentInnen nun vorzuwerfen, sie hätten nur Altbekanntes vorgetragen, oder der Kongress-Vorbereitung ankreiden zu wollen, sie hätten die falschen ReferentInnen eingeladen, geht am eigentlichen Problem vorbei. Die ReferentInnen waren in der inhaltlichen Bandbreite das beste und einzig akzeptable, was es zur Zeit auf dem „Theorie-Markt“ zu haben gibt. Dass einige sich nicht besonders viel Mühe gegeben haben, lag eher daran, dass sie sich der Vergeblichkeit ihres Tuns bewusst sind: Sie können noch so oft die (Anti-)Globalisierungsbewegung kritisieren, an der Attraktivität der Bewegung ändern sie damit nicht viel. Das Altbekannte hätte für Leute aus der Bewegung oder generell junge Menschen, die die oben genannten Zeitschriften nicht schon seit Jahren durchackern,

durchaus neu und interessant sein können. Allerdings waren diese kaum da. Mangels konträrer Positionen entwickelten sich kaum interessante Diskussionen, denn bis auf einige ergrauten Attac-Aktivisten (die zu jedem Referat nur zu sagen wussten, dass man das mit dem Antisemitismus nicht pauschalisieren dürfe und Attac ja nicht die ganze Bewegung sei) sowie deren Pendant, die antideutschen Buttonträger (die bis auf die Abschlussveranstaltung – als es um die Reinheit in den eigenen Reihen, nämlich gegen das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus ging – kaum etwas sagten, sondern nur penetrant ihnen genehme Positionen abklatschten, so dass sich sogar ihr Guru Grigat genötigt sah, sie mit dem Spruch „Wir sind hier nicht auf einem Parteitag" zurechtzuweisen), tummelten sich beim SPOG nur gelangweilte Gleichgesinnte, die im Großen und Ganzen in allen Punkten übereinstimmten und Detailfragen lieber nicht ansprechen wollten. Der Rahmen des Kongresses hätte es nämlich hergegeben, nicht nur die kaum anwesende (Anti)Globalisierungsbewegung und deren Mythen zu kritisieren, sondern sich genauer darüber zu verständigen, wie die Kritik aussieht und welche Konsequenzen das hat; was der Unterschied von „sich ihr entgegenstellen" und „kritisch in sie hineinwirken" ist, anstatt diese Differenz einfach vertuschen zu wollen; sich mit den KritikerInnen (Bahamas, Krisis) der Konferenz auseinanderzusetzen, anstatt nur primitive Witze über Robert Kurz (Krisis) und alberne Anektoden aus dem früheren Leben des Justus Wertmüller (Bahamas) zu erzählen.

Dass die KongressteilnehmerInnen im eigenen Saft schmorten lag wohl zum großen Teil an den Grabenkämpfen innerhalb der Linken. Robert Kurz veröffentliche vorab ein Pamphlet unter dem Titel „Das Spiel ist aus", in dem er den SPOG als „Schlesiertreffen der reaktionären Linken" diffamierte, an dem sich „Antideutsche Kriegshetzer, Globalisierungsleugner, Altstalinisten und nützliche Idioten" beteiligen würden. Die dort entfaltete anti-antideutsche Polemik, die hauptsächlich auf der Verschwörungstheorie basiert, Jungle World und konkret seien die Vorfeldorganisationen der Bahamas oder gar der USA, wurde von der Krisis-Redaktion ausdrücklich unterstützt. Es fand aufgrund der Veröffentlichung in indymedia und anderen Online-Magazinen sowie in der jungen Welt eine große Verbreitung und zog die üblichen primitiven Hetztiraden auf indymedia nach sich. Eine sich antinationalistisch nennende Gruppe aus München kündigte gar auf indymedia militante Aktionen gegen den Kongress an – die einzige Auseinandersetzung, die



das Potential gehabt hätte, ins Handgreifliche abzudriften, gab es dann allerdings mit den Burschenschaftlern, die sich über das Hausverbot in ihrer altehrwürdigen und zwischenzeitlich durch FDJ-Fahnen verunstalteten Universität wunderten.

Aber auch innerhalb antideutscher Kreise gab es eine abwartende bis distanzierte Haltung gegenüber dem SPOG. Während der Kongress für einige als Schimpfwort taugte, fuhren andere hin und übten sich in ihren Ritualen: Alle, die anderer Meinung sind, als dummer Spinner ansehen, gehaltvolle Flugblätter verteilen und weniger geistreiche Kommentare abgeben – und immer auf das deutsche Reinheitsgebot für's Theoriegebräu achten.

Die SPOG-Vorbereitungsgruppe ging damit allerdings nicht souverän um, sondern ließ sich auf das

Spiel (daher wohl auch der Titel: Spiel ohne Grenzen – jetzt, wo für die marginalisierte Linke eh alles egal ist und wir uns verbissen mit Strategiespielchen zu amüsieren vorgeben) ein. So wurden zwar vier ReferentInnen der Bahamas eingeladen, deren Mitarbeitet bei dieser Zeitschrift aber bewusst nicht genannt, um nicht als antideutsch zu gelten. Ein Büchertisch der Bahamas wurde anfangs mit absurden Ausreden abgelehnt – und sich mit Robert Kurz auseinanderzusetzen schien unter aller Würde.

In dieser Athmosphäre der Diffamierung und Abgrenzung beschränkte sich der Kongress in der Präsentation des Wissens- und Diskussionsstandes innerhalb der Zeitschriften und Gruppen, aus denen die ReferentInnen kamen, ohne vorwärtsweisende Debatten ermöglicht zu haben. So verhallte die – angesichts der gebetsmühlenartigen Verwendung des Begriffes vom strukturellen Antisemitismus der verkürzten oder falschen, weil personalisierenden und auf die Zirkulationsebene beschränkten Kapitalismuskritik der (Anti-)Globalisierungsbewegung – kühne These des Referenten von Kritik & Praxis (ex-AAB), dass die Verwendung dieses Begriffes keinen Sinn mache, oft nur der Inflationierung und Entwertung des Antisemitismus in die Hände spiele und der Diffamierung des „spontanen Antikapitalismus“ diene. Sein Vorredner Schmidinger von der Zeitschrift Context XXI aus Österreich hat gerade noch behauptet, die Pogrome gegen chinesische KleinhändlerInnen in Indonesien, gegen Moslems in Indien, gegen ArmenierInnen in der Türkei oder die Anfeindungen gegen KoreanerInnen durch Afro-AmerikanerInnen in den USA wären Beleg für den strukturellen Antisemitismus sich antikapitalistisch gebärdender Bewegungen. Er verortete den strukturellen Antisemitismus zeitlos (seit der Frühgeschichte bis heute) überall da, wo mittels Verschwörungstheorien die Aufspaltung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital vorgenommen wird. Der Kritik & Praxis-Referent beharrte jedoch darauf, dass der Antisemit zwar keine realen Juden für seinen Hass benötigt, Antisemitismus aber sehr wohl etwas mit dem imaginierten Weltjudentum und seiner Machenschaften zu tun haben muss, um als solcher bezeichnet werden zu können. Dies hätte der Anfang für eine wichtige Auseinandersetzung sein können, doch weder Publikum noch die ReferentInnen waren gut genug darauf vorbereitet und willens, diese auch zu führen.

Das Dilemma des Kongresses wurde auch beim Abschlussplenum deutlich. Der präsentierte Theoriemix in den einzelnen Vorträgen wurde nicht zusammengeführt, Widersprüche benannt, Ergebnisse herausgearbeitet und Perspektiven aufgezeigt. Vielmehr saßen auf dem Podium drei GruppenvertreterInnen (Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus, La Banda Vaga, PDS München), die nicht repräsentativ für den Kongress waren und sich von einigen Bahamas-AutorInnen im Publikum eine Diskussion über den Irakkrieg aufzwingen ließen. Dabei standen die einzelnen Kongress-Veranstaltungen recht unvermittelt nebeneinander und die postulierten politischen Imperative (Wiederbelebung des Klassenkampfes der 20er Jahre oder des Kampfes um kulturelle Hegemonie, Solidarität mit Israel oder mit Londsdale-TrägerInnen, postkoloniale Befreiung oder koloniale Befriedung, Kritik am Empire-Buch oder am Multikulturalismus, Aufklärung oder Verurteilung der (Anti-)Globalisierungsbewegung, Kampf dem Antiamerikanismus oder der antideutschen USA-Liebe) erhielten keine Gewichtung, so dass man schon ziemlich abgebrüht sein muss, um nicht verärgert oder verwirrt nach Hause gefahren zu sein.

Der Bayerischer Biergarten, das Puppentheater, das gute Wetter, die anderen touristischen Attraktionen der Stadt und das rätselhafte Spektakel der türkischen BMW-ArbeiterInnen angesichts des Sieges der Türkei beim Grand Prix d'Eurovision entschädigten für die Kongress-Strapazen – und das Wissen darum, dass es der bessere war im Vergleich zu den beiden, die zwei Wochen später folgen sollten (BUKO in Bremen, Antideutscher Kongress in Berlin – aber darüber vielleicht mal in einem anderen Bericht in der Incipito).

Wer mehr wissen will: Im Herbst 2003 wird ein Buch zum Kongress erscheinen. Ausführlichere Informationen sowie Links zu den besprochenen Texten befinden sich alle unter www.spiel-ohne-grenzen.org.

Zeugnisse, die man selten braucht (30)

ZEUGNIS

Mark Schneider kann nix schreiben Deutsch, auch nicht denken. Beweis dafür zu finden in Incipito, auch Phase 2.

Justus Wertmüller

Deutschlehrer und Verfasser kurzweiliger Reisebeschreibungen

Weltkrieg gegen die Juden?

Eine Verteidigung der linken Antikriegsposition und eines kommunistischen Antikapitalismus

Ein wenig Recht hat die Bahamas schon, wenn sie den Kongress „Spiel ohne Grenzen", welcher vor kurzem in München stattfand und an dem sich auch VertreterInnen des BgR und der Phase2 beteiligten, ein „*Marketingevent von vier linken Zeitschriftenredaktionen inklusive schlechter Erlebnisgastronomie*" nennt. (Alle kursiven Zitate ohne Anmerkung sind aus dem Flugblatt der Bahamas „Kommunismus statt Antikapitalismus" entnommen, welches in München verteilt und von Justus Wertmüller (Bahamas) zur gleichnamigen AKG Veranstaltung verlesen wurde.) Erwähnenswert ist da vielleicht noch, dass auch die Redaktion der Bahamas an ihrem Stand das eine oder andere Heft losgeworden ist, so dass es vielleicht nicht nur vier Zeitschriften gewesen sein mögen. Sicher war die Bahamas nicht Mitveranstalter der Konferenz und doch scheint der Vorwurf angesichts der Verkaufstände und der Verpflegung anlässlich der Antideutsch-Kommunistischen Konferenz u.a. der Bahamas in Berlin am letzten Wochenende reichlich schwach. Die den TeilnehmerInnen des Kongresses in München so überschwänglich im Flugblatt der Bahamas vorgeworfene „*Abwehr der Zumutungen antideutscher kommunistischer Kritik*" muss ebenso wohl von den Organisatoren des Kongresses dann doch nicht so effektiv betrieben worden sein, denn außer Stefan Grigats Referat über Israelsolidarität waren noch mehrere andere Bahamas Autoren teilweise mit eigenen Vorträgen anwesend und auch sonst schien die Konferenz doch zumindest antideutsch „*verseucht*" (R.Kurz) zu sein.

Ohne Zweifel war das „Spiel ohne Grenzen" wenig ergebnisreich und von einer leicht verstörenden diskursiven Schizophrenie gekennzeichnet. Dieser Eindruck drängte sich auf, als sowohl der Phase2 Vertreter für eine, im Positionspapier des BgR zum Irakkrieg ausargumentierte, Forderung nach einem Bruch mit der friedensbewegten Zivilgesellschaft, als auch diejenigen Referenten, die auf ein beeinflussendes Mitmachen in dieser Bewegung drängten, gleichermaßen Beifall erhielten.

Das Bahamas-Flugblatt in der Tasche und in Leipziger Verhältnisse zurückgekehrt, die glücklicherweise Kurz'scher Hygiene ermangeln, besuchte ich die einige Tage später stattfindende gleichnamige Veranstaltung der AKG. In diese hatte ich die Hoffnung gesetzt, die neueste bahamas-antideutsche Kritik, welche darauf abzielt, aus Antikapitalismus und Kommunismus Antagonismen zu machen, weitergehend zu verstehen. Ohne Zweifel ist Antikapitalismus keineswegs eine an sich bereits emanzipatorische Kategorie. Diese Basisbanalität linker Theorie, die ebenso auf das historisch vielgeschundene Wort Kommunismus zuträfe, konnte doch aber nicht alles sein, was da mitgeteilt werden sollte. So hoffte ich zumindest.

Die AKG hatte zur Verstärkung den Bahamas Redakteur Justus Wertmüller eingeladen, der nach einem kurzen Vorwort eines AKG Vertreters zum Rundumschlag ausholte. Rundumschlag, weil nicht alles was da Kritik sein sollte richtig oder zumindest an die richtige Adresse gerichtet war und zum Teil als überschwängliche Polemik daherkam. Highlights waren hier die Äußerungen zur rhetorischen Feinheit in Blättern wie dem Incipitio oder im Aufruf zum Spiel ohne Grenzen, die Wertmüller sinngemäß mit „*Wer noch nicht mal richtig deutsch kann, der sollte auch nichts publizieren*" kommentierte. Der/die LeserIn möge also entschuldigen, wenn dieser Text in zu undeutschem Stil verfasst erscheint.
Der kaum zu überhörende Stolz auf die eigene – ohne Zweifel gut – ausgeprägte Fähigkeit mit der Sprache der Deutschen umzugehen, schwang unversehens in Empörung um, wenn andere diese benutzten, um so „aggressive" Termini wie „*Jussuf Wertmullah*" (iz3w) zu kreieren. Dieses ohne Zweifel wenig witzige Wortspiel war dem Genossen Wertmüller allerdings Ausgangspunkt einer wenig nachzuvollziehenden Opferstilisierung seiner selbst. „*Das ist*

eine Aufforderung zum Draufhauen" (Wertmüller live), meinte er zu erkennen. Wer so wenig mit Polemik umgehen kann, für den wäre es vielleicht praktikabel, die eigene Kritik etwas sachlicher zu formulieren. Denjenigen, denen – auch falsche - antideutsche Kritik allerdings wirklich ein Anlass zum „Draufhauen" ist, gilt meine uneingeschränkte Verachtung. Die Position des BgR kann in unserem Positionspapier ‚So nicht' (www.nadir.org/bgr) nachgelesen werden.

Dass sich der eigentliche Vortrag zum Thema des Abends in dem Verlesen des Flugblattes aus München erschöpfen sollte, welches ich blöderweise dort schon gelesen hatte, trug wesentlich zu seiner gefühlten Überlänge bei. Kommen wir also auf den strittigen Inhalt dieses Flugblattes zurück.

Dieses kritisiert unter anderem die angeblichen Lügen der Kriegsgegner aller Couleur. Eine solche wäre beispielsweise die Aussage *„es würde zigtausende zivile Tote ... im Irak 2003 geben*". Diese vielgetätigte Vorhersage ist glücklicherweise nicht eingetreten. Angesichts der Opfer vergangener Kriege (Zweiter Golfkrieg: etwa 250.000 Opfer) ist dies allerdings keine infame Lüge, sondern eine auch zukünftig wahrscheinliche Voraussage, denn im Kriegsfall muss von der *„massenhaften Tötung von Menschen*" (BgR Positionspapier zum Irakkrieg) ausgegangen werden – dies ist das Wesen des Krieges. Ohne Zweifel ist es allerdings denkbar, dass in vielen Fällen aus antiamerikanischem Ressentiment oder aus deutschem Vernichtungswunsch heraus die Opferzahlen überschätzt wurden. Diese böse Absicht allerdings jedem zu unterstellen, der die Realität des Krieges – das massenhafte Sterben – benennt, würde die sogenannte antiamerikanische und antisemitische Internationale bis in die AKG hinein verlängern, die *„die Intervention im Irak mit wahrscheinlich Tausenden von Toten*" (AKG Flugblatt „Völkerfreundschaft heißt Volksgemeinschaft") unter Brechreiz verteidigen mussten.

Die beiden nächsten Lügen der KriegsgegnerInnen, *„es würde sich niemals etwas bessern im Irak durch den bewaffneten Sturz des Regimes*" und *„unmöglich könnte sich die Bevölkerung befreit fühlen*" sind tatsächliche und zeugen ohne Zweifel von ausgeprägtem Ressentiment und der unzulässigen Projektion deutscher Zustände. Das BgR jedenfalls hat ähnliches niemals gedacht, geschweige denn veröffentlicht. Wir haben uns lediglich die Frage herausgenommen, ob denn der bewaffnete Sturz des Regimes, der seinem Fortbestand ohne Zweifel vorzuziehen war, die beste oder gar die einzige Lösung dieses Problems gewesen sei und ob die Affirmation dessen, was ohnehin geschieht, mit emanzipatorisch kommunistischer Kritik am Bestehenden vereinbar ist.
Die bellizistische Haltung muss sich vorwerfen lassen, der gesellschaftlichen Normalisierung des Militärischen in die Hände zu spielen und damit auch der Militarisierung der EU und Deutschlands zuzuarbeiten. Die kürzlich veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien" der Bundeswehr (www.bundeswehr.de) legt ein deutliches Zeichen von dieser Militarisierung ab.
Keineswegs sind alle Kriege kategorisch abzulehnen – keine Bombe auf Dresden ist bedauernswert – und doch bedarf eine Kriegsbefürwortung eine besondere Legitimierung, die im Falle des Irak sehr zweifelhaft war und ist.

Ein erfreuliches Resultat des Krieges ist auf jeden Fall, dass *„die Feinde Israels geschwächt dastehen*" (sinngemäß SZ 12.Mai); zumindest kurzfristig. Doch dies sagt über die Wahrheit der von der Bahamas als Lüge diffamierten Aussage *„beide Kriege* [Afghanistan und Irak] *seien eher eine Bedrohung als eine Entlastung für den jüdischen Staat*" nichts aus. Gerade dem so um die Zurückdrängung von undeutschem publizistischem „Geschwurbels" bemühten Justus Wertmüller sollte ein Blick in den deutschen Duden genügen, um *„die Lüge"* als *„falsche oder unwahre Aussage"* (ebenda) zu entlarven und zu erkennen, dass damit die eigene obige Aussage, deren Wahrheit oder Falschheit aus heutiger Perspektive nicht feststeht, ausdrücklich keine Lüge sein kann. In Wahrheit war Israel sehr wohl während des Kriegs durch Raketenangriffe bedroht - nicht umsonst mussten die Israelis wochenlang Schutzmasken mit sich herumtragen. Dass sich der antisemitische Terrorismus kaum geschwächt zeigt, bewiesen tragischerweise die kürzlichen Attentate in Riad, Casablanca und Jerusalem deutlich. Es bleibt tatsächlich nur zu hoffen, dass sich die Voraussagen der Bahamas erfüllen und die Feinde Israels sich auch mittel- und langfristig geschwächt zeigen. Die antiamerikanischen Unruhen der letzten Wochen im Irak und die durchaus reale Gefahr der Bildung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild ließen durchaus auch andere Wahrnehmungen zu. Die für die bellizistische Linke kriegsbegründende Hoffnung auf die Rettung der Möglichkeit der Emanzipation ist keineswegs bereits realisiert. Im Gegensatz zur Bahamas geben wir allerdings zu, dass wir die Zukunft nicht kennen.

Wer die Sorge um Israel allerdings permanent und überall mit dem Wunsch identifiziert, dieses *„schlussendlich doch* [der Vernichtung] *preiszugeben*", ist offensicht-

lich zu keiner Analyse der Wirklichkeit und damit zu keiner wirklichen Kritik mehr in der Lage.

Die heutige Situation ist ohne Zweifel von einem erschreckenden, global verbreiteten Antisemitismus unterschiedlicher Intensität geprägt, an dem es nichts zu beschönigen gibt. Wer allerdings heute bereits den „*Weltkrieg gegen die Juden*" zu erkennen glaubt, vielleicht bestenfalls, um einen rhetorisch markigen Abschluss für die eigene Flugschrift zu erheischen, liegt falsch. Die Realität weicht in jeder Hinsicht offensichtlich vom realen letzten Weltkrieg gegen die Juden ab, der in Auschwitz gipfelte. Eine solche Kritik ist daher wenig treffend, da es ein leichtes für die eigentlich zu recht Kritisierten ist, diese als Absurdität abzutun.

Es scheint sinnvoller, statt Kategorien wie Antikapitalismus verabsolutierend abzulehnen, deutlich zu machen, dass Positivbezüge auf weltverschwörerische Projektionen, deutsches oder „*stalinistisches Arbeitsethos*", „*Gesinnungsterror*" oder „*schwedischen Wohlfahrtsstaat*" weder emanzipatorisch noch antikapitalistisch sind.

Ohne Zweifel müsste ein emanzipatorisches Projekt das Individuum vor die Gemeinschaft stellen. Es muss klargemacht werden, dass die einzige positive Auflösung des heutigen globalen Kapitalismus nur eine kosmopolitisch kommunistische sein kann. Und so ist der kommunistische Antikapitalismus zu verteidigen im gleichen Maße, wie der sozialdemokratische und mehr noch der nationalsozialistisch-völkische „Antikapitalismus" als das zu entlarven sind, was sie in Wahrheit verhüllen – das Leiden verewigenden Reformismus und Barbarei.
Es ist daher natürlich falsch, dass „*Antikapitalismus ... seinem Wesen nach gegen die Befreiung der Einzelnen und für den Triumph des völkischen Prinzips, also immer auch gegen den Kommunismus*" gerichtet sei. Vielmehr gilt dies nur für den sozialdemokratischen und nationalsozialistisch-völkischen „Antikapitalismus", der als gefährlich und antiemanzipatorisch entlarvt und bekämpft werden muss.

Bei genauer Betrachtung sind diese beiden, von Wertmüller als antikapitalistisch benannten Denkformen, nicht einmal dies, da sie in keinem Falle eine Ablehnung von Geld, Ware oder Lohnarbeit enthalten und keineswegs die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, was für eine wirkliche Ablehnung des kapitalistischen Systems unentbehrlich wäre. Eine unzulässige, weil im obigen Sinne falsche, Verwendung dieser Begrifflichkeit im politischen Sprachgebrauch wäre zu denunzieren.

Die Ablehnung eines emanzipatorischen, also kommunistischen Antikapitalismus ist fatal, da dessen Realisierung die unbedingte Grundlage für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft darstellt.
Ganz analog wäre unbedingt klarzumachen, dass die „kommunistischen" Systeme der Gegenwart und des ehemaligen Ostblocks eben keine solchen waren. „[Das System im Osten] *mochte autoritärer, gerechter, sozialer, humaner oder inhumaner als das westliche Gegenstück gewesen sein - eines war es mit Sicherheit nicht: kommunistisch. Denn kommunistisch ist eine Gesellschaft nicht, wo weder Geld, Ware und Preis abgeschafft wurden, noch [...] die Lohnarbeit; wo das Verteilungsprinzip nicht „jedem nach seinen Bedürfnissen" heißt, sondern „Jedem nach Maßgabe seines Ranges in der Hierarchie"; [...] wo ein gigantisches Geflecht von Bürokraten exakt das Gegenteil dessen bewirkte, was Marx als Gesellschaftsform in Aussicht stellte, den „Verein freier Menschen".*" (Wolfgang Pohrt)

Für eine erfolgreiche Kommunikation einer lebendigen emanzipatorischen Kritik und Aufbau von „negativem Potential" (J.Agnoli) sind Kategorien für die Negation des Bestehenden und die Utopie des Vernünftigen – also Antikapitalismus und Kommunismus – essentiell.

10. Juni 2003, Der Autor ist Mitglied im BgR Leipzig

do.di (incipito)

logo macht frieden?

Pfingsten 2003 hat sich in Bremen die „Bundeskoordination Internationalismus", kurz Buko, getroffen. Das sind, vereinfacht gesagt, die vom linksradikalen Leipziger Diskurs um Friedens- und Anti-Kriegs-Positionen Angesprochenen. Nur hat das Leipziger Allerlei in Bremen niemanden so richtig interessiert. Und so konnte man nicht nur ein paar Haarbüschel wegen arg verkürzter Sichtweisen lassen, sondern sich auch ein paar Positivismen abholen.

Irgendwann kommt auch ein Incipito-Redakteur nicht an dem vorbei, was im kommunikationswissenschaftlichen Kontext mal als Grundbegriffe erfolgreichen Vermittelns definiert wurden. Und da steht zum Beispiel: „Im Journalismus fängt man mit dem an, was bekannt ist." Da kann der Leser oder die Leserin sich in den Artikel reinlesen, ohne groß überfordert zu werden. Und wenn er oder sie erst mal die erste halbe Seite weggelesen hat, bedarf es schon grober Fehler, um ihn oder sie wieder vom Text wegzubringen. So die durchgesetzte Theorie. Dass das Ganze mit einer gewissen Leidensfähigkeit verbunden ist, erfordert es doch, aus dem universitären Sprachkontext auszubrechen und für die Layoutcrew des Heftes bestimmte Fertigkeiten in der Bildbearbeitung, ist Teil der Beweisführung. Zeigt doch die jüngere deutsche Geschichte, dass aus Leidensfähigkeit immer wieder auch politisches Kapital zu schlagen ist. Und so sieht man Teile der Incipito-Redaktion in der Hoffnung auf einen freien Platz im Außenministerium durch den Auewald joggen oder sich auf Veranstaltungen tummeln, in denen ein zum Vorredner der „Hardcore-Bellizisten" (R. Kurz) gewandelter ehemaliger bayrischer Grüner der Leipziger linken „Szene" anhand von zwei Incipito-Artikeln nachzuweisen versucht, nur der bessere Teil einer sonst durchweg antisemitischen Friedensbewegung sein zu wollen. Etwas von der innerlinken Anerkennung kann man auch durch ständige Präsenz auf mehr oder weniger linken Kongressen bekommen. Daher die starke Präsenz der Incipito-Redaktion beim Spog-Kongress. Allerdings war damit auch die eben angesprochene Leidensfähigkeit als Voraussetzung für den Durchbruch so arg strapaziert, dass sich zum zwei Wochen später in Bremen stattfindenden Buko nur noch ein Redax-Mitglied auf die Reise gemacht hat. Gelohnt hat es sich im Vergleich zum Spog aber schon aus ökonomischen Gründen, ging doch gleich am Eröffnungstag ein ganzer Satz Incipito an die Göttinger Antifa (M) weg. Und dass das Heft dort ausführlicher gelesen wird als von oben beschriebenem bayrischem Ex-Grünen, der so ungern „Yussuf Wertmullah" genannt wird und sein Exemplar, mit dem er der Leipziger „Szene" ihren Minderwert bescheinigte, zwei Tage vor seiner Veranstaltung in Leipzig auf dem Spog erwarb, bleibt zu hoffen[0].

[0] Eine Nullnote: denn davon, dass man der Verständlichkeit zuliebe besser auf Schachtelsätze verzichtet, soll zwar auch in den beschriebenen Veröffentlichungen zum guten Journalismus stehen. Soweit bin ich aber noch nicht.

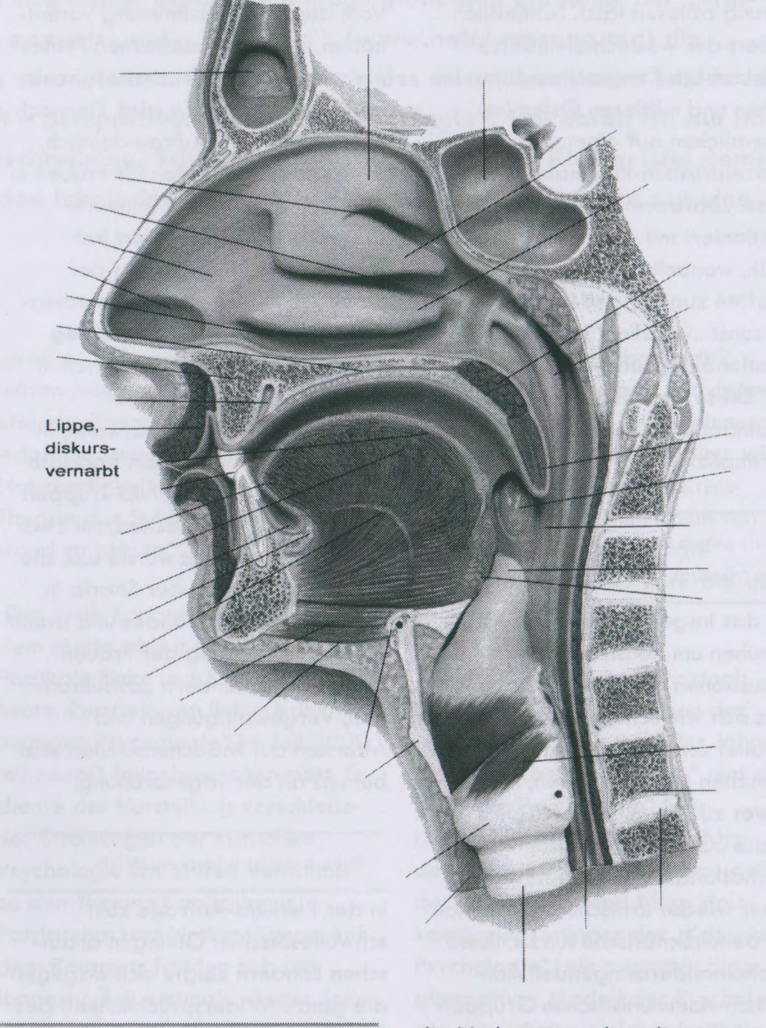
Kriege als Instrument globalen Krisenmanagements

Weil die Journalismus-Gurus ja wollen, dass man die Artikel mit Bekanntem beginnt, soll es mit der Leipziger „Szene" los gehen. Oder vielmehr mit den sie umtreibenden Diskussionen. Die Buko in Bremen, seit dem letzten Jahr von „Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen" in „Bundeskoordination Internationalismus" umbenannt, ist gewissermaßen ein Adressat Leipziger Debatten um den Irak-Krieg und die Friedensbewegung. Der Kongress folgt mit dem Thema „logik macht krieg" jedoch nur scheinbar dem aktuellen Diskurstrend der Kritik- und Bewegungslinken. Ohne den Irakkrieg hätte es zwar bestimmte Zuspitzungen und notwendige Positionierungen gerade um das Auftreten einer Friedensbewegung, der europäischen und speziell deutschen Form des Antiamerikanismus oder die Tradition linker Bellizismen von der SPD 1914 bis zur Bahamas 2003

nicht gegeben. Die Beschäftigung mit Krieg und der Versuch der Formulierung einer linksradikalen antimilitaristischen Position hängt aber mit der Einschätzung des Buko 25 vor einem Jahr in Frankfurt/ M. zusammen, dass Kriege zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung im neuen Jahrtausend ein „Instrument globalen Krisenmanagements"[1] darstellen.

Gedanken um geistige Kongress-Berechtigung

Und so zogen sich Diskussionen um „Die Linke und der Krieg" zwar immer wieder durch Veranstaltungen, im Buko-Programm wurde den innerlinken Auseinandersetzungen mit nur einer Veranstaltung wenig Platz eingeräumt. Wo man sich allerdings durchaus Gedanken um die geistige Kongress-Berechtigung der ReferentInnen machen musste. „Fantomas"-Redakteur Thomas Seibert stellte dort die jeden Volksmob entschuldigende These auf, wonach sozialen Bewegungen ihre verkürzten Sichtweisen nicht vorgehalten werden dürfen. Kritisiert werden sollten dagegen die „Führer" dieser Bewegungen. Konkret am Beispiel Antiamerikanismus der deutschen Anti-Kriegs-Bewegung sollte man den „ehrlich empörten" KriegsgegnerInnen ihre deutsche Sicht auf die USA nachsehen und erst dann Kritik äußern, wenn bei den Demonstrationen auch Redner antiamerikanisch auftreten. Das Führerprinzip mal andersrum. Buko-Sprecher Moe Hierlmeyer wusste wohl schon im Vorfeld, welcher Dünnpfiff referiert werden würde, als er in der Kongress-Zeitung schrieb: „Die Möglichkeiten für Linke sind angesichts des Mangels an emanzipatorischen Kräften beschränkt."[2] Hierlmeyer setzte auf der Veranstaltung dann jedoch den klaren Gegenpart, indem er sich für eine deutliche Kritik an verkürzten, nicht emanzipatorischen und falschen Positionen aussprach. Und: „Als Linke sollten wir uns zuallererst jeder vordergründigen Kriegslogik, jeder Option für eine Seite verweigern."



Lippe, diskursvernarbt

Erstmals Crossover-Zusammenhänge in der Vorbereitung

Dass Kriegslogik im patriarchalen System untrennbar mit den Geschlechterverhältnissen verbunden ist, fehlt in fast jeder Debatte um den Krieg. Dabei liegt kriegsführendem und –unterstützendem Denken dieselbe binäre Struktur zugrunde, die im Modell der Zweigeschlechtlichkeit und Arbeit die Abgrenzung zwischen männlich bewerteter Produktion und weiblich abgespaltener Reproduktion möglich macht oder das Gewaltverhältnis zwischen Mann und Frau aufrechterhält. Mit der Einbeziehung von Crossover-Zusammenhängen und vom „Antipatriarchalen Netz Berlin" in die Vorbereitung hat dieser Grundmoment von Krieg und Kriegslogik Einzug in die Debatte gefunden. Und das in mehrfacher Hinsicht: Zum einen als Kritik am „strategischen Schweigen" in der Linken, das mit der Akzeptanz patriarchaler Machtstrukturen zu tun hat und sich in der Reduzierung des Geschlechterverhältnisses auf „Frauen-und-Kinder-als-Opfer" zeigt.[3] Zum anderen in der generellen Ablehnung des Zweige-

[1] Aus „Frieden wird gemacht", Aufruf zum Bundeskongress Internationalismus BUKO 26; wenn nicht anders gekennzeichnet, sind alle folgenden Zitate - wie auch dieses -der Website www.buko.info entnommen; Eine Einschätzung zum BUKO 25 findet sich zudem in der Incipito # 04, November 02: „Die Unschärfe zwischen Zentrum und Peripherie", left-action.de/incipito

[2] Moe Hierlmeyer: „Freund oder Feind? Die Linke und der Krieg"

[3] „Strategisches Schweigen – Geschlechterhierarchie ist keine Nebensache", Crossover Berlin, Antipatriarchales Netz Berlin

[4] ebenda

schlechtlichen „Mann-Frau-Konzeptes", das mit der verbundenen bipolaren Positionierung „ein Fundament für die Kriegsfähigkeit und Mobilisierbarkeit der Gesellschaft für den Krieg"[4] darstellt. Und letztlich in der Analyse grundlegender Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die sich unter anderem an der medialen Kriegsführung ablesen lässt. Schließlich basiert der westlich-zivilisierte Blick auf die Kriegsschauplätze im Nahen und mittleren Osten im wesentlichen auf einer eurozentristisch-kolonialen Sichtweise. „Barbarei vs. Zivilisation" funktioniert mit der patriarchalen Logik, wonach dem Orient Eigenschaften zugeschrieben werden, die sonst „weiblich" konnotiert sind: „Irrational, unbeherrscht, hinterhältig." Diese sexistische Übertragung verbindet die gewaltvolle Intervention implizit.[5]

„wir gehen alle ganz nett miteinander um"-Gefühl

Ob das insgesamt sehr auffällige Bemühen um Konstruktivität in Diskussionen damit zu tun hatte, dass sich wie schon im Vorjahr parallel zum Buko die Antideutschen in Berlin trafen, ist schwer zu sagen. Weil fraglich ist, ob die „Gegen die Antisemitische Internationale"[6] plenierenden und immer wieder kritische Provokation und denunziatorische Kurzschlüsse durcheinanderbringenden Antideutsch-Kommunistischen Gruppen überhaupt gekommen wären. Und so war auf dem Buko tatsächlich so etwas wie „wir gehen alle ganz nett miteinander um"-Gefühl verbreitet.

Durchbrochen wurde das erst durch eine Anfrage im Plenum, ob denn schwullebisches Outing und Auftreten in der arabischen Welt möglich wäre und durch Frauen aus Afghanistan, die sich auf der Podiumsdiskussion nicht mit der Antwort der RAWA-Aktivistin zufrieden gaben, dass sich in Afghanistan die Situation längst nicht so verbessert habe, wie es die Informationsoffiziere der US-geführten Truppen gern darstellen wollen. Mariam Rawi von RAWA (Revolutionary Association of Women in Afghanistan) wollte die US-Armee nicht per se als Besatzer bezeichnen, die dem afghanischen Volk die Selbstbestimmung vorenthalten, was den lautstarken Protest einiger der anwesenden Afghanistan-Flüchtlinge hervorrief. Dennoch machte die RAWA-Frau deutlich, dass sich die Situation für Frauen in den letzten Monaten teilweise dramatisch verschlechtert hat. Dafür, dass die Befreiung der Frauen in Afghanistan ein medienwirksamer Grund für den Krieg war, hat sich in der afghanischen Gesellschaft, wenn davon überhaupt die Rede sein kann, in den letzten Monaten ein Backlash ereignet. Dafür die UNO-Truppen verantwortlich zu machen, sei zwar verkürzt, allerdings wurde u.a. die Wiedereinführung der Sharia in weiten Teilen des Landes und damit der Verschleierung der Frauen auch nicht verhindert: „Entführungen, Vergewaltigungen und Attacken auf Mädchenschulen sind bei uns an der Tagesordnung."

Buko zuteifst widersprüchlich

In der Plenums-Anfrage zum schwullesbischen Outing in arabischen Ländern zeigte sich dagegen die ganze Widersprüchlichkeit des Buko. Denn dass die simple Anerkennung des notwendigen besonderen Schutzes der Juden und damit die einfache Formel „Solidarität mit Israel" immer noch nicht zum Grundrepertoire linksradikaler Positionen gehören, ist traurige Wahrheit. Und so schien es, als wenn auch die israelische Aktivistin Dana Rubin von der Schwulen-Lesben-Transsex-Gruppe „Black Laundry" nicht über ihre Rolle als Fürsprecherin eines linken Stammtisches gegen Israel hinauskommt.

Der Beifall war ihr sicher, als sie untermalt von Videobildern von ihrem auch für die israelische Gesellschaft zweifellos wichtigen Kampf gegen sexuelle Unterdrückung, Geschlechterzuschreibung, patriarchale Kriegslogik und für einen Frieden mit den Palästinensern erzählte. Der Saal reagierte jedoch gänzlich anders, nämlich mit zensorischem Unbehagen, als sie gefragt wurde, ob die für sie halbwegs selbstverständlichen Freiheiten auch für Homosexuelle und Transgender aus arabischen Ländern gilt.

Keine Frage: Die Buko spiegelt teilweise gute Gründe wider, sich von mit allerlei Unsinn verknüpften linken Friedenspositionen abzuwenden. Doch um sich vom Topos „'Frieden', der nichts weiter beizutragen scheint, als das Bedürfnis nach politischer Unschuldigkeit"[7], zu entfernen, bedarf es Intervention. Und nicht leicht kommt es mir über die diskursvernarbte Lippe: Die Gründe für eine Zuwendung zum Buko überwiegen. Und zwar nicht, weil ich die ganzen verkürzten Ansätze teile, sondern weil ich das Gefühl hatte: hier geht noch was, sind die Positionen noch nicht so klar abgesteckt, die Feindbilder innerhalb der radikalen Linken nicht so klar verteilt, dass man sich nicht mehr bewegen kann, ohne, dass der Schritt in welche Richtung auch immer von irgendwem als großer Fehler gebrandmarkt wird.

Die Buko trifft sich im nächsten Jahr in Kassel, Leipzig konnte sich wieder nicht durchsetzen.

[5] vgl. Sabah Alnasseri

[6] So der Name der Konferenz in Berlin, zu der neben diverser antideutsch-kommunistischer Gruppen auch die Redaktionen von Bahamas und Brüche sowie das isf Freiburg aufgerufen hatten. 2002 fand parallel zum Buko die „Es geht um Israel"-Konferenz in Berlin statt.

[7] „Offener Brief an die Friedensbewegung: 'Wider die politische Naivität'" Aktion 3. Welt Saar, 17.Februar 2003

not a praise

Den linken PsychologiestudentInnen der Republik schwant in der Regel im 7. Semester, spätestens jedoch nach dem Praktikum als GefängnispsychologIn, dass ihr Tun gar nicht so gesellschaftskritisch ist, wie sie es sich immer erträumten. Flugs gründeten die Reste der „Kritischen Psychologie" eine Initiative namens „not a lovesong", (www.notalovesong.org) die inzwischen schon zwei Kongresse veranstaltete. Die Ergebnisse des ersten erschienen letztes Jahr in Buchform: „subjekt. gesellschaft – perspektiven kritischer psychologie". Gut daran ist: nur im Titel dominiert die nervende Kleinschreibung. Schlecht daran ist: Universitäre Kleingeister dominieren mit nervigen Erörterungen den Inhalt des Buches. Deswegen kein Lob, sondern nur eine Besprechung.

In der Selbstdarstellung der „initiative not a lovesong" klingt das Anliegen noch vielversprechend: „Die Kritik der herrschenden Verhältnisse kann einer kritischen Theorie des Subjekts nicht entbehren. Klafft anstelle eines Begriffs von Subjektivität, der diese als untrennbar vom Kapitalverhältnis begreift und dementsprechend zu entfalten versucht, eine Lücke, handelt es sich nicht nur um eine theoretische Leerstelle. Die ganze Theorie kippt in dieses Loch - sie wird falsch. Das oft verschmähte Innenleben der Individuen kann in einer Gesellschaft, die als verselbstständigte den Subjekten als äußerliche, objektive erscheint, sich aber durch sie hindurch reproduziert, nicht außer Acht gelassen werden. Subjektivität ist nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts. So ist auch umgekehrt die Auseinandersetzung mit Subjektivität ebenso dringlich auf die Kritik der politischen Ökonomie verwiesen wie selbige nicht ums Subjekt herumkommt." Die Initiative versucht „einen Diskurs der kritischen Theorie des Subjekts voran(zu)treiben (...). Dies beinhaltet zum einen die Bestandsaufnahme kritischer Psychologie und die Auseinandersetzung mit den ‚großen' Referenztheorien, als da wären Marx und Freud und die kritische Theorie, insbesondere die Adornos. Zum anderen ist die Notwendigkeit einer kritischen Theorie des Subjekts am Gegenstand zu zeigen."[1]

Der erste Kongress fand unter dem Motto „this is not a love song - Radikale Linke und Psychologie heute. Perspektiven linker Kritik der heutigen Psychologie" im Juli 2000 mit ca. 60 TeilnehmerInnen statt. Er diente der Vorstellung verschiedener Strömungen der kritischen Psychologie und deren Verhältnis zu den Themen Kapitalismus, Patriarchat und Nationalismus. Auf dem Kongress fanden sich seit längerer Zeit erstmals wieder linke PsychologiestudentInnen zusammen, die vereinbarten, sich regelmäßig auszutauschen und eine eigenständige gesellschaftskritische Vortrags- und Seminarreihe zu etablieren.[2] Der zweite Kongress („Subjekt [in] der Berliner Republik. Zur Kritik bürgerlicher Subjektivität") im Juli 2002 mit bis zu 90 TeilnehmerInnen versuchte sich weniger an einer Bestandsaufnahme der kritischen Psychologie – vielmehr ging es um bestimmte Aspekte der Kapitalismus-, Patriarchats- und Nationalismuskritik. Geladen waren neben AktivistInnen der Initiative auch ReferentInnen aus dem wertkritischen Milieu, wie Roswitha Scholz von der Krisis-Gruppe[3] und Joachim Bruhn von der ISF[4]. Die angekündigte Veröffentlichung der Referate steht noch aus.[5]

Im Vorwort erläutert Christoph Engemann, dass sich neben der Antipsychiatrie in den 70er Jahren die „Kritische Psychologie" und die „kritische Psychologie" (der Unterschied steckt im Detail bzw. der Schreibung des K) herausgebildet habe. Während Klaus Holzkamp, der Gründer der „Kritischen Psychologie", ein eigenständiges alternatives Modell der Psychologie entwickelte, welches institutionelle Erfolge vorweisen konnte und in dessen Tradition sich die heutigen „not a lovesong"-AnhängerInnen mehrheitlich sehen, geht die „kritische Psychologie" auf die Frankfurter Schule zurück und ist somit ein Teilbereich der „kritischen Theorie". Laut Engemann sei diese Strömung, die ursprünglich nur Kritik an der Psychologie üben wollte, inzwischen unbedeutend, was an ihrem späteren Konformismus läge: sie wären zu

[1] http://lovesong.gesellschaftsanalyse.de/service/mission.htm

[2] siehe Kongressbericht: http://lovesong.gesellschaftsanalyse.de/kongress/2000/index.htm

[3] http://www.krisis.org

[4] http://www.isf-freiburg.org

[5] siehe Kongressbericht: http://lovesong.gesellschaftsanalyse.de/kongress/2002/bericht.htm

einem modernisierendem Moment geworden oder der postmodernen Beliebigkeit anheim gefallen. (S. 8) Die Unterschiede der verschiedenen Strömungen, ihre Entwicklung in den letzten 30 Jahren oder ihre Erfolge werden leider in dem Buch nur angedeutet und nicht weiter belegt. Eine Vertiefung wäre zum Verständnis – vor allem für LeserInnen, die über kein Abo der Zeitschrift „Psychologie und Gesellschaftskritik" verfügen, und an die wendet sich das Buch ja – sehr hilfreich gewesen. Die ersten drei Beiträge im Buch scheinen mit Psychologie nicht viel zu tun zu haben. So beschäftigt sich Thomas Gerlach in seinem Beitrag „Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen" mit den Durchsetzungsstrategien des „Neoliberalismus" (nicht etwas des Kapitalismus'), der schlimme Auswirkungen auf die menschliche Psyche habe. Diese untersucht er aber nicht weiter, sondern geht der Frage nach, mit welchen propagandistischen Kniffen es den Herrschenden gelingt, den Sozialabbau zu legitimieren. Der Sozialabbau ist bei Gerlach allerdings nicht Folge der Krise oder der veränderten weltpolitischen Lage nach dem Ende des Realsozialismus, sondern eine perfide Strategie, die auf den Zynismus der Eliten zurückzuführen sei. Er bringt zwar wirklich einige lustige Zitate zum Thema: Zynismus von PolitikerInnen oder ManagerInnen („Unser Problem ist heute (...), daß eine mangelnde Mobilität, die eigentlich nicht erklärlich ist, vieles an Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation verhindert. Deswegen lassen Sie uns doch die 18-, 19-, 20jährigen von dieser verhängnisvollen Mentalität wegbringen, daß sie sagen (...) wenn ich frage: Warum geht ihr denn nicht nach Baden-Württemberg? –: Ja, meine Freundin... Mein Gott, da kann ich nur sagen: Auch die Mütter in Baden-Württemberg haben hübsche Töchter. Da werdet ihr euch mit 18 Jahren doch ein bißchen umgucken können" – Jürgen W. Möllemann als Bildungsminister im Jahr 1988, S. 30). Zur Analyse oder Fragestellung des Kongresses trägt er nicht viel bei, mal abgesehen von der banalen Behauptung, dass die jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellungen im Individium verankert werden und dies auch mittels der Medien geschieht, und der kruden These, dass dies ein Prozess ist, der auf den bösen Willen der Eliten zurückgeht und dem die „normalen Menschen" zum Opfer fallen. Psychologisch wird es nur an einer Stelle: Die Herkunft der Missbrauchsdebatten (Missbrauch der Sozialhilfe etc.) soll sich aus der asozialen und grenzenlosen Bereicherung der Eliten herleiten, die ihre eigenen Eigenschaften auf andere projezieren: „Die Entrüstung der Rechtschaffenen wird so zur moralischen Panik, die wie der Hexenwahn in der verschütteten Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit wurzelt." (S. 26) Der folgende Beitrag von Lars Quadfasel und Carmen Dehnert „Wenn der braune Großvater erzählt" ist zwar in der Lage, bezüglich des ersten Entwarnung zu geben: Die kritischen PsychologInnen wollen sich kein völkisches Kollektiv als Opfer finsterer Kräfte zurechthalluzinieren, schließlich untersuchen die beiden das „postfaschistische Subjekt" mittels der Psychoanalyse. Heraus kommt ein lesenswerter Ritt a la Theweleit durch die Zurichtung faschistischer und „postfaschistischer" Subjekte, über deren Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft wird aber auch hier nicht viel gesagt. In „Geschlecht als eine zentrale Grundbegrifflichkeit der Psychologie(n)" befasst sich Christoph Kimmerle mit der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht, die erst mit der Moderne einsetzte, und den Tücken feministischer Theorie, die oft ungewollt biologistische Geschlechtszuschreibungen reproduziert. Für Kimmerle, der sich auf die Arbeiten von Butler, Gildemeister, Wetterer und Laqueuer beruft, ist schon die Annahme einer biologischen Geschlechterdifferenz Biologismus. (S. 101) Dabei ist diese Differenz genauso evident wie die zwischen den Hautfarben, auf die sich alle RassistInnen bis hin zum linken Leipziger Philosophieprofessor Christoph Türcke so gern beziehen, oder der Form der Fußzehen. Es ist zwar richtig, dass es ein gedankliches Konstrukt ist, diese Unterschiede als Geschlecht oder Rasse zu bezeichnen – allerdings sind solche Konstrukte nicht per se schlecht oder falsch. Immerhin ist Denken ohne solche Konstrukte gar nicht möglich. Dass es im 17. Jahrhundert nur ein Geschlecht „gab" und sich erst im 18. Jahrhundert die Vorstellung von zwei verschiedenen Geschlechtern „Mann" und „Frau" herausgebildet hat, ist kein Beleg dafür, dass es nur ein Geschlecht gäbe – immerhin war das Denken im 17. Jahrhundert auch nur eine Folge gedanklicher Konstrukte. Problematisch wird es, wenn die evidenten Unterschiede zu eindeutigen Kategorien und dichotomen Weltbildern zurechtgebogen und Menschen danach klassifiziert und behandelt werden. Obwohl es einerseits stimmt, dass historisch gesehen die Kategorien „Geschlecht" oder „Rasse" nur dazu dienten, genau jenes zu tun, hat es heute keinen Sinn, diese Begriffe zu dekonstruieren oder die Unterschiede zu leugnen. Der Beitrag von Kimmerle eignet sich trotz allem gut für den Einstieg in eine „Sex & Gender"-Debatte, was er mit Psychologie und den kritischen PsychologInnen zu tun hat, wird auch hier nicht klar. Während die ersten drei Beiträge im Buch fast keinen Bezug zur Psychologie aufweisen (außer der Tatsache, dass auch PsychologInnen

– wie natürlich alle anderen Menschen – sich mit solchen Themen mal auseinandersetzen sollten...), unternehmen Christine Kirchhoff sowie Katrin Reimer und Catharina Schmalstieg in ihren Beiträgen „Anmerkungen zum Verhältnis von Gesellschaftskritik und Psychoanalyse“ bzw. „Zum Zusammenhang von Psychologie- und Gesellschaftskritik“. Christine Kirchhoff hält der Psychoanalyse zu Gute, dass sie kein positives Bild von den vermeintlichen Potentialen des Menschen entwerfe, sondern eine negative Theorie über die Fremdbestimmtheit des Menschen sei. Da Sigmund Freud sich nicht in der Disziplin der Kapitalismuskritik geübt habe, sei die Psychoanalyse an sich theorielos und nicht gesellschaftskritisch. (S. 112) Die Ergebnisse der Psychoanalyse könnten aber für die Gesellschaftskritik nutzbar gemacht werden, da sie auf der empirischen Ebene aufzeigt, wie die irrationale Gesellschaft des Kapitalismus irrationale Subjekte, die nur als Charaktermasken agieren, „produziert“. Allerdings gelingt es – so Kirchhoff weiter – dem Kapitalverhältnis nicht, die Spannung im Subjekt auszulöschen – etwas „Nichtidentisches“ bleibt bestehen. Kritische Psychologie habe sich genau damit zu befassen, weil das ein Ansatzpunkt zur Überwindung der Verhältnisse wäre. (S. 118) Reimer und Schmalstieg befassen sich hingegen mit der Groß-K-Psychologie von Klaus Holzkamp. Während in den 70er Jahren die einen die Psychologie als Herrschaftswissenschaft zerschlagen wollten, meinten die anderen, sie wäre in der Hand der richtigen Menschen eine Wissenschaft im Dienste der Emanzipation. Holzkamp nimmt hingegen eine Position ein, die sich von der Ignoranz der einen und der Gutgläubigkeit der anderen abgrenzt, und plädiert dafür, sich kritisch mit den Begriffen der Psychologie und ihren Leerstellen auseinanderzusetzen. (S. 126). Elène Misbach beweist dann in „Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung“ aufs Deutlichste, wie jede noch so schöne Theorie auf den Hund kommt, wenn sie sich in der Praxis beweisen soll. Linke Psychologie-StudentInnen stünden vor der unlösbaren Aufgabe, kritisch sein und sich für den Beruf qualifizieren zu wollen. Statt einzusehen, dass das nicht zusammenpasst, üben sich die StudentInnen nun in Praxisforschung. Vorgestellt wird das „Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis“ (ASB) der FU Berlin. PsychologInnen seien eigentlich HandlangerInnen des Bösen: Sie betreuen Bomberpiloten, optimieren die Folter und errechnen das Existenzminimum. Aber es gäbe ja auch die guten PsychologInnen, die versuchen herauszubekommen, „warum in der S-Bahn einem drangsalierten Schwarzen niemand hilft.“ (S. 138). Über das ASB ist (zum Glück?) nicht viel zu erfahren – außer, dass es was mit dem „Konzept des gesellschaftlich-subjektiven Zusammenhangs- und Widerspruchswissens (ZWW)“ zu tun habe. (S. 142) Es scheint so, dass Praxisforschung heißt, dass sich die kritischen PsychologInnen auch mal über ihre Bauchschmerzen beim Praktikum als GefängnispsychologIn (so das einzige angeführte Beispiel im Aufsatz, S. 145) richtig ausheulen können. Denn das ist schon ein schwerer Job: einerseits wichtigste Vertrauensperson für die Gefangenen zu sein und andererseits über Strafen und Belohnungen entscheiden zu können. Der letzte Beitrag ist, obwohl die HerausgeberInnen ihn nur unter eben jenen gerade genannten Bauchschmerzen aufnahmen (sie halten ihn für „verkürzt und falsch“, S. 13), der einzige, der so richtig gut in dieses Buch passt. Die Autorengruppe Bremen, die ideologisch der Marxistischen Gruppe nahe stehen soll, nimmt in „Theorie und Praxis der Psychoanalyse“ die Psychoanalyse und die Linken, die sich auf sie berufen (wie die kritische Theorie), auseinander. Sigmund Freud habe sich einen Apparat mit mehreren Instanzen ausgedacht, der zur Erklärung der menschlichen Psyche herangezogen wird. Dabei gibt Freud selbst zu, dass seine Setzungen vollkommen willkürlich sind und nichts mit der Realität zu tun haben. Die Aufgabe der Psychoanalyse als Theorie sei analog zur Religion Sinnstiftung und Versöhnung mit der Welt. (S. 168) Die psychoanalytische Praxis, die Therapie, diene lediglich dazu, das individuelle Leiden an der Gesellschaft als Verrücktheit zu erklären und sich damit zu arrangieren. (S. 178) Nun kenne ich mich zu wenig mit der Psychoanalyse aus, um sagen zu können, ob dies alles stimmt – Fakt aber ist, dass genau solche Beiträge (und Erwiderungen darauf) in solch ein Buch und auf solch einen Kongress gehört hätten. Für die anderen Diskussionen hätte auch der Besuch eines stinknormalen linken Kongresses genügt und die Probleme der Gefängnispsychologen sollen diese mal weiterhin schön mit sich selber ausmachen...

initiative not a lovesong: subjekt. gesellschaft. perspektiven kritischer psychologie, Unrast: 2002, 190 S., ISBN 3-89771-413-2

M. Büchse

Europa - Tochter aus Elysium

Die Leitkultur der Zukunft soll europäisch werden. Ein Glücksversprechen, durch das sich die Rezeptionsbedingungen ändern.

Von der EU zur EG

Wäre Jürgen Elsässer, bis zum Jugoslawienkrieg noch einer der Vordenker der antideutschen Linken, nicht dem gesunden Menschenverstand (auch Antiamerikanismus genannt) verfallen, hätte er seine spektakulärste Verschwörungstheorie, die Bundesregierung habe die USA in den Krieg um das Kosovo getrieben, auf der Höhe der Zeit erneuern können, statt eine zweite Karriere als Politikberater für deutsche Sonderwege zu versuchen. Denn was läge näher, als zu vermuten, eine Allianz aus Regierungen des Old Europe hätte die anglo-amerikanischen Alliierten in den Krieg gegen den Irak gedrängt, um endlich ein Gegenüber zu haben, an dem sich nicht nur die Freundschaft mit den arabischen Staaten billig beweisen, sondern vor allem die eigene Identitätsbildung in Abgrenzung vorantreiben läßt. Nichts gegen Giscard d'Estaing und seinen europäischen Verfassungskonvent, aber letztlich interessierte diese Inszenierung einer europäischen Gemeinschaft doch keine Sau. Seit dem Irakkrieg ist nun alles anders. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, ja einer europäischen Militärmacht ist in aller Munde. Und die Antikriegsdemonstrationen vom 15. Februar 2003 werden wohl in die Geschichtsbücher eingehen, als Geburtsstunde der europäischen Nation - oder wie heute modernisiert formuliert wird, der europäischen Zivilgesellschaft.

Materialistische Gründe gäbe es also genug, von Servietten zu berichten, auf denen Chirac, Schröder und Putin beim Mittagessen kühn Pläne entwarfen, wie durch geschickte Schachzüge im UNO-Sicherheitsrat, die USA und Großbritannien gezwungen werden konnten, den Irak mit einer Koalition der Willigen anzugreifen; darzustellen, wie Geheimdienstakten gefälscht und die Lieferungen von Massenvernichtungswaffen durch deutsche Firmen fingiert wurden, um Blair, Bush und Rumsfeld heute als Leute dastehen zu lassen, denen im Umgang mit Krieg, Frieden und der Weltöffentlichkeit der nötige sittliche Ernst fehlt, den die politische Kultur des europäischen Festlands so wohltuend verkörpern soll. Um dieser Unterscheidungen willen, so will es jetzt erscheinen, hat sich die angebliche Niederlage der Alten und noch älteren Welt im Nahen Osten doch gelohnt. Denn gerade die Niederlage hat im Umkehrschluß dazu geführt, daß gute und schlechte SchriftstellerInnen, Intellektuelle aller Schulen endlich einen Ruck in sich fühlten, ihre Stimme für die Überwindung der europäischen Gespaltenheit zu erheben.

Kann ein Verfassungskonvent noch als technischer Zirkel mißverstanden werden, in dem es hauptsächlich darum geht, nach welchem Verfahren die Staaten der EU ihre Interessen gegeneinander abwägen, ist der jetzige Aufbruch deutlich auf die Überwindung der Staatenunion ausgelegt. Ziel ist es eine Gemeinschaft zu werden, die europäisch denkt und fühlt. Es geht um nicht weniger als die Überwindung der alten Nationen zugunsten eines neuen, größeren Zusammenhangs. Politische Kultur, Universalismus, zivilisatorische Werte, die Entwicklung der Künste und des wissenschaftlichen Denkens sollen nicht länger als nationales Erbe definiert werden, sondern als europäisches. Auf dem Kontinent der Dichter und Denker gehört die Französische Revolution genauso zum gemeinsamen traditionellen Kanon, wie die Dramen Shakespeares und Goethes, die Romane Prousts, Beethovens Ode an die Freude oder die Bilder Picassos.

Europa gegen Amerika

Das zum gemeinsamen Erbe aber auch zwei Weltkriege und die Shoa gehören sollen, machen vor allem die deutschen Intellektuelle stark. Sie versuchen damit die in Deutschland aktuelle Erinnerungs-

kultur für Europa fruchtbar zu machen - gegen die USA. Das Land in dem, wie seit einem halben Jahrhundert mit Begeisterung kolportiert wird, während des zweiten Weltkriegs mehr Verkehrstote als Kriegsopfer zu beklagen waren, kann in seiner Geschichte keine vergleichbaren Schrecken vorweisen, die es qualifizierten, verantwortlich mit der Weltherrschaft umzugehen. Und die Weltherrschaft ist es auch, welche die europäischen Nationen zwingt, eine ihrer liebsten Traditionen zur Disposition zu stellen, die Nation. Denn wer groß rauskommen will, muß selbst groß sein. Klein oder zersplittert, bleibt die Frage, ob die europäischen Staaten nicht den Einmarsch der USA im Irak hätten verhindern sollen, rhetorisch-akademisch. Eine Phantasie an der sich die europäischen Zivilgesellschaften erfreuen, die aber durch die Unmöglichkeit ihrer Realisierung doch nur Frust hervorruft.

Die USA bilden dabei in doppelter Hinsicht das Gegenstück zur angestrebten europäischen Identität, zum einen indem sie in der Weltordnung den Platz markieren, den Europa einnehmen will, zum anderen, indem sie den Welthegemon geben, gegen den sich die europäische Masse abgrenzen kann. Identitätsbildung funktioniert immer leichter, wenn sie gegen etwas erfolgt. Das Äußere kann dann die inneren Widersprüche unerheblich erscheinen lassen. Und so finden im Antiamerikanismus der neuen europäischen Identität die als soziale Bewegung gestarteten GegnerInnen der Globalisierung mit ihren Regierungen zusammen, die ihnen die andere Globalisierung versprechen, die gerechter und nachhaltiger ist, wenn erst die Machtverhältnisse in der Welt bereinigt sind.

An dieser Stelle läßt sich natürlich die Frage stellen, warum das alles so reibungslos funktioniert. Ist das im Entstehen begriffene neue Europa ein ideologisches Meisterstück? Eine Falle der Herrschenden? Die Ausweitung der Volksgemeinschaftsidee durch Infektion? Die Fragen lassen sich leicht beantworten. Das bürgerliche Subjekt weiß, daß, Markt hin oder her, die Position beim Verwandeln von Geld in mehr Geld vom Schutz der Rahmenbedingungen abhängt. Wer kein Kapital hat, versteht zumindest, daß dessen Vermehrung Grundlage der Verwandlung der eigenen Arbeitskraft in Mittel zum Fristen des eigenen Daseins ist. Die Sehnsucht nach einem mächtigen Europa ist ganz unmittelbar die Sehnsucht nach der Sicherung des eigenen, mehr oder weniger guten Lebens, das vom Zustand der Nationalökonomie abhängt. Wer also einsieht, daß eine glückliche Firma glückliche Angestellte produziert, wird noch viel eher einsehen, daß ein Zuwachs an Macht günstig ist, wenn dadurch die Geschäftsbedingungen der Firma verbessert werden können, ohne daß das Individuum auf Lohn verzichten muß. Europa ist dabei nicht anders als die alten Nationen die Begründung des Anspruchs. Und die Kultur verankert den Zusammenhang der europäischen Gemeinschaft im Denken und Handeln über die unmittelbaren Interessen hinaus: „Wir gehören zusammen, weil uns das stärker macht. Aber wir sind nicht länger nur eine Union gemeinsamer Interessen, sondern dauerhaft verbunden.“

Wer dagegen den europäischen Aufbruch für antikapitalistisch hält, weil mit ihm das Versprechen der Verteilung wie im Sozialismus der sozialen Marktwirtschaft einhergeht, verkennt den Charakter der



Abgrenzung von den USA. Die Behauptung der kulturellen Differenz führt nicht zu einer Ablehnung des Kapitalismus, die Auseinandersetzung um die Verteilung der Profite nicht zur Ablehnung der herrschenden Produktionsweise. Nicht zufällig tritt die Gruppe an der Spitze der Bewegung, attac, für eine Steuerreform ein. Deshalb kann auch das Bündnis der EU mit den USA jederzeit aktiviert werden. Es gibt nämlich im Grundsatz keine Differenz, und so hängt alles von der Bewertung ab, ob europäische Kultur und amerikanisches Engagement zusammenpassen oder auseinandertrifften.

Wir erfinden eine europäische Kultur

Die Willkürlichkeit, die einer solchen Positionierung in Europa eigen ist, bringt nichts besser zur Geltung als der Vorschlag des deutschen Kulturguts Jürgen Habermas, die europäische Identität zu erfinden. Durch die Diskurse des ausgehenden 20. Jahrhunderts hindurchgegangen, nach denen Nationen - wie so vieles andere - nur wirkungsmächtige Konstruktionen sind, schlägt er vor, diesen Gedanken nicht mehr kritisch zu nutzen, sondern sich aktiv der Konstruktion zuzuwenden. Andere, wie Derrida, folgen ihm bei seinem Aufruf zu dieser titanischen Anstrengung bereitwillig. Im Zuge einer Autosuggestion, sehen sich die Intellektuellen dazu berufen, eine Kultur zu entwerfen, wie früher Verfassungen entworfen wurden: zweckmäßig und an die herrschenden Traditionen angepaßt. Die darüber eröffnete Debatte wird nicht trocken verlaufen, sondern sich an aktuellen Differenzen mit den USA entlang hangeln. Jeder Verstoß gegen die europäische Interessen- und Gemütslage wird durch ein neues aus der europäischen Tradition geschmiedetes Element von Verfassungslehre, Menschen- oder Völkerrecht beantwortet werden, für das sich in der moralischen Tradition seit Kant bestimmt ein schönes Bonmot als Garnitur finden läßt.

Für Leute, die die Geschäftsgrundlagen eines zukünftigen Kommunismus verteidigen wollen, wird dieser Prozeß viele Anregungen bereit halten. Das Projekt Europa wird sich Zivilität, Menschenwürde, die Rechte des Individuums und die Segnungen des Eigentums zum Wohle aller genauso auf die Fahnen schreiben, wie die Werte der sozialen Gerechtigkeit und die Verhinderung jeder Form von Barbarei. Um in diesem Potpourri nicht unterzugehen und im Rahmen der europäischen Einigung mit eingemeindet zu werden, wird es wohl notwendig sein, das Geschäft der Vollendung der europäischen Aufklärungen Leuten wie Habermas zu überlassen. Bei diesem Geschäft handelt es sich ebenso wenig um ein Feld, das umkämpft werden kann, wie die Antiglobalisierungsbewegung den Keim der Emanzipation in sich trägt. Beide sind vielmehr Projekte zur Ausgestaltung der bürgerlichen Welt. Bei dieser Ausgestaltung bestimmten Aspekten den Vorzug zu geben, ja selbst sich für die Umsetzung der in ihnen enthaltenen Versprechen einzusetzen, ist ebensowenig ein Verbrechen, wie der Kampf um das gute Leben im Kapitalismus, den die Antiglobalisierungsbewegung propagiert, die Ausgestaltung aber zur eigenen Sache zu machen, heißt Teil des nationalen Projekts Europa zu werden - egal ob unter der Flagge der solidarischen Verbundenheit mit den USA oder nicht. Entscheidend ist hier das Hochhalten der Tradition, nicht das Beispiel, an dem sie demonstriert wird.

Zivilisation gegen Barbarei

Aber gab es da nicht noch etwas - die grundlegende Bedrohung durch die antisemitische Internationale, von der die gesamte europäische Aufklärungstradition hinweggefegt zu werden droht? Was die Rede von der antisemitischen Internationale so problematisch macht, ist, daß in ihr die Idee der europäischen Gemeinschaft mit dem Projekt des politischen Islam analytisch kurzgeschlossen wird. Der Bezug auf die Tradition der Aufklärung im Entwurf einer kapitalistischen Alternative Europa wird so unsichtbar. Denn gerade der intensive Bezug auf diese Tradition ist es, der die europäische Perspektive von einer Internationale, aber nicht von strategischen und taktischen Bündnissen abhält. Der Islam, wie auch alle anderen Projekte jenseits der eigenen Tradition, bleiben im Rahmen dieser Perspektive nämlich minderwertig. Und so ist es auch folgerichtig, daß die Analyse der antisemitischen Internationale mit der Verwechslung von Multikulti und Antirassismus einher geht. Wo Antirassismus die Festlegung der Einzelnen auf ihre Herkunft als sozialen Zwang ablehnt, ist es das Konzept von Multikulti, kulturelle Identitäten festzulegen. Ein Konzept, das in Abgrenzung zum alten biologischen Rassismus richtig als Multikulti-Rassismus beschrieben und als kultureller Rassismus auch begeistert von der Neuen Rechten aufgegriffen wurde. Die Fremden sind nicht mehr durch ihre Gene fremd, sondern durch ihre Kultur, auf die sie festgelegt sind, ob sie nun als folkloristische und kulinarische Bereicherung empfunden werden oder lieber von den kulturellen Errungenschaften des Westens ferngehalten werden sollen, die nicht in ihre Tradition passen. Die rassistische Diskussion ist in der BRD folgerichtig auch davon geprägt, wieviel fremde Kultur das Deutsche vertragen kann, wobei die Standpunkte von kontrolliert und qualitativ sortiert mehr (Bundesregierung) bis gar

keine (Nazis) reichen.

Die Reden gegen den Eurozentrismus, die angesichts von Begehrlichkeiten und weltweit einsetzbarer Bundeswehr ohnehin verstummen, dienten in diesem Zusammenhang nur zur Versicherung der eigenen Position, die keiner Begründung ihrer Überlegenheit mehr bedurfte. Die in ihr enthaltene Warnung vor dem gewalttätigen Charakter der Aufklärung, die sich um die Emanzipation oft genug nicht scherte, wenn es um die Ausplünderung der Barbaren ging, verhallt heute. Statt dessen wird unter Hinweis auf die Grausamkeiten vorkapitalistischer Unterdrückung gefordert, die Welt solle sich dem System der Aufklärung beugen. Doch die damit einhergehende Universalisierung ist keine Vorstufe des allgemeinen Glücks. Ihr Versprechen einer formalen Gleichheit unter Beibehaltung der Herrschaftsverhältnisse führt gerade zu einer Festlegung á la Multikulti auf bestehende Unterschiede statt zu deren Aufhebung. So findet sich mitten in der häufig zitierten Eiswüste der Abstraktion folgendes: „Über die Romantik hinaus, die sich als Weltschmerz, Leiden an der Entfremdung fühlte, erhebt sich Eichendorffs Wort ‚Schöne Fremde'. Der versöhnte Zustand annektierte nicht mit philosophischem Imperialismus das Fremde, sondern hätte sein Glück daran, daß es in der gewährten Nähe das Ferne und Verschiedene bleibt, jenseits des Heterogenen wie des Eigenen." Für solche Träumereien, die zur Kritik des Antirassismus als realpolitischer Auseinandersetzung eher geeignet wären, ist in der Wirklichkeit natürlich kein Platz. Ihre Warnung zu überhören, heißt aber - wie Habermas, der sie schon immer ignorierte - Emanzipation nur noch als bürgerlich-kapitalistische und somit gar nicht zu denken. Warum sollte zu fordern sein, daß das Fremde der Gewalt des Universalismus zu unterwerfen ist, wenn sich die Grausamkeit der Unterwerfung in der Tradition der Aufklärung wie jenseits ihrer unmittelbar als Grausamkeit und Unterwerfung kritisieren läßt?

Wenn die Kultur in Europa in Zukunft gegen die alten Nationen und ihre Borniertheit zu Felde ziehen sollte, wenn sie die Ideale von Aufklärung und sozialer Gerechtigkeit auf ihre Fahnen schreibt, dann wird die Rezeption kritisch zu sein haben. Die Koordinaten verschieben sich im Modernisierungsprozeß des Kapitalismus, und was gestern noch als links gelten konnte, wird morgen schon Teil der ideologischen Praxis sein.



Wahnsinn 2003

Leserbrief zum Text von Martin D. im Incipito 07

Da kommt es daher, das desexualisierte, männliche, bürgerliche Subjekt, auch genannt Kapitalismus und saugt auf Kosten von Mensch und Natur „abstrakte Arbeit" ein. Und ich habe immer gedacht, es ist die konkrete Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, unter der die Menschen leiden, die konkrete Ausgrabung von Bodenschätzen und Umweltverschmutzung, unter der Natur zugrunde geht. Nein, lerne ich hier, abstrakte Arbeit wird eingesaugt, „ohne Rücksicht auf Verluste". Nun gut, wir wollen es mal nicht so genau nehmen, das macht der Autor im Text auch nur selten. Vorher wird doch schon viel Wichtigeres verlautbart, in der Einleitung.
„Aus dem kapitalistischen System resultiert eine um sich schlagende Vernichtungslogik..." (diese Metaphern...)
Das Kapital hat nur eine Logik, nämlich die des Bestrebens, mehr zu werden. Das Individuum interessiert nur als Arbeitskraftbehälter und als solcher soll es erhalten werden, nicht etwa vernichtet. Dass Ressourcen aufgebraucht werden und somit irgendwann nicht mehr ausgebeutet werden können, ist nicht Logik des Kapitals, sondern immanenter Widerspruch. Kriege dienen der Erschließung/ Eroberung neuer Ressourcen und der Sicherung des ‚Normalbetriebs'. Kriege sind so Teil der Organisationsform des Kapitals, der bürgerlichen Gesellschaft, jedoch gibt es keine zwingende Folge „Kapitalismus heißt Vernichtung, heißt Krieg".

Abstraktion jenseits von

Nun weiter im Text. Auf der einen Seite steht das Monstrum aus Abstraktion, Verstümmelung und Vernichtung, dieses desexualisierte, männliche, bürgerliche Subjekt und auf der anderen Seite die „wirklichen Individuen, als denkende, fühlende, wollende und sexuelle Wesen", jene Wesen, die dem ersteren zum Opfer fallen, erscheinen einem, der Logik des Textes folgend, zunehmend weiblich. Das erstere lebt sich wohl in der Sphäre des Werts aus, eine Sphäre in der es augenscheinlich nur Gewalt, aber keine Sexualität gibt. Der „abgespaltene Bereich", in dem es „weiblicher" zugeht, erscheint irgendwie näher am ‚echten' Menschen.

Im folgenden zeigt sich besonders tragisch (und das meine ich sehr ernst), wohin die völlige Abstraktion, das desexualisierte, männliche, bürgerliche Subjekt zum einen und das eigentliche menschliche Sein zum anderen, führt.
Die Kernthese will die Wesentlichkeit von Vergewaltigungen für Kriege nachweisen. In beiden Fällen ginge es um das „mutwillige Eindringen in *etwas*, das nicht will... *der Krieg kann überhaupt als eine Verallgemeinerung der Vergewaltigung angesehen werden.*"
Das Etwas, das nicht will, kann in freier Assoziation mit einer Frau, der eigentlichen Natur des Menschen, Natur überhaupt und nicht zuletzt mit dem Irak vorm 9.4. ersetzt werden. Das, was mutwillig eindringt ist ebenso beliebig der gewalttätige Mann, der „in die Subjektform gepresste Einzelmensch", die kapitalistische „Vernichtung" von Ressourcen und natürlich die all dies verkörpernden USA. Wie weit sich der Autor hier schon in der Friedensbewegung befindet, die er später, vermutlich mangels Argumenten, nur noch halbherzig kritisiert, ist ihm anscheinend noch nicht aufgefallen. Aber es erscheint eh alles gleich. Überall die gleiche „Vernichtungslogik". (Ob die Shoa auch bloß Ausdruck dieser Vernichtunglogik war? Ob der Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland bei Martin D. demnächst auch Opfer der „fundamentalen Kriegskritik" wird?).
Es fällt schwer zu entscheiden, wo die größte Unverschämtheit liegt. Vergewaltigung wird hier völlig entsubjektiviert und so zur „Vergewaltigung an sich". Das konkrete Leiden, welches einer konkreten Person von einer konkreten anderen Person zugefügt wird, geht, wie alles, in der großen „Vernichtungslogik des Kapitals" auf. Und hat nebenbei auch nichts mehr mit Sexualität zu tun, denn die Erkenntnis, daß Gewalt mit sexuellen Trieben zusammenhängen könnte, stammt ja von Freud, so ein Bürgerlicher, also höchst fragwürdig. Dass die Wertverwertung den Menschen eigentlich zur Kontrolle

seiner Triebe zwingt, kommt hier nicht vor.
Der Höhepunkt dieser Entgleisung ist die Anprangerung der „dreifachen Demütigung: die der Frauen, *die ihrer Männer und die ihrer Gemeinschaft. ...*" Die Demütigung der Männer in ihrem Besitzdenken und die ihrer Gemeinschaft - das klingt verdammt affirmativ – als ob auf die sich darin ausdrückenden Verhältnisse nicht gewaltig geschissen gehört. Man hat sich gefälligst um das Leiden des Individuums zu scheren, zumindest, wenn irgendein ernsthafter Vorsatz zur Gesellschaftskritik besteht. Ich meine mich zu erinnern, dass das Heft unter dem Vorhaben der Patriarchatskritik stehen sollte. An dieser Stelle geht dem Autoren das Anti an seinem Antisexismus endgültig verloren, ganz zu schweigen von der Kritik.

Die Bürgerlichkeit des einen, das Verhältnis der Anderen zum bürgerlichen Versprechen

In dem Text werden Theorien aufgestellt, die irgendwie über Realität gestülpt werden; das ‚Besondere' fällt unter den Tisch. Es gibt „die Naturgrundlegung der Gesellschaft", die „Vergewaltigung an sich", „das wirkliche Individuum", um nur ein paar Beispiele untauglicher Abstraktionen zu nennen. So steht der Artikel ganz im Gestus bürgerlicher ‚Theorie', hier spricht der Welterklärer, der Bescheidwisser. Und das, wo dem Autoren doch alles, was mit Aufklärung und westlichen Werten zu tun hat, so verhasst zu sein scheint. Da sich bei ihm alle Negativerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft unter „Zivilisation" subsumieren, fällt es ihm auch nicht besser ein, als „westliche Werte, westliche Soldaten oder westliche Popmusik" für „*nicht minder appetitlich*" zu erklären, als „die ekelhaften und abscheulichen Brutalitäten *des Islam*". So ist „die Zivilisation im Nahen Osten" auch „in einem weitaus *fortgeschritteneren* Stadium als bei uns".
Er wirft den Antideutschen vor, das Vorgeschobene an bürgerlichen Versprechungen von Freiheit und Glück zu verkennen und diese zu erstrebenswerten und durchsetzungswürdigen Zielen zu verklären. Dass die in der bürgerlichen Gesellschaft garantierte Freiheit nicht die ist, die ich in letzter Instanz anstrebe, steht außerfrage, dass sie die Vorraussetzung ist, ebenso wenig. Wo im Irak Regimeuntreue unter irgendeinem Vorwand jederzeit mit dem Tod bestaft werden konnte, sahen die Möglichkeiten einer solchen Bestrebung schon ganz anders aus.

Die richtige Bewegung

Wer in Misswahlen nur „entsinnlichte Fleischbeschauungen" sieht (und das angesichts einer Verteidigung dieser gegen islamistische Schlächter), für den muss ein „Netzwerk vielfältiger Gruppen", welches ein „spannungsvolles Theorie-Praxis-Wechselverhältnis" pflegt, real sex sein. Der Autor möchte nur zu gerne eine Bewegung, die alles irgendwie durchschaut und ernsthaft an einer „Überwindung des Kapitalismus mittels begrifflicher Durchdringung" arbeitet (wenn der Antisemit erstmal begrifflich durchdrungen ist, dann hört er auf einer zu sein oder wie?), aber das „liegt auch, also zumindest teilweise außerhalb des Einflussbereichs von Texten". Die Friedensbewegung eignet sich für ihn noch nicht so richtig, was aber nur an ihrer fehlenden Bereitschaft liegt, „grundlegend gesellschaftskritisch den Krieg zu kritisieren".
Aber nun muss zur Tat geschritten werden, mit all diesen bunten Gruppen, denn es muss „um mehr als lediglich ein gegenseitiges Anerkennen gehen". Über den Charakter der Tat schweigt der Autor, womöglich meint er die Gründung von Landkommunen, vielleicht wird sich damit eine „Überwindung realisieren lassen". Ich hoffe sehr, dass dieser Text nur ‚aus Versehen' durch die Redaktion gerutscht und abgedruckt worden ist. Denn ich sehe hier nicht bloß Blödsinn, sondern Blödsinn mit gefährlichen Tendenzen. Und den unterstützt hoffentlich niemand.

POCKET GUIDE TO

This booklet is issued in the interest of informing you about the country you occupy. Nothing contained herein should be considered a relaxation of the Non-Fraternization Policy.

Keep faith with the American soldiers who have died to eliminate the German warmakers.

DO NOT FRATERNIZE

Germany

incipito

Verkaufsstellen

AJZ Döbeln, B12, Buchladen Burgstrasse, Conne Island, Connstanze, Culton, el libro, Giesserstr. 16, Infoladen, Kif Kif, Könich Heinz, LiWi, Mellory, Mrs. Hippie, Mrs. Marthafocker, Plaque, Reilstr. 77 (Halle), RSL-Fischladen, Shahia, Similde, Uni-Imbiss, Weltladen Stöckertstrasse, Zeitungsladen am Augustusplatz

Post
incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet
http://left-action.de/incipito
e-Mail
incipito-kontakt@left-action.de